

ONB

OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

GESCHÄFTSBERICHT 2009

mit Wissensbilanz und Umwelterklärung
NACHHALTIGKEITSBERICHT 2009



Stabilität und Sicherheit

Leitbild

Das Leitbild des Eurosystems

Die Zentralbanken des unabhängigen Eurosystems (somit auch die OeNB) haben im Jahr 2005 ein gemeinsames Leitbild mit folgenden wesentlichen Zielsetzungen und Wertvorstellungen veröffentlicht:

Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, bilden das Eurosystem, die Währungsbehörde des Eurogebiets. Unser vorrangiges Ziel ist die Gewährleistung von Preisstabilität im Interesse des Gemeinwohls. Als führende Instanz im Finanzsektor trägt das Eurosystem außerdem eine besondere Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems und die Förderung der Finanzmarktintegration in Europa.

Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind tragende Werte bei der Umsetzung unserer Ziele. Eine erfolgreiche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas sowie mit den Medien ist für uns von größter Bedeutung. Unsere Beziehungen zu europäischen Institutionen und nationalen Behörden gestalten wir als Mitglieder des Eurosystems in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und im Einklang mit dem Prinzip der Unabhängigkeit von Zentralbanken.

Strategisch wie operativ tragen wir alle – unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Dezentralisierung – zur Erreichung der gemeinsamen Ziele bei. Wir verpflichten uns dem Prinzip der Good Governance und nehmen unsere Aufgaben im Geist von Kooperation und Teamarbeit effektiv und wirtschaftlich wahr. Gestützt auf unser enormes Erfahrungskapital sowie auf den Austausch von Wissen wollen wir, die Mitglieder des Eurosystems, im Rahmen klar festgelegter Rollen und Zuständigkeiten unsere gemeinsame Identität stärken, mit einer Stimme sprechen und Synergieeffekte nutzen.

Das Leitbild der OeNB

Das Leitbild der OeNB ergänzt und konkretisiert das Leitbild des Eurosystems im Hinblick auf die österreichischen Erfordernisse. Die wesentlichen Aussagen sind:

- Als Zentralbank der Republik Österreich steht die OeNB im Dienste der Bevölkerung Österreichs und Europas.
- Die OeNB stellt das Vertrauen in sie durch professionelle Aufgabenerfüllung sicher, die auf hoher Kompetenz und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter beruht.
- Die Leistungen und Produkte der OeNB sind stark kundenorientiert, um bei den Kunden und Partnern hohen Nutzen zu stiften.
- Durch laufende marktorientierte Produkt- und Prozessinnovationen gewährleistet die OeNB eine effiziente und kostenbewusste Leistungserbringung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, insbesondere des Umweltschutzes.
- Ihren Kunden und Partnern gegenüber tritt die OeNB kooperativ, lösungsorientiert und zuverlässig auf.
- Engagement, Motivation, Kreativität, Lernbereitschaft, Teamgeist und Mobilität der Mitarbeiter prägen als Erfolgsfaktoren für Gegenwart und Zukunft den Arbeitsstil in der OeNB.

Inhalt

Leitbild	2
Vorwort des Präsidenten	4
Vorwort des Gouverneurs	5
Das Geschäftsjahr 2009 im Überblick	6
Eigentümer und Organe	11
Auftrag, Aufgaben und Organisation	14

Die OeNB im Dienst der Preis- und Finanzmarktstabilität

Geldpolitik antwortet rasch und flexibel auf die Wirtschaftskrise	19
<i>Flexible Geldpolitik sichert Stabilität</i>	20
<i>Euroraum überwindet Rezession</i>	26
<i>Deutlicher Wachstumseinbruch auch in Zentral-, Ost- und Südosteuropa</i>	31
<i>Euro schützt in der Krise</i>	33
<i>Österreichs Wirtschaft behauptet sich vergleichsweise gut</i>	35
Bewährungsprobe für die Finanzmarktstabilität	41
<i>Wahrung der Finanzmarktstabilität</i>	42
<i>Österreichisches Finanzsystem stellt sich der Krise</i>	46
<i>Beitrag zur Finanzsystemaufsicht in Österreich</i>	51
<i>Mitwirkung an neuer internationaler Finanzarchitektur</i>	55

Die OeNB als nachhaltiges Unternehmen

Wissensbasierte, effiziente und kostenbewusste Leistungserstellung – Wissensbilanz	59
<i>OeNB positioniert sich mit neuer Strategie bis 2015</i>	60
<i>Neue Investitionen in wissensbasiertes Kapital</i>	61
<i>Schlanke Strukturen und Prozesse unterstützen Leistungserbringung</i>	62
<i>Permanenter Aufbau, Austausch und Vermittlung von Wissen zur Erfüllung der Aufgaben</i>	64
OeNB als ökologisches Unternehmen – Umwelterklärung	73
<i>Leistungsfähige Umweltorganisation</i>	74
<i>Umweltrelevante Kernindikatoren verbessert</i>	75
<i>Umweltleistungen im Jahr 2009 und Umweltprogramm 2010</i>	79
Jahresabschluss 2009	81
<i>Bilanz zum 31. Dezember 2009</i>	82
<i>Gewinn und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009</i>	84
<i>Anhang zum Jahresabschluss 2009</i>	85
<i>Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag</i>	116
<i>Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2009</i>	116

Hinweise

Abkürzungen	117
Periodische Publikationen	118
Adressen	120

Redaktionsschluss: 29. April 2010

Vorwort des Präsidenten



Im Frühjahr 2009 fand die Weltwirtschaft wieder aus der schweren Rezession heraus, in die sie durch die Finanzmarkturbulenzen geraten war. Obwohl sich die Finanzmärkte im Jahresverlauf merklich beruhigten, stellten die anhaltende Unsicherheit und die hohe Volatilität schwierige Rahmenbedingungen für die Geschäfte der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) dar. Deren Reservenmanagement richtete daher die Anlagestrategie neu aus, um die Auswirkungen großer Zins- und Wechselkursbewegungen auf die Anlageerträge zu begrenzen. So wurden beispielsweise im Rahmen der Konzentration auf wenige Anlagewährungen durch den Verkauf von Fremdwährungen Gewinne realisiert und der Wertberichtigungsbedarf verringert. Dementsprechend erwirtschaftete die OeNB mit 318 Mio EUR ein respektables geschäftliches Ergebnis, das trotz hoher Risikorückstellungen wesentlich über dem des schwierigen Geschäftsjahres 2008 liegt.

Die Stabilisierung des Finanzsystems hat deutlich gemacht, dass die OeNB nicht nur qualifizierte Mitarbeiter hat, sondern auch ausreichende Risikovorsorgen benötigt, um ihre Aufgaben im Eurosystem wahrzunehmen. Risiken können z. B. im Zusammenhang mit den geldpolitischen Operationen des Eurosystems oder auch aus den erweiterten Verpflichtungen im Rahmen des IWF entstehen, dem die Mitgliedsländer zur Bewältigung der Finanzkrise erhebliche Kapitalzufuhren zugesagt haben. Daher begann die OeNB auf Empfehlung der Rechnungsprüfer mit dem Aufbau einer Risikorückstellung, die über einen Zeitraum von zehn Jahren jährlich dotiert werden soll. Ich halte dies nicht nur aus der Sorgfaltspflicht für das Unternehmen heraus, sondern letztlich auch für die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Währung von großer Bedeutung!

Die Sicherung der Finanzmarktstabilität hat viele Geschäftsbereiche der OeNB außerordentlich gefordert. Dies gilt für die Mitarbeit im ESZB ebenso wie für die Liquiditätsversorgung und die Bewältigung der gestiegenen Volumina bei der Bargeldausgabe. Obwohl die Finanzkrise die Mit-

arbeiter stark beanspruchte, wurde konsequent daran gearbeitet, wichtige Aufgabenbereiche der OeNB organisatorisch und personell zu stärken. Besonderes Augenmerk wird auf den Ausbau der Bankenaufsicht – einer wichtigen Zukunftsaufgabe der OeNB – gelegt, wobei Qualitätssteigerung und Risikoorientierung im Mittelpunkt stehen. Im Zahlungsverkehr wird die Einführung eines nationalen Clearinghauses vorbereitet, wodurch die Liquiditäts- und Risikokosten für die Banken deutlich gesenkt werden können. Die Beteiligungsunternehmen der OeNB haben mit Produktivitätssteigerungen einerseits und Produktinnovationen andererseits ihre Marktstellung erfolgreich behauptet. So konnte etwa die in der Bargeldbearbeitung tätige Geldservice Austria GmbH in den zehn Jahren seit ihrer Gründung trotz der Verdopplung des Bearbeitungsvolumens ihre Kosten um ein Drittel senken!

Ausgehend von den Vergleichen mit anderen Zentralbanken des ESZB hat die OeNB eine neue Unternehmensstrategie für die Jahre 2010 bis 2015 erarbeitet. Zur traditionellen Zielsetzung der Preisstabilität tritt im internationalen Gleichklang nun auch die Sicherung der Finanzmarktstabilität. Um diese Ziele zu erreichen, wird sich die OeNB voll auf ihre Kernbereiche konzentrieren. Dabei gilt es einerseits die hohe Qualität der Dienstleistungen beizubehalten, aber andererseits nachhaltige Effizienzsteigerungen zu realisieren. Dementsprechend werden die Mitarbeiterressourcen bis zum Jahr 2015 von 1.009 auf 890 gesenkt werden, wobei insbesondere auf Produktivitätssteigerungen in den Supportbereichen geachtet wird. Die OeNB passt damit ihre Unternehmensstrukturen an ihre neuen Aufgabenstellungen an und geht gut aufgestellt in die Zukunft.

Ich danke den Mitgliedern des Direktoriums und des Generalrats ebenso wie den Mitarbeitern der OeNB herzlich für ihr Engagement und ihre Leistungen für die OeNB und das Eurosystem.

Präsident
Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Vorwort des Gouverneurs

Die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten des Jahres 2008 wirkten bis weit in das Jahr 2009 hinein und führten zur schwersten Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren. Die Weltwirtschaft rutschte in eine schwere Rezession und auch im Euroraum schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 empfindlich. Die Arbeitsmärkte verschlechterten sich erheblich, die Inflation war in einzelnen Monaten um die Jahresmitte in vielen Ländern vorübergehend negativ. Auch Österreich wurde von einer ernsthaften Rezession erfasst, die Krisenwirkungen blieben jedoch insgesamt geringer als in vielen anderen Regionen.

Die Geldpolitik des Eurosystems reagierte mit stark expansiven Maßnahmen. Die Leitzinsen wurden bis Mai 2009 auf den historischen Tiefststand von 1,0% gesenkt. Unkonventionelle Instrumente bei den Refinanzierungsgeschäften sorgten für eine großzügige und flexible Liquiditätsversorgung der Banken. Der geldpolitischen Kommunikation kam in dieser Phase besondere Bedeutung zu. Gemeinsam mit den nationalen fiskalischen Stützungsprogrammen gelang es, die Finanzmärkte zu stabilisieren und die konjunkturelle Wende herbeizuführen. Die Volkswirtschaften im Euroraum schwenkten ab der zweiten Jahreshälfte 2009 mehrheitlich wieder auf einen moderaten Wachstumskurs. Die Inflationsrate drehte gegen Jahresende 2009 in den positiven Bereich und betrug im Jahresdurchschnitt 0,3% (Österreich: 0,4%).

Die jüngsten Prognosen gehen für die Jahre 2010 und 2011 von einer leichten wirtschaftlichen Erholung im Euroraum aus. Die Inflationsrate wird im Rahmen des Zielwerts von unter, aber nahe 2% erwartet. Dies hat den EZB-Rat dazu bewogen, erste vorsichtige Maßnahmen zur Rückführung der expansiven Liquiditätsversorgung einzuleiten. Der EZB-Rat wird auch weiterhin mit allem Nachdruck seinen gesetzlichen Auftrag zur Sicherung der Preisstabilität im Euroraum erfüllen.

Die Wirkung der „automatischen Stabilisatoren“ und zusätzlicher nationaler Konjunkturprogramme führten zu einer Verschlechterung der öffentlichen Finan-

zen. Mit wenigen Ausnahmen überschritten die Länder des Euroraums – darunter auch Österreich – die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Defizitgrenze von 3% des BIP. Die Staatsverschuldung erhöhte sich stark – eine Entwicklung, die auch im Jahr 2010 anhält. Maßnahmen zur mittelfristigen Budgetkonsolidierung, wie sie in Österreich bereits eingeleitet wurden, sind daher besonders wichtig.

Der österreichische Finanzsektor ist in den von der Krise sehr unterschiedlich betroffenen Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas stark exponiert. Marktteilnehmer werteten dies als Risikopotenzial. Mit dem Aufbau der Kooperationsplattform *Vienna Initiative* und dem Einsatz aller Analyse- und Aufsichtsinstrumente trug die OeNB wesentlich zur Stabilisierung in dieser Region bei. Auch bei der Lösung der Probleme einzelner Banken in Österreich unterstrich die OeNB durch ein professionelles Krisenmanagement ihre wichtige Rolle für die Finanzmarktstabilität. Zudem hat sich die OeNB in der Gestaltung der nunmehr institutionalisierten europäischen Aufsichtsstruktur eingebracht und wird künftig im Europäischen Ausschuss für Systemrisiken vertreten sein.

Die OeNB erfüllt ihren Auftrag der Sicherung der Preis- und Finanzmarktstabilität unabhängig, effektiv, effizient und kostenbewusst. Um auch für künftige Anforderungen bestens gerüstet zu sein, hat die OeNB eine neue Strategie für die Jahre 2010 bis 2015 erarbeitet. Die Kernfunktionen werden dabei gestärkt, die Supportfunktionen schlanker gestaltet. Dies wird auch weitere Kostensenkungen sowie eine mittelfristige Senkung des Personalstands um mehr als 10% ermöglichen.

Durch die hohe Qualifikation und das besondere Engagement der Mitarbeiter gelang es, die außergewöhnlichen Herausforderungen zu meistern und die OeNB auch in stürmischen Zeiten als Stabilitätsanker zu bestätigen. Ich möchte mich dafür ausdrücklich bedanken. Mein besonderer Dank für die gute Kooperation gilt auch dem Direktorium und dem Generalrat.

Gouverneur
Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny



Das Geschäftsjahr 2009 im Überblick

Geld- und Wirtschaftspolitik im Zeichen der Krise

BIP schrumpft weltweit um 0,6%

Das Jahr 2009 war durch die schwerste Rezession seit vielen Jahrzehnten, durch wirtschaftspolitische Reaktionen darauf und eine schrittweise Stabilisierung der Konjunktur ab der zweiten Jahreshälfte geprägt. Die Auswirkungen der Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten vom Herbst 2008 waren bis weit ins Jahr 2009 zu spüren und betrafen nicht nur die Industrienationen, sondern die ganze Welt. Die Wirtschaftsleistung sank weltweit um etwa 0,6%.

BIP im Euroraum geht um 4,1% zurück

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum sank im Jahr 2009 um 4,1%. Fallende Lagerbestände, einbrechende Investitionen, schwacher privater Konsum und insbesondere die deutlich rückläufige Auslandsnachfrage waren dafür ausschlaggebend. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat erhöhte sich von 7,5% (2008) auf 9,4%. Stark gesunkene Energiepreise, die in einzelnen Monaten des Jahres 2009 sogar zu leicht negativen Inflationsraten führten, schürten Befürchtungen einer Deflation. Gegen Jahresende zogen die Preise wieder etwas an. Im Jahresdurchschnitt betrug der Preisauftrieb 0,3%.

Konjunkturpakete erhöhen Defizitquoten

Auch Österreich in der Rezession

In Österreich fiel der BIP-Rückgang mit 3,4% etwas geringer aus als im Euroraum. Die Arbeitslosigkeit nahm zwar deutlich zu, blieb mit 5,0% aber halb so hoch wie im Euroraum und in der EU. Die HVPI-Inflationsrate lag mit 0,4% ähnlich niedrig. Die Wirkung der automatischen Stabilisatoren (Rückgang der Steuereinnahmen, Anstieg von Sozialtransfers) und umfangreiche diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen erhöhten die gesamtstaatliche Defizitquote im Jahr 2009 auf 3,4% des BIP.

Graduelle wirtschaftliche Erholung im Jahr 2010

Historisch niedrige Leitzinsen und außergewöhnliche geldpolitische Maßnahmen

Die Geldpolitik des Eurosystems begegnete der Krise mit weiteren Leitzinssenkungen. Bis Mai 2009 wurde

der Leitzins auf den historischen Tiefstand von 1,0% gesenkt (-325 Basispunkte gegenüber Oktober 2008). Weiters setzte das Eurosystem unkonventionelle geldpolitische Instrumente ein. Dazu gehörte bei den Refinanzierungsgeschäften das unlimitierte Angebot an Liquidität zu einem fixen Zinssatz bei gleichzeitiger Ausdehnung der Laufzeiten auf bis zu ein Jahr. Die temporäre Ausweitung des Verzeichnisses notenbankfähiger Sicherheiten, die vorübergehende Bereitstellung von Fremdwährungsliquidität sowie ein Programm zum Ankauf von Pfandbriefen über ein Gesamtvolumen von 60 Mrd EUR komplettierten das Maßnahmenbündel. Gleichzeitig stützten Fiskalpakete im Ausmaß von rund 5% der Wirtschaftsleistung der EU die Konjunktur. Insgesamt bewirkten die Maßnahmen eine Beruhigung der Finanzmärkte und eine allmähliche Überwindung der Rezession.

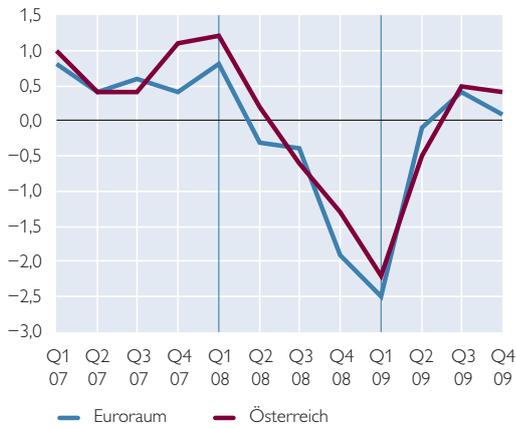
Die fiskalpolitischen Eingriffe bewirkten eine deutliche Verschlechterung der öffentlichen Finanzen. Der Euroraum verfehlte im Jahr 2009 die Maastricht-Obergrenze für Budgetdefizite von 3% deutlich. Nach 6,3% im Berichtsjahr wird die Defizitquote im Jahr 2010 leicht weiter steigen. Die Verschuldungsquote im Euroraum erhöhte sich im Jahr 2009 auf 78,7% des BIP; für das Jahr 2010 werden 84,7% prognostiziert.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur zeigten ab Jahresmitte 2009 Wirkung. Zusammen mit der robusten Wirtschaftsentwicklung in wichtigen Schwellenländern, vor allem in China, begann die Weltwirtschaft gegen Jahresende 2009 wieder leicht zu expandieren. Auch die meisten Länder Europas verzeichneten wieder niedrige positive Wachstumsraten. Für das Jahr 2010 wird weltweit eine wirtschaft-

Grafik 1

Reales BIP

Veränderung zum Vorquartal in %



Grafik 2

HVPI-Inflationsrate

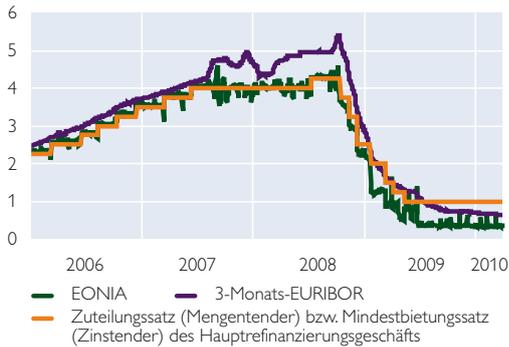
in %



Grafik 3

Leitzinssatz und Geldmarktzinsen im Euroraum

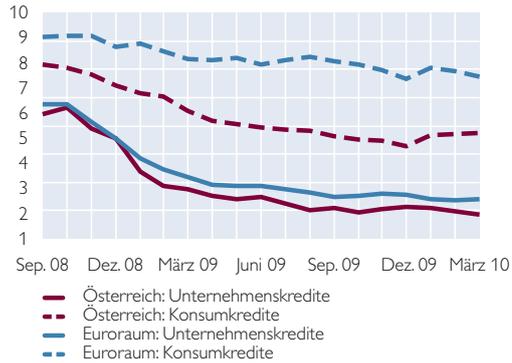
in %



Grafik 4

Kreditzinssätze im Euroraum und in Österreich – Neugeschäft

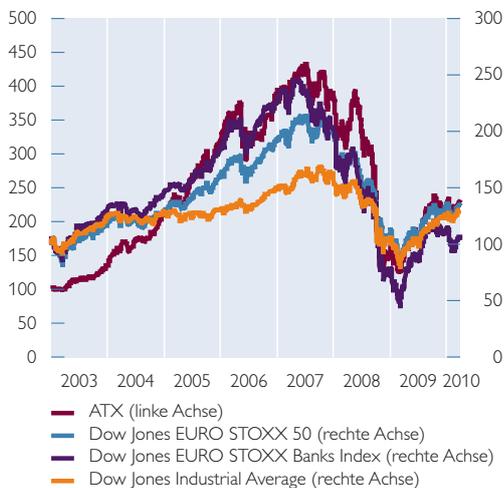
in %



Grafik 5

Aktienindizes

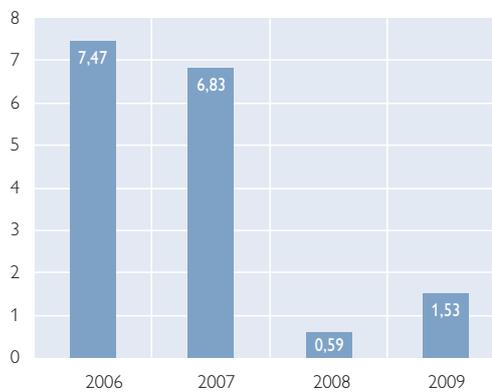
Index: 1.1.2003 = 100



Grafik 6

Periodenergebnis der österreichischen Banken¹

in Mrd EUR



¹ Konsolidierte Daten.

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Eurostat, Thomson Reuters, OeNB, EZB.

liche Erholung erwartet. Das Wachstum im Euroraum wie auch in Österreich soll aber mäßig bleiben und daher kaum entlastende Impulse für den Arbeitsmarkt geben. Die Inflation soll leicht steigen, wird aber im Euroraum und in Österreich in den Jahren 2010 und 2011 unter 2 % bleiben.

Finanzmarktstabilität als besondere Herausforderung

Die Finanzmärkte, die in den ersten Monaten 2009 noch unter starker Anspannung gestanden hatten, erholten sich im weiteren Jahresverlauf zusehends. Die umfassenden wirtschafts- und geldpolitischen Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems zeigten Wirkung: Die Aktienkurse stiegen, die Risikoprämien fielen und die Währungen der Schwellenländer werteten auf. Die Anfang 2009 noch beobachtbare Risikoaversion bildete sich allmählich zurück, sodass auch wieder verstärkt Finanzierungen über den Kapitalmarkt möglich waren.

Das Engagement des österreichischen Finanzsystems in CESEE stand ab Jahresende 2008 unter der besonderen Beobachtung internationaler Investoren. In dieser Phase erhöhter Unsicherheit setzte die OeNB in enger Zusammenarbeit mit internationalen und nationalen Institutionen eine Reihe von Maßnahmen, um zur Beruhigung und differenzierten Risikoeinschätzung der Finanzmärkte beizutragen. So wirkte die OeNB maßgeblich beim Aufbau der CESEE-Diskussions- und Kooperationsplattform *Vienna Initiative* mit, die wesentlich zu einer Stabilisierung der Lage der Region beitrug.

Die Erfüllung des OeNB-Stabilitätsauftrags war nur mit methodisch verfeinerten und tiefer gehenden Analysen möglich. Der Ausbau der Analysekapazitäten, der im Zuge der Finanzmarktaufsichtsreform 2008 notwendig

wurde, war dabei von zentraler Bedeutung. Die Erfahrungen zur Aufsichtsreform zeigen, dass sowohl die OeNB als auch die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Stärken und Kompetenzen effizient in einem partnerschaftlichen Verhältnis zusammenarbeiten. Die Kooperation mit ausländischen Aufsichtsbehörden wurde intensiviert.

Die österreichischen Banken kamen durch die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 unter Druck, die sinkende Kreditqualität beeinträchtigte ihre Gewinne und erforderte deutlich höhere Risikovorsorgen. Das Maßnahmenpaket der österreichischen Bundesregierung trug wesentlich dazu bei, dass die österreichischen Banken ihre Risikotragfähigkeit stärken konnten. Die Eigenmittelausstattung des österreichischen Bankensystems ist aber im europäischen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlich. OeNB und FMA setzten unter Einbindung der Geschäftsbanken eine Initiative zur Eindämmung von Fremdwährungskrediten. Die Entwicklungen rund um einzelne Problemfälle im Bankensektor erforderten ein professionelles Krisenmanagement. Dabei war die Verknüpfung der makroprudenziellen Analyse mit der mikroprudenziellen Aufsicht besonders wichtig.

Die neue internationale und europäische Aufsichtsarchitektur nahm konkrete Formen an. Die OeNB beteiligte sich intensiv an der Ausgestaltung des Rahmens für den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) und das neue Europäische System der Finanzaufsicht (ESFS). Auch bei der Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens für den Finanzsektor brachte die OeNB ihre Expertise aktiv ein. Die OeNB wird im ESRB durch den Gouverneur vertreten sein.

Österreichische Banken durch schlechtere Kreditqualität belastet

OeNB setzt Maßnahmen zur Stabilisierung

Neue europäische Aufsichtsarchitektur

Verstärkte Analysen und enge Zusammenarbeit mit der FMA

OeNB vertieft Analyse und entwirft neue Strategie

Die Wahrung der Preis- und Finanzmarktstabilität erforderte intensive Koordinationstätigkeit und enge Kooperation mit nationalen und internationalen Institutionen. Die große Unsicherheit über die wirtschaftlichen Entwicklungen bedingte verstärkte Analyseaktivitäten. In diesem Zusammenhang war die Expertise der OeNB in Fachstudien, Gutachten und Stellungnahmen häufig gefragt. Auch gewannen Stresstests für den Bankensektor stark an Bedeutung.

Die OeNB entwickelte neue, sehr zeitnahe Indikatoren (wie etwa den Exportindikator). Die Analysen über die Kreditentwicklung in Österreich wurden in einem eigenen Bericht regelmäßig publiziert. Weiters veröffentlichte die OeNB auf ihrer Website ein Fakten- und Datenset über Österreich und sein Bankensystem und deckte den während der Krise erhöhten Informationsbedarf

über einschlägige Beiträge in ihren periodischen Publikationen ab. Für den nationalen und internationalen wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Dialog entwickelte sich die OeNB zu einer zentralen Plattform. An fast 150 Veranstaltungstagen hielt sie Konferenzen, Workshops, Seminare und Jour fixe-Runden ab.

Mit einer neuen Strategie für den Zeitraum von 2010 bis 2015 wird die OeNB ihrem wirtschaftspolitischen Auftrag der Sicherung von Preis- und Finanzmarktstabilität auch in den nächsten Jahren bestmöglich und effizient nachkommen. Die OeNB wirkt am Aufbau gesamteuropäischer Aufsichtsstrukturen und -institutionen mit und hat die Aufgabe, die daraus abgeleiteten neuen Datenanforderungen umzusetzen.

Auf nationaler Ebene bedarf es der Weiterentwicklung der risikoorientierten Bankenprüfung und -analyse sowie einer weiteren Vertiefung der Zusam-

Neue Strategie
2010–2015

Neue zeitnahe
Indikatoren
und Statistiken
entwickelt

Tabelle 1

Ausgewählte Kennzahlen der OeNB

	2008	2009
<i>in Mio EUR</i>		
Unternehmenskennzahlen (Stand 31. Dezember)		
Nettowährungsposition	11.700	10.766
Banknotenumlauf	20.297	20.640
Bilanzsumme	83.810	71.614
Geschäftliches Ergebnis	47	318
Körperschaftsteuer	12	79
Gewinnanteil des Bundes	28	193
Bilanzgewinn	3	21
<i>absolut</i>		
Mitarbeiterressourcen der OeNB-Fachbereiche	968,2	984,1
Wissensbilanz		
Akademikeranteil, in %	41,3	44,5
OeNB-Website – Seitenaufrufe pro Tag (Durchschnitt)	84.651	90.104
Auskünfte der OeNB-Hotlines	38.829	29.837
Abonnenten der OeNB-Newsletter	17.529	18.948
OeNB-Publikationen	68	70
Bargeldschulungen	417	390
Umweltbilanz		
Wärmeverbrauch, in kWh/m ²	52	52
Stromverbrauch, in MWh/Mitarbeiter	7,5	7,6

Quelle: OeNB.

Geschäftliches Ergebnis:
318 Mio EUR,
Bilanzgewinn:
21 Mio EUR

menarbeit zwischen der OeNB und der FMA. Eine neue gemeinsame Aufsichtsakademie bietet ab dem Jahr 2010 Fachlehrgänge für Mitarbeiter aus beiden Institutionen im Bereich Finanzmarktaufsicht an.

Eine besonders effiziente, effektive und nachhaltige Leistungserbringung bleibt weiterhin Ziel der OeNB. Die mittelfristige Strategie sieht eine Senkung des Personalstands um rund 10% bis zum Jahr 2015 vor.

Besseres Betriebsergebnis der OeNB

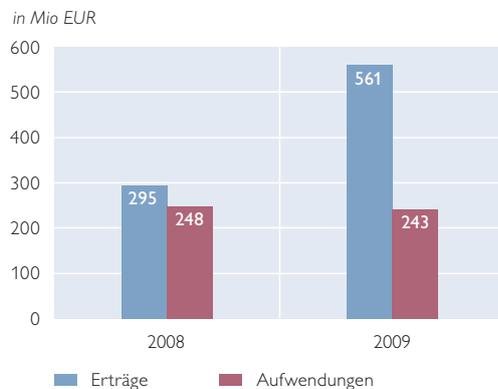
Das geschäftliche Ergebnis der OeNB – ohne Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen, ohne Zuführung zu bzw. Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken sowie ohne Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems – stieg im Jahr 2009 um 15 Mio EUR oder 1,8% auf 852 Mio EUR. Davon entfallen auf das Nettozinsergebnis 626 Mio EUR (2008: 816 Mio EUR) und auf das Nettoergebnis aus Finanzoperationen 361 Mio EUR (2008: 154 Mio EUR).

Nach Berücksichtigung der Zuführung zur Risikorückstellung (550 Mio EUR), der Abschreibungen auf Fremdwährungen und Wertpapiere (34 Mio EUR) sowie der Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems (50 Mio EUR) wird das geschäftliche Ergebnis 2009 mit 318 Mio EUR (2008: 47 Mio EUR) ausgewiesen. Der 90-prozentige Gewinnanteil des Bundes beträgt somit 193 Mio EUR (2008: 28 Mio EUR), auf die Körperschaftsteuer entfallen 79 Mio EUR (2008: 12 Mio EUR). Der Bilanzgewinn beträgt 21 Mio EUR (2008: 3 Mio EUR).

Die Nettowährungsposition der OeNB verminderte sich auf 10,8 Mrd EUR. In dieser Position der OeNB sind sowohl die aktiv- und passivseitigen als auch die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Fremdwährungsbestände zusammengefasst. Die Abnahme um 0,9 Mrd EUR gegenüber dem Bilanzstichtag 2008 ist im Wesentlichen auf transaktionsbedingte Abgänge zurückzuführen. Von der Nettowährungsposition entfallen 6,9 Mrd EUR auf Goldbestände.

Grafik 7

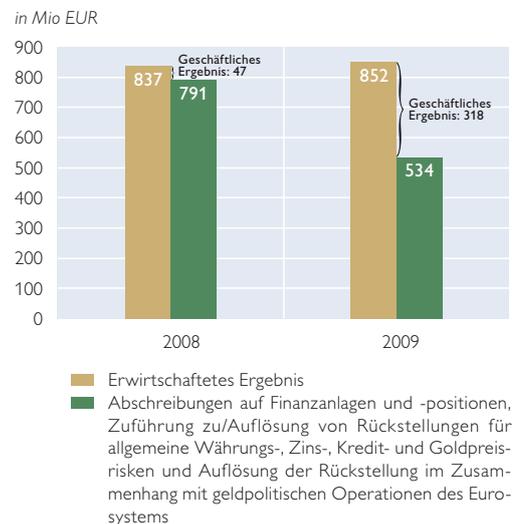
OeNB: Erträge und Aufwendungen



Quelle: OeNB.

Grafik 8

OeNB: Geschäftliches Ergebnis



Eigentümer und Organe

Eigentümer der OeNB

Die OeNB ist eine Aktiengesellschaft. Das Grundkapital von 12 Mio EUR steht mehrheitlich im Eigentum des Bundes, die restlichen Anteile befinden sich im Eigentum von Interessenvertretungen sowie von Banken und Versicherungen. Aktionäre können nur österreichische Staatsbürger oder juristische Personen oder eingetragene Personengesellschaften sein, die ihren Sitz und ihre Hauptverwaltung in Österreich haben und deren Anteile sich weder unmittelbar noch mittelbar mehrheitlich in ausländischer Hand befinden. Die Übertragung von Aktien der OeNB ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Generalversammlung wirksam. Seit Mai 2006 hält der Bund 70,3% der Anteile am Grundkapital der OeNB. Der Bundesminister für Finanzen hat zu Beginn des Jahres 2010 die Absicht des Bundes bekundet, die restlichen OeNB-Aktien zu erwerben.

Generalrat

Der Generalrat ist das Aufsichtsorgan der OeNB und überwacht jene Geschäfte, die nicht in den Aufgabenbereich des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) fallen. Der Generalrat wird durch dessen Präsidenten, und zwar in der Regel einmal im Monat, einberufen. Gemäß § 20 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) hat der Generalrat das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten. Gemeinsame Sitzungen des Generalrats und des Direktoriums haben mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. Für eine Reihe von Agenden der Geschäftsführung ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Dazu zählen die Neuaufnahme oder Auflassung von Geschäftszweigen, die Errichtung oder Auflassung von Zweiganstalten sowie der Erwerb oder die Veräußerung

von Beteiligungen und Liegenschaften. Weiters ist die Zustimmung des Generalrats bei der Besetzung von Aufsichtsräten und des Managements von Unternehmen, an denen die OeNB beteiligt ist, einzuholen. Auch bei der Ernennung der Funktionäre der zweiten Führungsebene der OeNB ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Darüber hinaus sind die in § 21 Abs. 2 NBG genannten Angelegenheiten der Beschlussfassung durch den Generalrat vorbehalten, wie z. B. die Erstattung von unverbindlichen Dreivorschlägen an die Bundesregierung für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums durch den Bundespräsidenten, die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik in Nicht-ESZB-Angelegenheiten und die Genehmigung des Jahresabschlusses zwecks Vorlage an die Generalversammlung sowie die Genehmigung des Ausgabenplans für das nächste Geschäftsjahr.

Zusammensetzung des Generalrats

Der Generalrat besteht aus dem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und zwölf weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder müssen österreichische Staatsbürger sein. Präsident, Vizepräsident und sechs Mitglieder werden von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren ernannt; eine Wiederernennung ist zulässig. Weitere sechs Mitglieder werden von der Generalversammlung (Treffen der Aktionäre) für die Dauer von fünf Jahren gewählt; eine Wiederwahl ist zulässig. Weitere Bestimmungen zum Generalrat finden sich in den §§ 20 bis 30 NBG.

Mit Stand 31. Dezember 2009 umfasste der Generalrat der OeNB folgende Mitglieder:



Dkfm. Dr.
Claus J. Raidl
Präsident
Vorsitzender des
Vorstands der
Böhler-Uddeholm AG



Mag. Max
Kothbauer
Vizepräsident
Vorsitzender des
Universitätsrats der
Universität Wien



Dipl.-Ing.
August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschafts-
kammer Österreich



Mag. Markus Beyrer
Generalsekretär der
Industriellenvereinigung



Univ.-Prof. Dr.
Bernhard Felderer
Direktor des Instituts
für Höhere Studien
und Wissenschaftliche
Forschung (IHS)



Dkfm. Elisabeth
Gürtler-Mauthner
Geschäftsführerin der Sacher
Hotels Betriebsges.m.b.H.
und Vizepräsidentin
der Österreichischen
Hotelierversammlung (ÖHV)



Dr. Erich Hampel
Vizepräsident der
UniCredit Bank Austria AG



Dipl. Bwt.
Alfred Hannes
Heinzl
Geschäftsführer der
Heinzl Holding
GmbH



Mag. Anna Maria
Hochhauser
Generalsekretärin der
Wirtschaftskammer
Österreich



Dipl.-Ing.
Johann Marihart
Generaldirektor
der Agrana
Beteiligungs-AG



Mag. Werner Muhm
Direktor der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte für Wien



Dr. Gabriele Payr
Generaldirektorin der
Wiener Stadtwerke
Holding AG



Mag. Dr. Walter
Rothensteiner
Generaldirektor
der Raiffeisen
Zentralbank
Österreich AG



Dr. Dwora Stein
Bundesgeschäfts-
führerin der Gewerk-
schaft der Privat-
angestellten, Druck,
Journalismus, Papier

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG vom Zentralbetriebsrat bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:



Dr. Martina Gerharter
Vorsitzende des
Zentralbetriebsrats



Robert Kocmich
Stellvertretender
Vorsitzender des
Zentralbetriebsrats



Staatskommissär
Sektionschef
Mag. Thomas Wieser
Leiter der Sektion für
Wirtschaftspolitik und
Finanzmärkte im Bundes-
ministerium für Finanzen



Staatskommissär-
Stellvertreter
Mag. Alfred Lejsek
Gruppenleiter
Gruppe III/B Finanzmärkte
im Bundesministerium
für Finanzen

Personelle Veränderungen vom 30. April 2009 bis 29. April 2010

Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner, deren Funktionsperiode mit der regelmäßigen Generalversammlung 2009 endete, wurde in der Generalversammlung vom 26. Mai 2009 zum Mitglied des Generalrats wieder gewählt.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung vom 28. Juli 2009 beschlossen, *Dr. Gabriele Payr*, Generaldirektorin der

Wiener Stadtwerke Holding AG, mit Wirkung vom 1. August 2009 zum Mitglied des Generalrats zu ernennen. Weiters hat die Bundesregierung in derselben Sitzung *Dipl.-Ing. Johann Marihart* mit Wirkung vom 1. August 2009 zum Mitglied des Generalrats wieder ernannt. Die Funktionsperiode von Generalrat Univ.-Doz. MMag. Dr. Philip Göth endete mit 31. Juli 2009.

Direktorium

Das Direktorium hat den gesamten Dienstbetrieb zu leiten und die Geschäfte der OeNB zu führen. Bei der Verfolgung der Ziele und Aufgaben des ESZB hat das Direktorium entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB zu handeln. Das Direktorium besteht aus dem Gouverneur, dem Vize-Gouverneur und zwei weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Direktoriums werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt. Die Ernennung erfolgt jeweils

auf die Dauer von fünf Jahren; eine Wiederernennung ist zulässig. Der Gouverneur ist Mitglied des EZB-Rats und des Erweiterten Rats der EZB. Er und sein Vertreter sind bei der Wahrnehmung dieser Funktionen weder an Beschlüsse des Direktoriums noch an solche des Generalrats gebunden und unterliegen auch sonst keinerlei Weisungen. Mit Stand 31. Dezember 2009 umfasste das Direktorium der OeNB folgende Mitglieder:



Andreas Ittner, Wolfgang Duchatczek, Ewald Nowotny, Peter Zöllner (von links)

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek
Vize-Gouverneur

Mag. Dr. Peter Zöllner
Mitglied des Direktoriums

Mag. Andreas Ittner
Mitglied des Direktoriums

Auftrag, Aufgaben und Organisation

Auftrag

Die OeNB ist die Zentralbank der Republik Österreich und als solche integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). In dieser Funktion agiert sie in voller personeller, finanzieller und institutioneller Unabhängigkeit. Die OeNB richtet ihre Zielsetzungen und ihr Verhalten an den Grundsätzen Vertrauen, Stabilität und Sicherheit aus.

Für das ESZB/Eurosystem und somit auch für die OeNB besteht ein klarer, gesetzlicher Auftrag. Zum einen ist dies die Gewährleistung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet, um die Kaufkraft für die Bevölkerung zu erhalten. Zum anderen haben die Zentralbanken einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität zu leisten. Neben diesen beiden vorrangigen Aufgaben sind die nationalen Zentralbanken auch zur Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union und somit auch jener Österreichs (Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung) verpflichtet, solange die Preisstabilität gesichert ist.

Aufgaben

Im Zuge der Finanzkrise hat die OeNB ihre Aufgabenerfüllung kritisch beleuchtet. In der Folge wurde die Ausrichtung der Aufgaben neu festgelegt und in Form der „OeNB-Strategie 2010–2015“ beschlossen. Im Sinne einer fortgesetzten Spezialisierung der OeNB sollen die Kernaufgaben der Zentralbank weiter gestärkt und gleichzeitig die Supportfunktionen schlanker gestaltet werden.

Geldpolitik, monetäre Integration und ökonomische Forschung

- Mitgestaltung der Geldpolitik des Eurosystems
- Prognosen der Wirtschaftsentwicklung Österreichs
- Erstellung volkswirtschaftlicher Analysen und Studien, Forschungstätigkeit zu Themen, die Österreich und die für Österreich relevanten Länder (insbesondere in Zentral-, Ost- und Südosteuropa) betreffen

Operative Umsetzung der Geldpolitik und Währungsreservenmanagement

- Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den österreichischen Banken
- Abwicklung und Überwachung der Erfüllung der Mindestreservepflicht der österreichischen Banken
- Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen des Eurosystems
- Veranlagung der von der EZB an die OeNB zur Verwaltung übertragenen Währungsreserven
- Management der eigenen Währungsreserven unter Berücksichtigung der Grundsätze Stabilität, Liquidität und Ertrag

Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht

- Durchführung der Bankenaufsicht in Kooperation mit der FMA
- Durchführung der Zahlungssystemaufsicht
- Analyse von Finanzmärkten und Banken
- Weiterentwicklung der Risikovorsorge auf Mikro- und Makroebene
- Mitwirkung am Aufbau gesamteuropäischer Aufsichtsstrukturen und -institutionen

Statistik

- Bereitstellung von aussagekräftigen und hochwertigen Statistiken, vor allem Monetär-, Zinssatz-, Aufsichts- und Außenwirtschaftsstatistiken (z. B. Zahlungsbilanz, Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung)
- Führung der Großkreditevidenz
- Mitgestaltung und Umsetzung neuer – nationaler wie internationaler – Datenerfordernisse, etwa in Bezug auf den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken

Drehscheibenfunktion in der Bargeldversorgung

- Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit fälschungssicheren Banknoten und Münzen
- Analyse von Bargeldströmen zur Gewährleistung eines reibungslosen Bargeldumlaufs
- Vorbereitung auf die neue Serie der Euro-Banknoten

Sicherstellung des unbaren Zahlungsverkehrs

- Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich und deren Vernetzung mit dem Ausland
- Analyse von globalen Entwicklungen im Zahlungsverkehr und deren Umsetzungsmöglichkeit in Österreich
- Umsetzung einer nationalen Clearinglösung in Abstimmung mit den österreichischen Kommerzbanken

Internationale und nationale Kooperation sowie Kommunikation

- Zusammenarbeit mit nationalen Institutionen und Gremien (Finanzmarktaufsicht, Staatsschuldenausschuss, Statistikrat)
- Internationale währungspolitische Zusammenarbeit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen (IWF, BIZ)

Organisation der OeNB

Präsident

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Referat des Generalrats

AL DRR Dr. Dr. Richard Mader

Vizepräsident

Mag. Max Kothbauer

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny

Referat des Gouverneurs

AL Mag. Markus Arpa

Innenrevision

AL DRR Wolfgang Winter

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit

AL DRR Mag. Günther Thonabauer

Abteilung für Planung und Controlling

AL Mag. Gerhard Hohäuser

Personalabteilung

AL DRR Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Hauptreferat

Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung

DHR Mag. Peter Achleitner

Hauptabteilung Volkswirtschaft

DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

AL DRR Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien

AL Mag. Dr. Martin Summer

Abteilung für Integrationsangelegenheiten

und Internationale Finanzorganisationen

AL Mag. Franz Nauschnigg

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher

Entwicklungen im Ausland

AL Mag. Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Repräsentanz Brüssel

Mag. Marlies Stubits-Weidinger

Ressort Rechnungswesen, Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr

Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek

Hauptabteilung Organisation und Informationsverarbeitung

DHA Christoph Martinek

Abteilung für Organisation und IT-Governance¹

AL Ing. Mag. Wolfgang Ruland

IT-Development

AL DRR Dr. Reinhard Auer

IT-Operations

AL Ing. Peter Deixelberger

Hauptabteilung Hauptkasse und Zahlungsverkehr

DHA Dr. Stefan Augustin

Abteilung für Bargeld- und Zahlungsverkehrssteuerung

AL Mag. Dr. Walter Hoffenberg

Banknoten- und Münzenkasse

AL Kassendirektor Mag. Dr. Gerhard Schulz

Zahlungsverkehrsabteilung

AL DRR Mag. Andreas Dostal

Web- und Druck-Service

AL Maximilian Hiermann

Zweiganstalt Österreich Nord

DZA Josef Kienbauer

Zweiganstalt Österreich Süd

DZA Mag. Friedrich Fasching

Zweiganstalt Österreich West

DZA Mag. (FH) Armin Schneider

Hauptabteilung Rechnungswesen

DHA Friedrich Karrer

Abteilung Bilanzierung und Risiküberwachung Treasury

AL Elisabeth Trost

Abteilung Zentralbuchhaltung

AL Herbert Domes

AL Abteilungsleiter
DHA Direktor der Hauptabteilung
DHR Direktor des Hauptreferats
DRR Direktionsrat
DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt

Ressort Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik

Direktor Mag. Andreas Ittner

Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung

DHA Mag. Philip Reading

Abteilung für Finanzmarktanalyse

AL Dr. Michael Würz

Abteilung für Bankenanalyse

AL DRR Mag. Dr. Johannes Turner

Abteilung für Bankenrevision

AL Dipl.-Ing. Dr. Gabriela de Raaij

Hauptabteilung Statistik

DHA Mag. Dr. Aurel Schubert

Abteilung für Außenwirtschaftsstatistik und
Finanzierungsrechnung

AL Dr. Michael Pfeiffer

Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik

AL Gerhard Kaltenbeck

Kreditabteilung

AL Eva-Maria Springauf

Ressort Finanzmarktoperationen, Beteiligungen und Interne Dienste

Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Beteiligungsverwaltung

AL DRR Mag. Franz Partsch

Jubiläumsfonds

AL Dr. Wolfgang Höritsch

Rechtsabteilung

AL DRR Dr. Hubert Mölzer

Hauptabteilung Treasury

DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Treasury – Strategie

AL Reinhold Wanka

Treasury – Front Office

AL DRR Mag. Walter Sevcik

Treasury – Back Office

AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London

Dr. Claus Fischer

Repräsentanz New York

Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung Interne Dienste

DHA Mag. Albert Slavik

Abteilung für Einkauf, Technik und Service

AL Mag. Thomas Reindl

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten

AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice

AL Mag. Bernhard Urban

¹ Umweltbeauftragter SE Johann Jachs
Stand per 29. April 2010

Die OeNB im Dienst
der Preis- und Finanzmarktstabilität



Geldpolitik antwortet rasch und flexibel auf die Wirtschaftskrise

Das Eurosystem nahm im Jahr 2009 eine wirtschaftspolitische Schlüssel-funktion bei der Bewältigung der Rezession und der Turbulenzen auf den Finanzmärkten ein. Durch rasche und flexible Maßnahmen trugen die EZB und die nationalen Zentralbanken wesentlich zur konjunkturellen Wende bei und sicherten die Preisstabilität. Die Inflationsraten drehten von zwischen-durch leicht negativen Werten wieder in den positiven Bereich. Im Jahr 2009 lag die Inflationsrate im Euroraum bei 0,3 % – dem tiefsten Stand seit Beginn der Währungsunion. Dieser Abschnitt behandelt die aktive Rolle der Geld-politik bei der Überwindung der Krise und analysiert die Konjunktorentwick-lung im Euroraum, in Zentral-, Ost- und Südosteuropa sowie in Österreich.

Flexible Geldpolitik sichert Stabilität

Rasche und unkonventionelle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung

Leitzinsen historisch niedrig

Auf die dramatische Verschlechterung der realwirtschaftlichen Aussichten und die markante Abschwächung der Preisdynamik im Herbst 2008 reagierten die Zentralbanken weltweit mit einer raschen Senkung der Leitzinsen. Die USA leiteten den Zinssenkungszyklus früher ein als andere Länder. So erreichte der Leitzinssatz der Federal Reserve, die Federal Funds Target Rate, bereits im Dezember 2008 mit einer Zielspanne von 0 % bis 0,25 % einen historischen Tiefstand. Die EZB nahm mit Wirkung vom 21. Jänner 2009 ihren Leitzins, den Zinssatz im Hauptrefinanzierungsgeschäft, von 2,5 % auf 2 % zurück; weitere Senkungen folgten am 11. März (-0,5 Prozentpunkte), 8. April und 13. Mai (jeweils -0,25 Prozentpunkte). Damit wurde der Leitzins der EZB ab Oktober 2008 innerhalb von acht Monaten um 325 Basispunkte auf

1,0 % reduziert. Die Bank of England senkte in der ersten Jahreshälfte 2009 ihren Leitzins, die Bank Rate, auf 0,5 %. Die Schweizerische Nationalbank reduzierte das Zielband für den 3-Monats-LIBOR¹ auf 0 % bis 0,75 %.

Der direkte Vergleich der Leitzinssätze ist jedoch nur bedingt aussagekräftig. Für die Wirtschaft sind die kurzfristigen Marktzinsen und die darauf aufbauende Zinsstrukturkurve für längere Laufzeiten relevant. Bis Oktober 2008 war der geldpolitische Handlungsrahmen des Eurosystems bzw. der EZB so strukturiert, dass der kurzfristige Geldmarktzins, der EONIA², nahe dem Leitzins gehalten wurde.

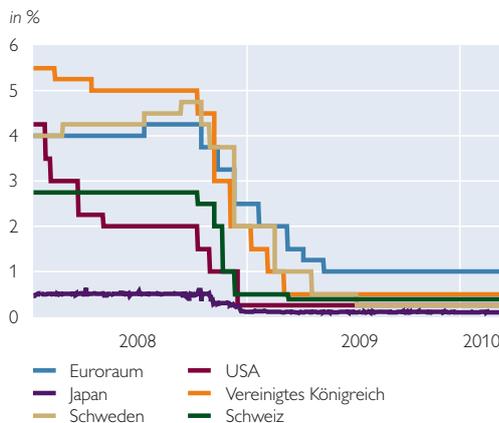
Seit Herbst 2008 bewegt sich der EONIA aufgrund des Liquiditätsangebots im Euroraum jedoch immer unter dem Leitzins; in der zweiten Jahreshälfte 2009 lag er bei durchschnittlich 0,36 %, also mehr als 60 Basispunkte unter dem Leitzinssatz. Da die Marktteilnehmer weiterhin niedrige kurzfristige Geldmarktzinsen erwarteten,

Geldmarktzinsen im Euroraum niedriger als Leitzins

Grafik 9

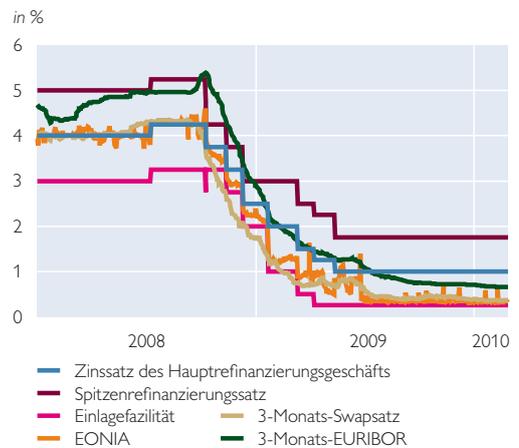
Leit- und Geldmarktzinsen

Leitzinsen international



Quelle: Thomson Reuters.

EZB- und Geldmarkt-Zinssätze



¹ LIBOR: London Interbank Offered Rate. Details zur Definition der Zinssätze siehe Glossar auf der OeNB-Website, http://www.oenb.at/de/glossar/glossar_aller.jsp

² EONIA: Euro OverNight Index Average.

gingen auch die längerfristigen Geldmarktzinssätze, wie der 3-Monats-EURIBOR³, auf deutlich unter 1 % zurück. Die EURIBOR-Sätze sind für Haushalte und Unternehmen wichtig, da variabel verzinsten Bankkredite häufig an den EURIBOR geknüpft sind.

Die Senkung des Leitzinssatzes auf 1 % erforderte auch Anpassungen des Zinskorridors, der durch die Zinssätze auf die beiden ständigen Fazilitäten (Einlagefazilität und Spitzenrefinanzierungsfazilität) gebildet wird. Da die Banken zum Einlegesatz unbegrenzt Zentralbankgeld bei der EZB einlegen und andererseits zum Spitzenrefinanzierungssatz jederzeit Liquidität von der EZB erhalten können, begrenzen die beiden Zinssätze die Schwankungen im Taggeldsatz nach oben und nach unten. Um den Geldmarkt zu stabilisieren, verengte die EZB im Oktober 2008 den Korridor von den vor der Krise üblichen ± 100 Basispunkten auf ± 50 Basispunkte. Mit 21. Jänner 2009 wurde der Korridor wieder auf ± 100 Basispunkte erweitert, um den Banken mehr Anreiz zu bieten, ihren Liquiditätsbedarf nicht über die EZB auszugleichen, sondern aktiv am Geldmarkt teilzunehmen. Aufgrund der Leitzinssenkung auf 1 % vom 13. Mai 2009 wurde der Korridor erneut symmetrisch verengt, und zwar auf ± 75 Basispunkte, da ansonsten die Verzinsung der Einlagefazilität mit der Absenkung des Leitzinssatzes auf 1 % am 13. Mai 2009 auf 0 % gefallen wäre. Mit Stand 29. April 2010 lagen der Zinssatz im Hauptrefinanzierungsgeschäft bei 1 %, der Zinssatz der Einlagefazilität bei 0,25 % und der Zinssatz der Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 1,75 %.

Unkonventionelle Geldpolitik

Unkonventionelle Maßnahmen waren im Jahr 2009 in der Geldpolitik an der Tagesordnung. Darunter fällt eine breite Palette von Maßnahmen der EZB, der Federal Reserve, der Bank of England und anderer Zentralbanken, die in Ergänzung des üblichen geldpolitischen Instruments, der Leitzinsen, zum Einsatz kamen. Ergänzende Maßnahmen wurden notwendig, weil einerseits die Leitzinsen ein außergewöhnlich niedriges Niveau erreicht hatten und andererseits die Weitergabe geldpolitischer Impulse an die Wirtschaft durch den sogenannten Transmissionsmechanismus nicht mehr wie in Normalsituationen funktionierte. Damit die Zinssenkungen wirken konnten, mussten die Spannungen auf den Geld- und Finanzmärkten reduziert und die Fähigkeit der Banken zur Kreditvergabe wiederhergestellt werden.

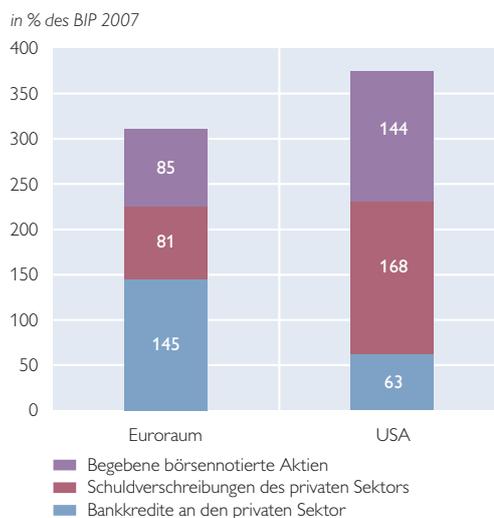
Die unkonventionellen Maßnahmen wurden durch Anpassungen von Umfang oder Zusammensetzung der Bilanz

Unkonventionelle Maßnahmen ergänzen Leitzinssenkungen

Anpassungen des Zinskorridors

Grafik 10

Finanzierung des privaten Sektors im Euroraum und in den USA



³ EURIBOR: Euro Interbank Offered Rate.

Mehr Liquidität mit längeren Laufzeiten

der Zentralbanken umgesetzt. Geldpolitik mithilfe von Veränderungen der Zentralbankbilanz zu betreiben, ist an sich nicht unkonventionell: ein Beispiel sind Wechselkursinterventionen, wie sie etwa vom Eurosystem im Herbst 2000 eingesetzt wurden und in vielen asiatischen Ländern laufend durchgeführt werden.

Euroraum setzt auf gezielte Unterstützung der Kreditvergabe durch Banken

Bei der Gestaltung der unkonventionellen Maßnahmen mussten die Zentralbanken die Struktur des Finanzsystems ihrer Volkswirtschaften berücksichtigen. Im Euroraum spielen etwa Bankkredite eine deutlich wichtigere Rolle in der Finanzierung von Unternehmen und Haushalten als in den USA (Grafik 10). Dementsprechend lag der Schwerpunkt der Maßnahmen im Euroraum auf der Verbesserung der kurz- und langfristigen Refinanzierung des Bankensystems. Um die Finanzierung der Wirtschaft durch Banken anzukurbeln, beschloss der EZB-Rat gezielte Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe („enhanced credit support“).

Eurosystem garantiert Banken unlimitierten Zugang zu Liquidität

Das Eurosystem ergriff eine Reihe von Maßnahmen, um die Unsicherheit der Banken über ihre künftige Liquiditätssituation zu reduzieren. Die wichtigste war dabei die Umstellung des Tendersverfahrens. Seit Herbst 2008 wurde den Banken Liquidität in unbegrenzter Höhe zu einem festen Zinssatz zur Verfügung gestellt: die Nachfrage jeder Bank wurde zur Gänze zum Tenderzinssatz erfüllt. Die Banken hatten dadurch einen garantierten Zugang zu Zentralbankliquidität zu einem vorab bekannten Zinssatz. Die einzige Beschränkung war die Verpflichtung, notenbankfähige Sicherheiten für die Laufzeit des Geschäfts beim Eurosystem zu hinterlegen. Diese Maßnahme beseitigte die Unsicherheit über den Zugang zu Zentralbankliquidität.

Das neue Tendersverfahren kam seit Herbst 2008 sowohl im wöchentlichen Hauptrefinanzierungsgeschäft als auch in allen längerfristigen Refinanzierungsgeschäften der EZB zur Anwendung. Das Bankensystem konnte damit nicht nur das Volumen, sondern auch die Laufzeit der Verpflichtungen gegenüber der Zentralbank frei bestimmen. Die durchschnittliche Laufzeit der ausstehenden Geschäfte hatte sich bereits seit Sommer 2007 verlängert, da die EZB – um die Liquiditätsplanung der Banken zu erleichtern und ihre Bereitschaft zur Kreditvergabe zu verbessern – den Anteil der längerfristigen Geschäfte erhöhte und gleichzeitig das Volumen im wöchentlichen Geschäft verringerte. Im vierten Quartal 2008 verstärkte sich dieser Trend deutlich, da die EZB neue Geschäfte mit längeren Laufzeiten einführte. Im Oktober 2008 wurde der erste Tender mit sechs Monaten Laufzeit durchgeführt. Dazu kamen einmonatige Geschäfte, deren Laufzeit sich exakt mit der Länge der Mindestreserveperiode deckt.

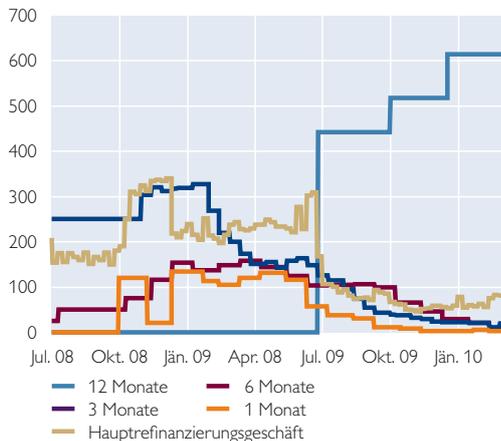
Im Juni 2009 wurde dann der erste von drei Tenders mit einjähriger Laufzeit angeboten. Die europäischen Banken erhielten 442 Mrd EUR zu 1 % – das größte Zuteilungsvolumen seit Bestehen der EZB. Mit 1.121 Teilnehmern war auch die Zahl der beteiligten Banken so hoch wie nie zuvor. Die rege Teilnahme wie auch die hohe Nachfrage im einjährigen Tender zeugen davon, dass die Banken eine längerfristige Finanzierung zu günstigen Konditionen sicherstellen wollten. Dementsprechend niedrig war auch die Nachfrage in den nachfolgenden Geschäften mit kürzeren Laufzeiten, und das gesamte verfügbare Liquiditätsvolumen ging wieder zurück. Ähnliche, wenn auch schwächere sprunghafte Anstiege im Liquiditätsvolumen mit einem anschlie-

Grafik 11

Liquidität im Euroraum

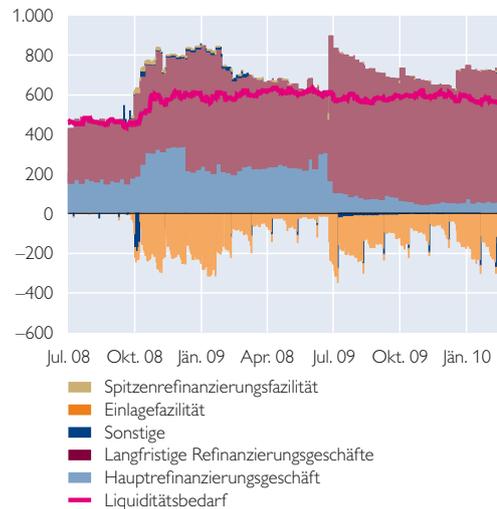
Liquiditätszuführende Geschäfte

in Mrd EUR



Liquiditätsangebot und Nachfrage

in Mrd EUR



Quelle: EZB.

ßen den langsamen Rückgang waren auch nach den zwei einjährigen Geschäften Ende September und Ende Dezember 2009 zu beobachten. Im ersten Halbjahr 2010 stammt die Liquidität zum überwiegenden Teil aus den einjährigen Geschäften.

Um die langfristige Refinanzierung der Banken weiter zu erleichtern und damit die Kreditvergabe zu unterstützen, beschloss der EZB-Rat im Mai 2009 den Ankauf von auf Euro lautenden gedeckten Schuldverschreibungen (Pfandbriefen, Covered Bonds) durch das Eurosystem. Gedeckte Schuldverschreibungen sind besonders sichere, mit Hypothekarkrediten oder Krediten an Gebietskörperschaften unterlegte Bankschuldverschreibungen. Sie werden in Europa häufig verwendet, um langfristige Bankkredite zu refinanzieren.⁴ Mit dem Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 kam auch dieses

für die Banken besonders wichtige Segment des Finanzmarktes unter Druck. Das Neuemissionsvolumen ging zurück, die Aktivität auf dem Sekundärmarkt kam fast völlig zum Erliegen, und die Risikoaufschläge gegenüber Staatsanleihen stiegen deutlich an. Die Entscheidung der EZB für den Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen war ein starkes Signal zur Stärkung des Vertrauens in dieses Marktsegment. In der Folge gingen die Aufschläge zurück, und die Neuemissionen stiegen wieder an. Im Rahmen des Ankaufsprogramms werden vom Eurosystem noch bis Juni 2010 Wertpapiere im Wert von insgesamt 60 Mrd EUR erworben. Mit Stand Februar 2010 wurden im Eurosystem bereits rund 33,8 Mrd EUR gedeckter Schuldverschreibungen gekauft.

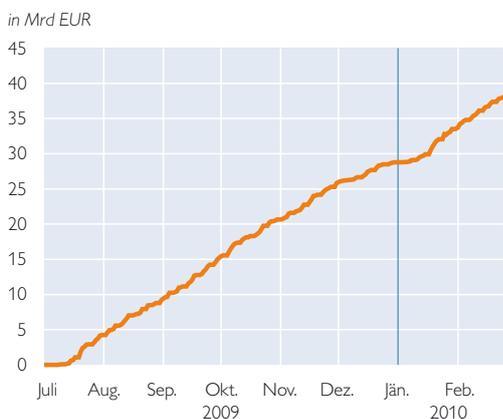
Zusätzlich liefen im Jahr 2009 einige der in den Vorjahren beschlossenen Maßnahmen zur Erleichterung der

Ankauf von Pfandbriefen

⁴ Für die Zahlung der Covered Bonds haften die emittierende Bank und der Sicherheitenpool. Damit unterscheiden sich Covered Bonds sowohl von vorrangigen, aber unbesicherten Bankschuldverschreibungen als auch von forderungsunterlegten Wertpapieren (Asset-Backed Securities – ABS), bei denen keine Haftung durch den Emittenten besteht. Zu den hier verwendeten Fachbegriffen siehe auch das Glossar auf der OeNB-Website, http://www.oenb.at/de/glossar/glossar_aller.jsp.

Ankauf von Pfandbriefen und Fremdwährungsgeschäfte

Eurosystem: Ankauf von Pfandbriefen



Ausstehende Geschäfte in US-Dollar und Schweizer Franken



Quelle: EZB, OeNB.

¹ TAF: Term Auction Facility, eine Sonderrefinanzierungsfazilität in US-Dollar.

Vorübergehende Ausweitung des Sicherheitenverzeichnisses und Bereitstellung von Fremdwährungsliquidität

Bankrefinanzierung weiter. So konnten Banken weiterhin Wertpapiere und Vermögenswerte aus dem erweiterten Verzeichnis notenbankfähiger Sicherheiten hinterlegen und im Gegenzug Liquidität aus EZB-Tendergeschäften erhalten. Fortgeführt wurde auch die Kooperation mit der Federal Reserve und der Schweizerischen Nationalbank, wodurch den europäischen Banken Devisen in US-Dollar und Schweizer Franken direkt zur Verfügung gestellt werden konnten. Aufgrund der verbesserten Situation auf dem internationalen Interbankenmarkt ging die Nachfrage nach Fremdwährungen in der zweiten Jahreshälfte 2009 kontinuierlich zurück, und die Programme konnten mit 1. Februar 2010 auslaufen.

Ausstieg aus der expansiven Liquiditätspolitik bei gleichbleibendem Zinssatz

Rückführung der expansiven geldpolitischen Maßnahmen

Mit der Beruhigung auf den Finanzmärkten und der zunehmenden konjunkturellen Erholung stellt sich die Frage, wann und wie eine Rückführung

der in den letzten zwei Jahren eingesetzten geldpolitischen Sondermaßnahmen erfolgen soll.

Dabei ist prinzipiell zwischen liquiditätspolitischen Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors und der geldpolitischen Ausrichtung, ausgedrückt durch den Leitzins, zu unterscheiden. Letztere dient dem Ziel der Preisstabilität. Die rezenten Prognosen zur Inflation bewegen sich unterhalb der vom Eurosystem angepeilten Marke von unter, aber nahe 2%. Auch die Inflationserwartungen liegen stabil in diesem Bereich. Daher bestand im Jahr 2009 und im bisherigen Verlauf des Jahres 2010 kein Bedarf nach einer Anhebung der Leitzinsen.

Die schrittweise Rückführung der liquiditätspolitischen Maßnahmen kann unabhängig von Leitzinsentscheidungen durchgeführt werden. Um das Bankensystem mittelfristig wieder aus der Abhängigkeit von Zentralbankliquidität zu führen und die Refinanzierungsstrukturen zu normalisieren, beschloss der EZB-Rat im Dezember

Verstärkte Kommunikation in der Krise

In turbulenten Zeiten ist Kommunikation essenziell, um Erwartungen zu steuern und die Märkte zu beruhigen. Dies gilt im besonderen Maße für die Kommunikation der Geldpolitik. Der Wirkungsgrad der Geldpolitik ist also untrennbar mit der schlüssigen und konsequenten Kommunikation der geldpolitischen Entscheidungen verknüpft. Getreu dem Motto „Offenheit und Transparenz“ galt es im Jahr zwei der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Effektivität, Effizienz und Glaubwürdigkeit der Geldpolitik durch intensive Kommunikation zu gewährleisten bzw. zu erhöhen. Mit gezielten Interviews und detaillierten Statements gegenüber den Medien und in Internetchats erläuterte Gouverneur Ewald Nowotny die Entscheidungen des EZB-Rats. Besonderer Schwerpunkt lag auf den unkonventionellen Maßnahmen. Flankiert wurden die Aussagen des Gouverneurs durch Informationsmaßnahmen wie Advertorials bzw. ein speziell entwickeltes Finanzlexikon für Zeitungsleser. Online-Kommunikationsformen ermöglichten eine One-to-Many- bzw. Many-to-One-Kommunikation. In Journalistenseminaren und Hintergrundgesprächen zu aktuellen Themen fand ein reger Wissens- und Meinungsaustausch mit den Medienvertretern statt. Des Weiteren wurden die Abgeordneten des Nationalrats via Finanzausschuss in regelmäßigen Abständen über die Wirtschaftsentwicklung und die Lage des Finanzsystems informiert.

2009, einen Teil der befristeten außergewöhnlichen Liquiditätsmaßnahmen nicht mehr fortzuführen. Wie bereits erwähnt, ist die Nachfrage bei Fremdwährungsgeschäften so stark zurückgegangen, dass dieses Programm nicht weiter benötigt wurde. Zusätzlich wurde beschlossen, ab März 2010 keine weiteren Geschäfte mit sechs und zwölf Monaten Laufzeit durchzuführen. Die Häufigkeit der Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von drei Monaten wurde wieder auf Vorkrisenniveau reduziert. Die Rücknahme erfolgt allerdings schrittweise und mit größter Vorsicht. Wichtige Unterstützungsmaßnahmen wie die unlimitierte Zuteilung bei den wöchentlichen Tendern bleiben daher bestehen.

Die Umsetzung der geldpolitischen Maßnahmen obliegt den nationalen Zentralbanken. Die seit dem Jahr 2008 und insbesondere 2009 notwendige zusätzliche Liquiditätsbereitstellung wie auch andere Maßnahmen konnten von der OeNB erfolgreich umgesetzt werden.

Reservenmanagement der OeNB erbringt ausgezeichnetes Ergebnis trotz extrem schwierigen Marktumfelds

Nach dem massiven Einbruch im Jahr 2008 kam es auf den Finanzmärkten im Jahr 2009 trotz anhaltender Turbulenzen vor allem in der zweiten Jahreshälfte zu einer leichten Entspannung. Die Reservenveranlagung der OeNB wurde auch im Jahr 2009 erfolgreich nach der bewährten Prioritätenskala Sicherheit, Liquidität und Ertrag durchgeführt. Angesichts der Zielsetzung, die durch die nach wie vor erschwerten Marktbedingungen erhöhten Risiken zu minimieren, wurden im Jahr 2009 die Veranlagungen in Fremdwährung verringert.

Besonders die wöchentlich stattfindenden Sitzungen des Investmentkomitees, bei denen Markt- und Portfolioentwicklungen bzw. -risiken analysiert werden, erwiesen sich als bewährtes und adäquates Steuerungsinstrument. Trotz des schwierigen Marktumfelds mit anhaltenden Turbulenzen und Volatilitäten gelang es, Risiken zu vermeiden und gute Ergebnisse zu erzielen.

Veranlungungsprioritäten:
Sicherheit geht vor
Liquidität und Ertrag

OeNB setzt die
außergewöhnlichen
geldpolitischen Maß-
nahmen in Österreich
erfolgreich um

Reserven in Höhe von 28 Mrd EUR veranlagt

Das Treasury der OeNB veranlagte Reserven in Höhe von 28 Mrd EUR (Stand per Ende 2009), die Fremdwährung, Euro sowie Gold umfassen. Zusätzlich wurden noch rund 1,5 Mrd EUR veranlagt, mit deren Ertrag langfristig interdisziplinäre Forschungsmaßnahmen der Österreichischen Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung gefördert werden.

Stellenwert von Gold steigt

Durch die Erschütterungen auf den Finanzmärkten kam der Reservenhaltung in Gold in den letzten Jahren wieder ein erhöhter Stellenwert zu. Zum Jahresende 2009 betragen die Goldbestände mengenmäßig unverändert gegenüber den Vorjahren rund 280 Tonnen, doch legten sie aufgrund des Preisanstiegs wertmäßig deutlich zu. Damit zeichneten sie sich als wirksames Instrument der Portfoliodiversifizierung aus.

OeNB veranlagt EZB-Reserven sehr erfolgreich in Yen

Zentralbanken gehören historisch bedingt (infolge des verpflichtenden Haltens großer Goldreserven bis zur Aufhebung des internationalen Goldstandards im Jahr 1971) weltweit zu den Institutionen mit den größten Goldbeständen und haben dadurch noch heute einen großen Einfluss auf den Goldmarkt. Um eine unerwünschte

Goldabkommen verlängert

Beeinflussung des Goldpreises durch Zentralbankenverkäufe so gering wie möglich zu halten, unterzeichneten viele Zentralbanken im Jahr 1999 ein freiwilliges Goldabkommen, in dem eine Limitierung der möglichen Goldverkäufe bestimmt wird. Die OeNB und 18 weitere europäische Zentralbanken verlängerten dieses internationale Goldabkommen im August 2009 um weitere fünf Jahre.

Mit dem Start der Währungsunion im Jahr 1999 brachten alle Eurosystem-Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am Kapitalschlüssel der EZB einen Teil ihrer Währungs- und Goldreserven bei der EZB gegen entsprechende Forderungen ein. Die Veranlagung wird aber dezentral durch die nationalen Zentralbanken durchgeführt. Das Treasury der OeNB veranlagt in einem streng getrennten Geschäftsbereich (Chinese Wall) den auf Österreich entfallenden Anteil (rund 1,1 Mrd EUR). Die OeNB hat sich seit dem Jahr 2005 auf Veranlagungen in japanische Yen spezialisiert und kann auf eine ausgezeichnete Ertragsentwicklung verweisen. Im Vergleich mit anderen Zentralbanken des Eurosystems lag die OeNB im Jahr 2009 damit erneut im Spitzenfeld.

Welthandel schrumpft markant

Euroraum überwindet Rezession

Weltwirtschaft in der Rezession

Die Weltwirtschaft im Jahr 2009 war durch die stärkste Rezession seit vielen Jahrzehnten, entsprechende wirtschaftspolitische Reaktionen und eine schrittweise Stabilisierung der Konjunktur ab der Jahresmitte geprägt. Die Auswirkungen der Verwerfungen vom Herbst 2008 auf den internationalen Finanzmärkten waren bis weit ins Jahr 2009 zu spüren und betrafen nicht nur die Industrienationen, sondern die ganze Welt.

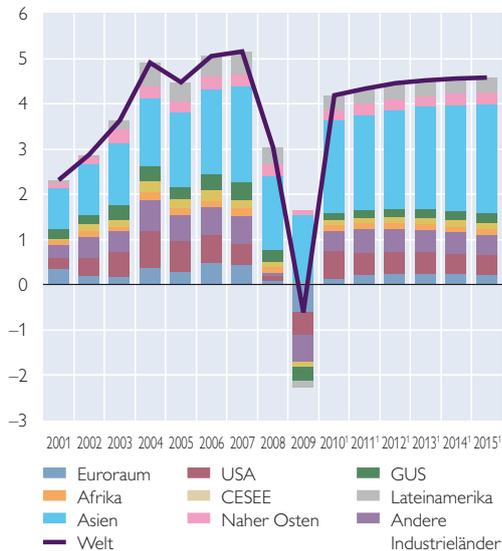
Dementsprechend ungünstig stellten sich die internationalen Rahmenbedingungen für den Euroraum und für Österreich dar. Das Wachstum der Weltwirtschaft verzeichnete den höchsten Rückgang seit dem Zweiten Weltkrieg. Viele Länder und Regionen schlitterten in eine Rezession, und der Welthandel schrumpfte um mehr als 10%.

Wirtschaftspolitische Interventionen in einem beispiellosen Ausmaß zeigten Wirkung und führten zu einer

Entwicklung der Weltwirtschaft und des internationalen Umfelds

BIP-Wachstum der Weltwirtschaft

reales Wachstum in %

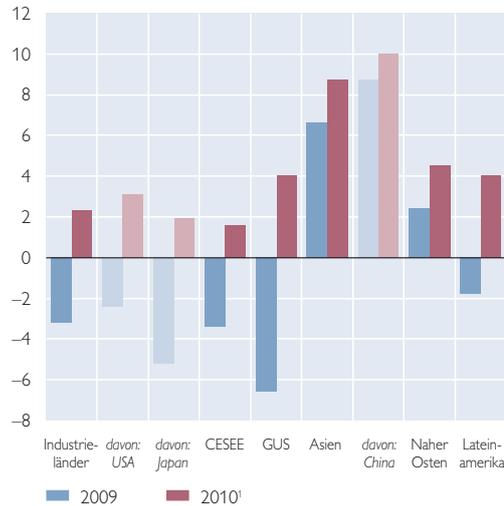


Quelle: IWF.

¹ Prognose.

BIP-Wachstum in ausgewählten Weltregionen

reales Wachstum in %



Stabilisierung der Konjunktur gegen Jahresmitte 2009. Viele Länder verzeichneten in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder ein moderates Wachstum. Aufgrund der robusten Wirtschaftsentwicklung in wichtigen Schwellenländern, vor allem in China, expandierte die Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder.

Seit Beginn des Jahres 2010 schreitet die Erholung graduell voran, in vielen Regionen ist sie aber noch nicht selbsttragend. Die Konjunktur wird dabei von der verarbeitenden Industrie und einer Umkehr des Lagerhaltungszyklus gestützt. Viele Schwellenländer profitieren darüber hinaus von den seit Jahresbeginn 2010 wieder steigenden Rohstoffpreisen. Ebenso gibt es Anzeichen für eine Verbesserung des Konsumentenvertrauens und eine Stabilisierung der Einzelhandelsumsätze. Viele dieser Faktoren sind aber zu einem wesentlichen Teil auf wirtschaftspolitische Stimuli zurückzuführen. Das vom IWF

für das Jahr 2010 prognostizierte Wachstum der Weltwirtschaft von rund 4% ist daher mit Unsicherheiten behaftet; für alle wichtigen Weltregionen wird aber eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten erwartet. Wie im Vorjahr wird die Dynamik vor allem von den Schwellenländern Asiens bestimmt werden.

Stärkster Wirtschaftsabschwung im Euroraum seit vielen Jahrzehnten

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum sank im Jahr 2009 um 4,1%, der stärkste Rückgang seit Bestehen des Euro. Nach einer bereits deutlichen Schrumpfung im zweiten Halbjahr 2008 verstärkte sich der Rückgang der Wirtschaftsleistung auf 2,5% im ersten Quartal 2009 (im Vergleich zum Vorquartal). Die Entwicklung war in erster Linie von fallenden Lagerbeständen und Investitionen aufgrund hoher Unsicherheiten über den weiteren Konjunktur-

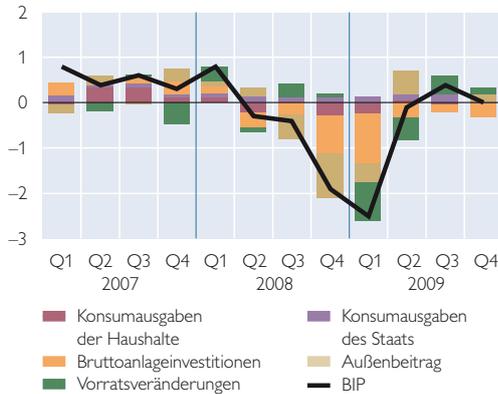
Im Sog der robusten Entwicklung in Asien erholt sich die Weltwirtschaft ab Mitte 2009

Wachstum kehrt 2010 in allen Weltregionen zurück

Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

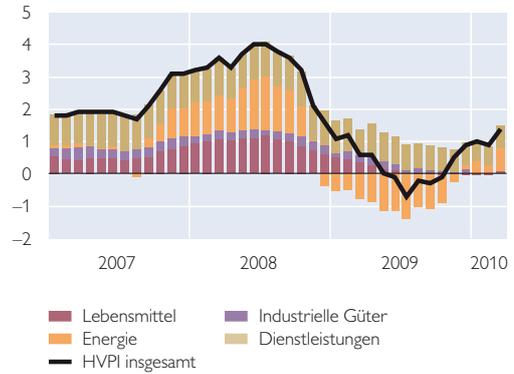
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

in Prozentpunkten, BIP-Veränderung zum Vorquartal in %



Beiträge zur Veränderung der HVPI-Inflationsrate

in Prozentpunkten, HVPI in %



Arbeitsmarkt

Veränderung zum Vorquartal in %



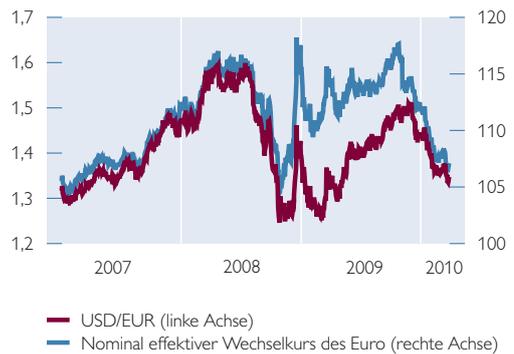
Quelle: Eurostat.

¹ Eurostat-Definition.

Wechselkurs

in USD je Euro

Index: Q1 1999 = 100



Anmerkung: Anstieg bedeutet Aufwertung des Euro.

Erste Anzeichen einer konjunkturellen Stabilisierung

verlauf getrieben. Allerdings gingen auch von den meisten anderen BIP-Komponenten keine positiven Wachstumsimpulse aus. Die Verschlechterung der Situation auf den Arbeitsmärkten dämpfte den privaten Konsum. Deutlich stärker litt die Konjunktur aber unter der schwachen internationalen Nachfrage. Einzig der öffentliche Konsum trug leicht positiv zum Wachstum bei. Bereits im ersten Quartal 2009 verlangsamte sich der Rückgang im Welthandel, und aus den Schwellenländern wurden erste positive Entwicklungen gemeldet. Beide Faktoren trugen zu einem leichten Vertrauensanstieg im Euroraum bei.

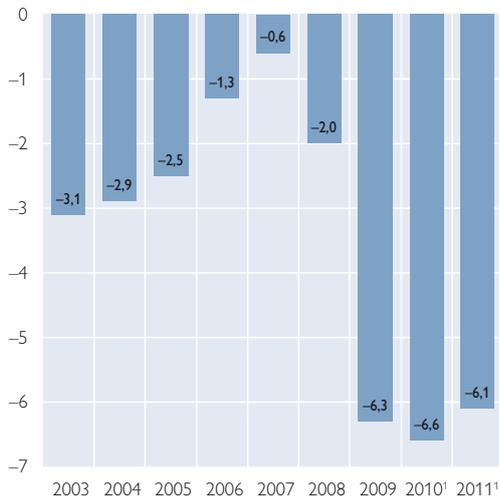
Die allgemeine Wirtschaftslage profitierte darüber hinaus vor allem vom raschen und umfassenden Eingreifen der Wirtschaftspolitik. Insgesamt werden in den Jahren 2009 und 2010 rund 5% der EU-Wirtschaftsleistung über fiskalpolitische Maßnahmen und das Wirken automatischer Stabilisatoren zur Krisenbekämpfung aufgewendet. Die wichtigsten Maßnahmen umfassten ein Vorziehen bereits geplanter öffentlicher Investitionen, direkte Unterstützung für volkswirtschaftlich besonders wichtige Sektoren (z. B. Verschrottungsprämien für die Autoindustrie) und Maßnahmen zur Dämpfung des An-

Grafik 15

Fiskalentwicklung im Euroraum

Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo

in % des BIP

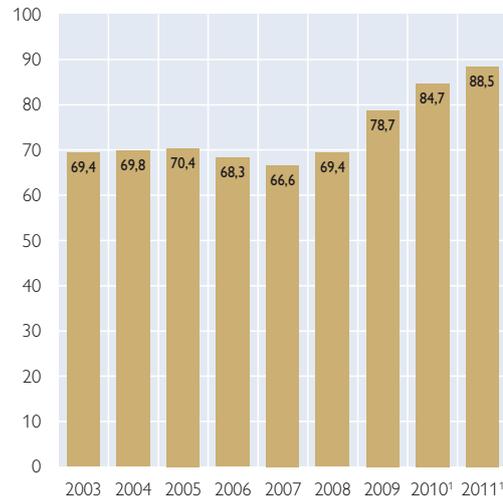


Quelle: Europäische Kommission.

¹ Prognose.

Staatsverschuldung

in % des BIP



stiegs der Arbeitslosigkeit (z. B. Kurzarbeit).

Diese wirtschaftspolitischen Eingriffe führten allerdings zu einer deutlichen Verschlechterung der öffentlichen Finanzen. Der Euroraum verfehlte im Jahr 2009 die Maastricht-Obergrenze für Budgetdefizite von 3 % des BIP deutlich. Nur zwei Staaten (Finnland und Luxemburg) wiesen eine Neuverschuldung unter der Maastricht-Grenze aus. Daraufhin eröffnete die Europäische Kommission gegen 13 der 16 Mitglieder der Währungsunion das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit.

Die Verschuldungsquote im Euroraum stieg im Jahr 2009 auf 78,7 % des BIP und wird laut Prognose der Europäischen Kommission im Jahr 2010 84,7 % des BIP erreichen. Die auch in naher Zukunft hohen Budgetdefizite werden sich über das Jahr 2010 hinaus in höheren und teils weiter steigenden Verschuldungsquoten widerspiegeln. Weiter verschärfen wird sich diese Situ-

ation durch einen zukünftig möglicherweise niedrigeren Wachstumspfad, zu erwartende höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung und ein mögliches Eintreten von Haftungen, die im Zuge der Krise übernommen wurden. Damit wird die Konsolidierung der Staatshaushalte auf längere Zeit eine der schwierigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen darstellen.

Nachdem die Wirtschaftsleistung des Euroraums im zweiten Quartal 2009 nochmals mit 0,1 % im Quartalsabstand abgenommen hatte, war das Wachstum im dritten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorquartal zum ersten Mal seit über einem Jahr wieder positiv und wurde vor allem von einer Umkehr des Lagerhaltungszyklus getragen. Daneben stützte, wie auch schon im zweiten Quartal, die wieder anziehende globale Nachfrage die Konjunktur durch ein stärkeres Exportwachstum. Der Rückgang der Investitionen setzte sich allerdings fort, wenn auch mit vermin-

Umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen stützen die Konjunktur ...

... führen aber zu einer deutlichen Verschlechterung der öffentlichen Haushalte

Tiefpunkt der Rezession im dritten Quartal 2009 überwunden

derter Geschwindigkeit; auch vom privaten Konsum gingen kaum Wachstumsimpulse aus. Hauptverantwortlich dafür war die fortschreitende Verschlechterung der Situation auf den Arbeitsmärkten.

Verschlechterung der Situation auf den Arbeitsmärkten

In nahezu allen Mitgliedstaaten und Sektoren gingen im Jahr 2009 Arbeitsplätze in signifikantem Ausmaß verloren und die Arbeitslosenquoten stiegen an. Verglichen mit dem massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung blieb der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern jedoch geringer als erwartet. Ein substanzieller Teil der Anpassung auf dem Arbeitsmarkt verlief über eine Reduktion der geleisteten Arbeitsstunden vor allem mittels flexibler Arbeitszeitmodelle, Kurzarbeit und temporärer Werkschließungen. Diese Maßnahmen konnten zumindest vorübergehend größere Kündigungswellen verhindern.

Vorübergehend negative Inflationsraten im Euroraum

Trotz der Erholung im zweiten Halbjahr 2009 bleibt die Konjunktur weiterhin fragil. Die den aktuellen Aufschwung tragenden Faktoren sind zum Teil temporär (Lagerhaltungszyklus, Fiskalpakete), und der Anpassungsprozess auf dem Arbeitsmarkt wird sich auch im Jahr 2010 fortsetzen. Für die erste Jahreshälfte 2010 ist also mit einem leichten Nachlassen der Konjunktur zu rechnen. Für das Gesamtjahr 2010 prognostizierte die EZB Anfang März 2010 ein Wirtschaftswachstum zwischen 0,4% und 1,2%. Im Jahr 2011 sollten sich eine etwas stärkere Exportdynamik und eine graduelle Erholung der Binnennachfrage positiv zu Buche schlagen. In beiden Jahren werden sich verzögerte Effekte der getätigten geldpolitischen Maßnahmen sowie die Erholung des Finanzsystems positiv auf das Wachstum auswirken. Für das Jahr 2011 ist für den Euroraum deshalb

Nur moderates Wachstum im Jahr 2010

Erhöhte Volatilität auf den Währungsmärkten

ein etwas stärkeres Wachstum von 0,5% bis 2,5% zu erwarten.

Der Wirtschaftsabschwung, die damit verbundene negative Output-Lücke und niedrige Energiepreise führten in der ersten Jahreshälfte 2009 zu deutlich sinkenden Inflationsraten. Negative Inflationsraten wurden über fünf Monate ab Juni 2009 beobachtet – am deutlichsten im Juli 2009 mit $-0,7\%$. Vor dem Hintergrund wieder steigender Energiepreise, positiver Basiseffekte und zunehmender Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung begann die Inflation ab November 2009 wieder leicht zu steigen. Im Februar und März 2010 betrug die Preissteigerung $0,9\%$ bzw. $1,4\%$ p.a.

Die langfristigen Inflationserwartungen liegen auf einem mit der EZB-Definition von Preisstabilität (Inflationsrate unter, aber nahe 2%) konformen Niveau. Die Projektionen der EZB vom März 2010 erwarten für das Jahr 2010 eine Inflationsrate von $0,8\%$ bis $1,6\%$ und für 2011 von $0,9\%$ bis $2,1\%$.

Die unsichere Wirtschafts- und Finanzlage führte im Jahr 2009 zu einer erhöhten Volatilität auf den Währungsmärkten. Während der US-Dollar im Zuge der Verschärfung der Krise ab Spätsommer 2008 als sicherer Hafen betrachtet wurde und aufwertete, gewann – vor dem Hintergrund der Stabilisierung auf den Finanzmärkten, erster Anzeichen einer Erholung der Realwirtschaft und etwas später erster Aufwärtsrevisionen der Wirtschaftsprognosen – der Euro ab März 2009 konstant an Wert. Die gegen Jahresende 2009 einsetzende und auch zu Beginn des Jahres 2010 anhaltende Abwertung des Euro war auf die besonderen wirtschaftlichen und fiskalischen Probleme einiger Staaten im Euroraum zurückzuführen.

Deutlicher Wachstumseinbruch auch in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

Die EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) erwiesen sich aufgrund ihres geringen direkten Forderungsbestands gegenüber dem US-Subprime-Markt in den ersten Phasen der Krise als vergleichsweise robust. Zu Jahresbeginn 2009 vertiefte sich der Einbruch der Wirtschaftsleistung aber auch in diesen Ländern deutlich.

Die Region litt vor allem unter dem Rückgang der internationalen Nachfrage, der sich negativ auf die stark exportorientierten Industriesektoren auswirkte. Ein weitreichender Lagerabbau und rückläufige Investitionen waren die Folge. Gleichzeitig führte die niedrige Investitionsnachfrage zusammen mit dem schwachen privaten Konsum aber auch zu einem markanten Rückgang der Importe, der sogar stärker als bei den Exporten ausfiel. Dadurch veränderte sich die Zusammensetzung des Wachstums grundlegend: Während die Wachstumsimpulse in den Vorjahren vor allem von der Binnennachfrage aus-

gingen, stützten im Jahr 2009 vor allem die Nettoexporte die Konjunktur geringfügig. Der starke Rückgang der Kapitalzuflüsse in die Region dämpfte das Wachstum hingegen deutlich.

Die Krise verdeutlichte die Heterogenität der Region: Während in einigen Ländern der wirtschaftliche Abschwung klar stärker als im Euroraum ausfiel und sich Lettland, Ungarn und Rumänien zur Deckung ihres externen Finanzierungsbedarfs (teilweise schon im Jahr 2008) um Unterstützung an den IWF und die EU wenden mussten, meisterten andere Länder die Situation deutlich besser. Dies gilt vor allem für Polen, das im Jahr 2009 als einziges Land in der EU ein (positives) Wirtschaftswachstum aufwies. Der Grund für diese Heterogenität liegt vor allem im unterschiedlichen Ausmaß der externen und internen Ungleichgewichte, die die Länder verschieden anfällig für abrupte Veränderungen bei den internationalen Rahmenbedingungen machen.

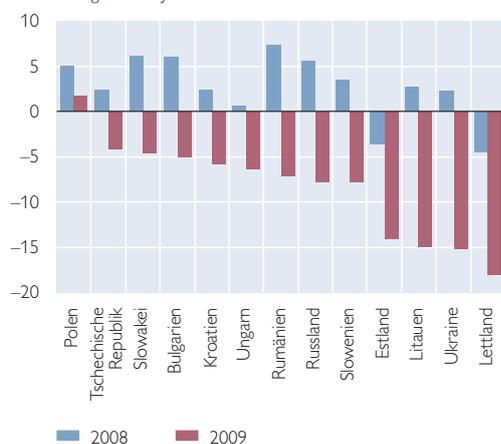
Heterogenität der Region durch Krise bestätigt

Grafik 16

Wirtschaftsindikatoren für ausgewählte CESEE-Länder

Reales Wirtschaftswachstum

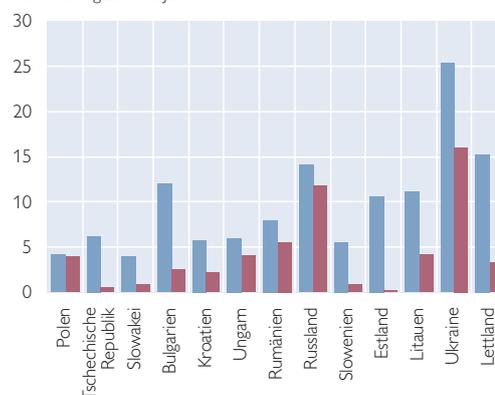
Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, WIIW.

HVPI-Inflationsrate

Veränderung zum Vorjahr in %



20 Jahre Ostöffnung und ihre Bedeutung für Österreich¹

Im Jahr 2009 jährt sich der Fall des Eisernen Vorhangs und die damit verbundene Überwindung der jahrzehntelangen Trennung des europäischen Kontinents zum 20. Mal. Die Ostöffnung hat Europa politisch und wirtschaftlich fundamental verändert.

Warum ist CESEE für Österreich und die OeNB wichtig?

Im Jahr 1989 rückte Österreich von einer Position am Rande des geografischen und politischen Westens direkt ins Herz des zusammenwachsenden Kontinents. Aufgrund der geografischen Nähe und der starken historischen und kulturellen Verbindungen mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) war es für österreichische Unternehmen naheliegend, bereits zu einem frühen Zeitpunkt Geschäftsbeziehungen zu den jungen Demokratien aufzubauen. Diese Strategie trug Früchte: Studien haben gezeigt, dass die EU-Erweiterung – zusammen mit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 – zu einem Wachstumsimpuls von 0,5 % bis 1 % pro Jahr und zur Schaffung von 100.000 bis 150.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt hat. Die zuvor chronisch defizitäre Leistungsbilanz drehte im Jahr 2002 in einen Überschuss, und der Internationalisierungsgrad der österreichischen Wirtschaft nahm aufgrund von Direktinvestitionen in CESEE stark zu. Österreichische Banken spielen mit Marktanteilen von bis zu 50 % (Slowakei, Bosnien und Herzegowina) und beinahe 75 % (Kroatien) eine wichtige Rolle in der Region. Das CESEE-Geschäft machte im Jahr 2008 mehr als 30 % der Bankaktiva und mehr als 40 % der Gewinne vor Steuern aus.

Die europäische Integration brachte aber auch für die heutigen EU-Mitgliedstaaten in CESEE klare Vorteile. Die Annäherung und schließlich der Beitritt zur EU lösten einen Prozess der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Modernisierung aus und führten zu einer deutlichen Einkommenskonvergenz in Richtung westeuropäischer Standards. Die Wirtschaft der Region wuchs in den Jahren von 2001 bis 2008 um etwa 3 % schneller als jene des Euro-raums, wodurch das Pro-Kopf-Einkommen (zu Kaufkraftparitäten) von weniger als 40 % auf rund 51 % des Niveaus der EU-15 anwuchs. Die Tschechische Republik und Slowenien erreichten bereits im Jahr 2008 das Einkommensniveau einiger EU-15-Staaten.

Welche besonderen Aktivitäten setzt die OeNB für CESEE?

Die fortschreitende europäische Integration rückte CESEE auch in den strategischen Fokus der OeNB. Die OeNB verstärkte ihre Expertise in diesem Bereich und arbeitet über verschiedene Netzwerke eng mit osteuropäischen Partnern zusammen. Forschungsergebnisse werden in zahlreichen Publikationen kommuniziert und in Konferenzen diskutiert. Die technische Zusammenarbeit wurde als aktive Begleitung des Transformations- und Aufholprozesses intensiviert. In diesem Zusammenhang wirkte die OeNB im Jahr 1992 an der Gründung des Joint Vienna Institute mit – eines international angesehenen Fortbildungsinstituts für Führungskräfte aus CESEE – und unterstützte die Bargeldlogistik bei der Euro-Einführung in Slowenien und der Slowakei. Innerhalb des Eurosystems und des ESZB wird die Expertise der OeNB zu CESEE geschätzt.

Warum bleibt CESEE ein wichtiger Partner für Österreich?

Die Krise hat die Region stärker getroffen als ursprünglich erwartet und dabei einige wirtschaftliche Schwachstellen offengelegt. Trotzdem wird CESEE auch in Zukunft ein wichtiger Partner für Österreich und die österreichische Wirtschaft bleiben. Aufgrund der nach wie vor bestehenden Einkommensunterschiede, der vergleichsweise niedrigen Lohnniveaus und der guten internationalen Wettbewerbsfähigkeit weist die Region mittelfristig ein hohes Wachstumspotenzial auf. Der wirtschaftliche Aufholprozess wird sich also auch in Zukunft fortsetzen, und die Märkte der Region werden wieder an Attraktivität gewinnen. Vor diesem Hintergrund hat die österreichische Wirtschaft in der Krise umsichtig gehandelt und ihr Kapital in der Region belassen. Dadurch wurde das Vertrauen gefestigt. Langfristig werden sowohl Österreich als auch seine Nachbarn in CESEE profitieren.

¹ Zu diesem Thema siehe auch: 1989–2009, Twenty Years of East-West Integration: Hopes and Achievements. Focus on European Economic Integration. OeNB. Sonderausgabe 2009.

In einigen EU-Mitgliedstaaten in CESEE führte der Wirtschaftsabschwung aber zu einer markanten Reduktion der angesprochenen Ungleichgewichte. Vor allem die hohen Leistungsbilanzdefizite mancher Länder schrumpften im Jahr 2009 deutlich, in einigen Ländern drehten sie sogar in einen Überschuss. Darüber hinaus gingen sowohl das Kredit- als auch das Lohnwachstum stark zurück, und die Inflationsraten sanken auf teils sehr niedrige Niveaus.

Ähnlich wie im Euroraum stabilisierte sich die Lage in CESEE im zweiten Halbjahr 2009 etwas; einige Länder verzeichneten wieder positive BIP-

Wachstumsraten im Vergleich zum Vorquartal. Trotzdem schrumpfte die Wirtschaftsleistung der Region im Gesamtjahr 2009 deutlich; der Aufholprozess kam weitgehend zum Stillstand. Auch im Jahr 2010 rechnen die Prognosen nur mit einem moderaten Wachstum von etwa 1,5%, bevor es sich im Jahr 2011 auf rund 3,5% beschleunigen wird. Für das Jahr 2011 und die Folgejahre wird auch wieder ein deutlich positiver Wachstumsunterschied zum Euroraum von etwa 2 bis 2,5 Prozentpunkten erwartet. Die Niveaus der Boomjahre vor Ausbruch der Krise werden aber auch mittelfristig aller Voraussicht nach nicht wieder erreicht werden.

Markante Reduktion von wirtschaftlichen Ungleichgewichten

Wirtschaftlicher Aufholprozess im Jahr 2009 unterbrochen

Euro schützt in der Krise

Der Euro – inzwischen gesetzliches Zahlungsmittel für rund 327 Millionen Menschen – wirkte in der Wirtschafts- und Finanzkrise als Schutzschild. Dank der umsichtigen geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems erfüllte er seine Funktion als Stabilitätsanker für ganz Europa. Die Zugehörigkeit zum Euroraum (aber auch die EU-Mitgliedschaft) erleichterte den Banken den Zugang zu Zentralbankliquidität. Das Funktionieren der europaweiten Zahlungssysteme war auch am Höhepunkt der Krise sichergestellt. Der Euro verhinderte Wechselkurssturbulenzen unter den Euroländern und dämpfte auch Ausschläge der Zinssätze innerhalb des Euroraums. Die Geldpolitik des Eurosystems konnte einem längeren Anhalten negativer Inflationsraten und Befürchtungen einer Deflation entgegenwirken. Sie stellte durch eine Kombination von kräftigen Zinssenkungen und unkonventionellen Maß-

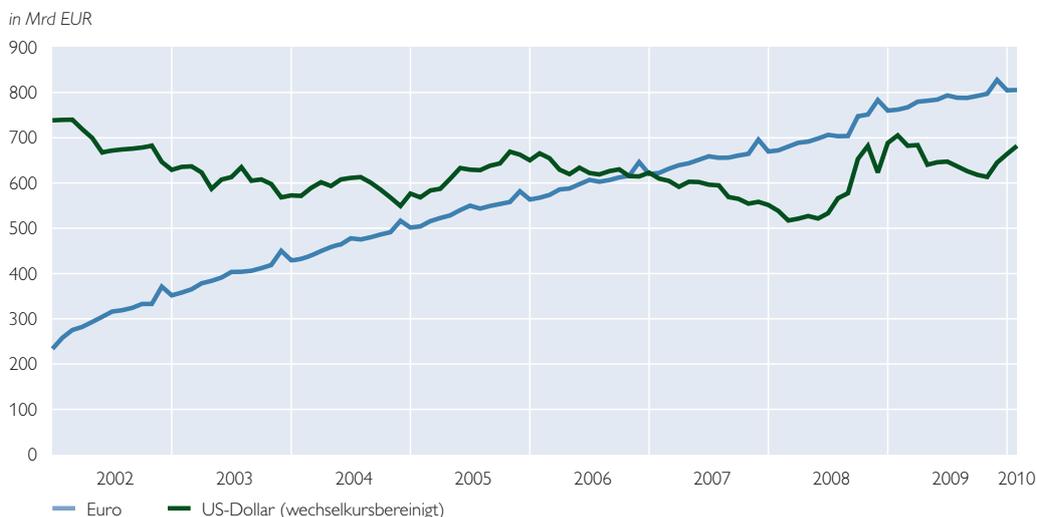
nahmen sicher, dass die Inflationserwartungen im Euroraum weiterhin auf einem mit Preisstabilität zu vereinbarem Niveau von knapp unter 2% blieben. Die durch den Euro über die Jahre gestärkte wirtschaftspolitische Zusammenarbeit erleichterte grenzüberschreitende und akkordierte Maßnahmen der EU-Regierungen, Finanzmarkt-aufseher und Zentralbanken zur Stabilisierung der Banken und Finanzmärkte und zur Stützung der Konjunktur. Der Euro konnte seine Attraktivität als Reservewährung aufrechterhalten und teilweise stärken. Er spielt in vielen CESEE-Ländern eine wichtige Rolle. Eine Reihe von Staaten orientiert ihre Geld- und Wechselkurspolitik an der Gemeinschaftswährung. Auch bei der Fakturierung von Handelsströmen und auf den Kapitalmärkten gewinnt der Euro an Bedeutung. Bargeldhaltung, Ersparnisbildung und Kreditaufnahme in Euro sind in dieser Region weit verbreitet.⁵

Stabilitätsanker Euro

Rolle des Euro in CESEE-Region steigt

⁵ Siehe dazu auch Scheiber, T. und H. Stix. 2009. Euroization in Central, Eastern and Southeastern Europe – New Evidence On Its Extent and Some Evidence On Its Causes. OeNB Working Paper 159.

Euro- und US-Dollar-Bargeldumlauf



Quelle: EZB.

Die seit Ende des Jahres 2009 eingeleitete behutsame Rücknahme der expansiven geldpolitischen Maßnahmen gewährleistet auch weiterhin einen stabilen Euro und stärkt seine Rolle als wichtige internationale Währung. Dazu ist aber auch notwendig, die hohen Defizitquoten der öffentlichen Haushalte der Euroländer im Rahmen klar definierter fiskalischer Stabilitätsprogramme wieder auf ein mit den Maastricht-Kriterien konformes Niveau zurückzuführen. Die Erfahrungen Griechenlands haben gezeigt, dass bei der Einführung des Euro in weiteren EU-Ländern Vorsicht angezeigt ist. Die strikte Erfüllung der Eintrittskriterien und umfassende Information und Vorbereitung der Wirtschaftsstrukturen, der Bevölkerung sowie der wirtschaftspolitischen Institutionen ist dabei unabdingbar.

Rezente Umfragen der Europäischen Kommission zufolge wird der Euro bereits von 70% der Bevölkerung im Euroraum als sehr positiv empfunden. Lediglich 16% sehen den Euro eher mit Skepsis. In Österreich ist die Akzeptanz höher: Drei Viertel der Ös-

terreicher erachten den Euro als gute Sache, nur 13% können ihm noch nichts Positives abgewinnen. Der Umgang mit dem Euro im täglichen Leben bereitet kaum mehr Probleme: die Euro-Banknoten sind Österreichern zu 97% bestens vertraut, die Euro-Münzen zu rund 80%. Das Wertgefühl für die Euro-Preise hat sich insbesondere bei kleineren Anschaffungen über die Jahre gut entwickelt. Umrechnungen in Schilling werden hingegen bei größeren Anschaffungen nach wie vor gemacht. In einer Umfrage der OeNB vom November 2009 zeigten sich die Österreicher zu zwei Drittel „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ mit dem Euro. Der Hauptgrund dafür ist, dass er – auch kurz- und mittelfristig – als stabile Währung gesehen wird. Dem Eurosystem wie auch der OeNB werden bei der Gewährleistung von Preisstabilität gute Beurteilungen ausgestellt.

Ende 2009 waren 13,6 Milliarden Euro-Banknoten im Wert von 806,4 Mrd EUR und 87 Milliarden Euro-Münzen im Wert von 21,3 Mrd EUR im Umlauf. Der gesamte Euro-Bargeld-

Hohe Akzeptanz des Euro in Österreich

Euro-Bargeldumlauf steigt auf rund 830 Mrd EUR

Umlauf belief sich somit auf 827,7 Mrd EUR. Dies bedeutet eine Steigerung von 5,7% gegenüber Ende 2008. Damit ist der Euro-Bargeldumlauf nach dem markanten Anstieg infolge der Finanzmarkturbulenzen wieder zum stetigen Wachstumspfad zurückgekehrt. Schätzungen der OeNB zufolge ist in Österreich Bargeld im Wert von etwa 23 Mrd EUR im Umlauf.

Um die Vorteile der europäischen Integration noch besser nutzen zu können, beschloss der Europäische Rat im Jahr 2009 mit dem Vertrag von Lissabon ein neues rechtliches Fundament. Die Reform wurde vor allem durch die jüngsten und mögliche künftige Erweiterungsschritte, aber auch durch die verstärkte Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten notwendig.

Der neue EU-Vertrag bringt unter anderem eine klarere Abgrenzung von Kompetenzen, eine Ausweitung des Geltungsbereichs von Mehrheitsentscheidungen und geänderte institutionelle Bedingungen für die EU-Organe. Für die WWU sind neben den allgemeinen institutionellen Neuerungen vor allem die Verankerung der Preisstabilität im Zielkatalog des Vertrags, die Änderung des Status der EZB (Organ der Union) sowie die Sicherstellung der

Unabhängigkeit der EZB und die Stärkung der Eurogruppe von Bedeutung. Die im Vertrag von Maastricht festgelegten Rahmenbedingungen für die WWU wurden bekräftigt.

Die zunehmende Attraktivität der EU, insbesondere auch in Krisenzeiten, wurde im Jahr 2009 durch den Antrag auf Mitgliedschaft Islands bestätigt. Auch die bereits laufenden Verhandlungen mit Kroatien machten nach der Lösung eines bilateralen Konflikts hinsichtlich des Grenzverlaufs mit Slowenien große Fortschritte. Ferner wurden die Verhandlungen von sechs neuen Kapiteln eröffnet und von zehn Kapiteln vorläufig abgeschlossen. Die Türkei kommt nach wie vor nicht allen ihren vertraglichen Verpflichtungen nach. Konkret handelt es sich dabei um die Ausdehnung der bestehenden Zollunion mit der EU auf die neuen Mitgliedstaaten und insbesondere auf Zypern. Deshalb können Verhandlungskapitel, für die diese Beschränkungen relevant sind, nicht geöffnet werden. Weiters wird kein Kapitel mehr vorläufig geschlossen, solange die Türkei nicht alle vertraglichen Verpflichtungen erfüllt. Die Verhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurden noch nicht aufgenommen.

Vertrag von Lissabon tritt in Kraft

EU-Erweiterungsprozess schreitet weiter voran

Österreichs Wirtschaft behauptet sich vergleichsweise gut

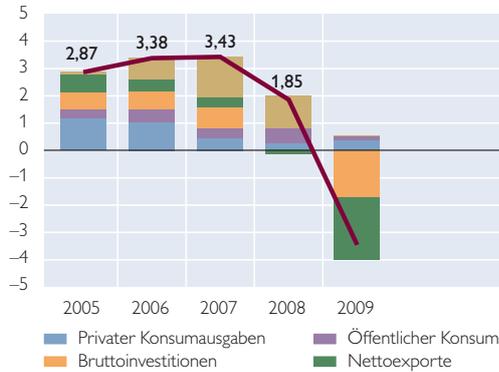
Die österreichische Wirtschaft schrumpfte im Jahr 2009 um 3,4% (real, saison- und arbeitstägig bereinigt). Ein derartiger Einbruch war in der jüngeren Geschichte seit dem Jahr 1950 einzigartig. Vom dritten Quartal 2008 bis zum zweiten Quartal 2009 verzeichnete Österreich einen Rückgang des realen BIP (jeweils im Vergleich zum Vorquartal). Schon Anfang des Jahres 2009 kündigten Vorlauf- und

Vertrauensindikatoren eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten an: Der konjunkturelle Wendepunkt in Österreich wurde Mitte 2009 erreicht. Das reale BIP-Wachstum im dritten und vierten Quartal betrug 0,5% bzw. 0,4% (jeweils im Vergleich zum Vorquartal) und lag damit nur knapp unter dem langjährigen Durchschnitt (Q2 1980 bis Q4 2009: +0,52%). Es reichte jedoch nicht aus, um im Jahresabstand

Wachstumsbeiträge zum saisonbereinigten realen BIP in Österreich

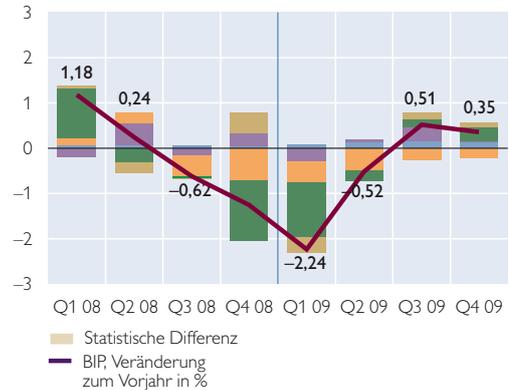
Veränderung zum Vorjahr

in Prozentpunkten



Veränderung zum Vorquartal

in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO.

den starken Rückgang des BIP wettzumachen.

Moderates Wachstum im Jahr 2010

Die Wirtschaftsentwicklung für die Jahre 2010 und 2011 ist durch große Unsicherheit gekennzeichnet: Einerseits verfügt Österreich – gemessen an der Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit – über eine vergleichsweise gute Ausgangsposition;

seit 2002 weist Österreich einen Leistungsbilanzüberschuss aus. Andererseits ist Österreich als kleine, sehr offene Volkswirtschaft in hohem Maße von der Wirtschaftsentwicklung der wichtigsten Handelspartner abhängig. Zudem hat Österreich – wie die meisten anderen Länder des Euroraums – ab dem Jahr 2011 Maßnahmen zur

OeNB entwickelt einen Exportindikator als neues, zeitnahes Prognoseinstrument

Die meisten Konjunkturdaten sind erst mit einiger zeitlicher Verzögerung verfügbar, was die Einschätzung rezenter und kommender Entwicklungen erschwert. So liegen von Statistik Austria die Daten für den Außenhandel mit Gütern wie auch die Handelsumsätze für Österreich erst rund 65 Tage nach Ende des jeweiligen Monats vor. In turbulenten Zeiten sind die Konjunkturanalysen und -prognosen aber auf besonders rasch verfügbare Informationen angewiesen.

Da bei der Produktion und dem Vertrieb von Gütern in hohem Maß Transportdienstleistungen benötigt werden, liegt es nahe, Daten über den Güterverkehr im Hinblick auf ihre Eignung als Konjunkturindikatoren zu analysieren. Die ASFINAG Maut Service GmbH erhebt mit einem vollautomatischen Mautsystem Daten über die fahrleistungsabhängige LKW-Maut. Ökonometrische Auswertungen der OeNB zeigten, dass sich die LKW-Fahrleistung hervorragend als Indikator für verschiedene makroökonomische Entwicklungen eignet. Im Speziellen besteht ein enger Zusammenhang mit den Güterexporten bzw. -importen, Einzelhandelsumsätzen und der Industrieproduktion. Die Daten liegen wenige Tage nach Monatsende vor und bilden die Basis für den OeNB-Exportindikator. Dieses innovative Produkt ist in Fachkreisen auf reges Interesse gestoßen. Der OeNB-Exportindikator wurde im März 2009 erstmals präsentiert und wird inzwischen aufgrund seiner Treffsicherheit regelmäßig jeweils zu Monatsbeginn von der OeNB publiziert.

(Siehe auch www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/prognosen_neu.jsp)

Wiedererlangung eines langfristig tragfähigen öffentlichen Haushalts zu setzen. Daher rechnet die OeNB für die Jahre 2010 und 2011 nur mit einem moderaten Wirtschaftswachstum, das nicht ausreichen wird, um die Arbeitslosenquote in absehbarer Zeit auf das Vorkrisenniveau zurückzuführen.

Dem rohstoffpreisgetriebenen Anstieg der HVPI-Inflationsrate im Jahr 2008 (3,2%) folgte im Jahr 2009 ein moderater Preisauftrieb von 0,4%. Die Inflation lag damit in Österreich geringfügig höher als im Euroraum (0,3%). Gemäß VPI betrug die Teuerung im Jahr 2009 0,5%; dies ist der niedrigste Wert seit dem Jahr 1953. Der geringe Anstieg der Verbraucherpreise begründet sich in erster Linie durch einen Basiseffekt bei Energiepreisen, die sich im Jahr 2008 stark erhöhten und im Verlauf des Jahres 2009 wieder deutlich zurückgingen. Dieser Basiseffekt erreichte im Frühsommer 2009 ein Maximum und bewirkte im Juni und Juli sogar negative Inflationsraten.

Über das Jahr betrachtet zählt neben den *Treibstoffen* (-18,2%) *Erziehung und Unterricht* (-9,6%) zu den inflationsdämpfenden Faktoren. *Wohnungsmieten* (+4,7%) und *Gesundheitsdienstleistungen* (+2,6%) gehörten hingegen zu den Preistreibern.

Die Inflation wird gemäß den neuesten Prognosen der OeNB in den Jahren 2010 und 2011 zwar etwas steigen, aber weiterhin deutlich unter dem Preisstabilitätsziel des Eurosystems von unter, aber nahe 2% bleiben.

Der Arbeitsmarkt reagiert etwas zeitverzögert auf die konjunkturelle

Entwicklung. Obwohl die negativen Auswirkungen durch eine Neugestaltung der Kurzarbeitsregelung⁶ gedämpft werden konnten, kam es im Laufe des Jahres 2009 zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Dezember 2008 waren 287.147 Personen arbeitslos gemeldet; bis Dezember 2009 stieg diese Zahl auf 312.771 Personen. Werden jedoch in Schulung und (anteilig) in Kurzarbeit befindliche Personen hinzugezählt, so waren im Dezember 392.059 Personen arbeitslos (Grafik 19). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresverlauf 2009 von 4,2% (Jänner) auf 5,4% (Dezember). Im Jahresdurchschnitt 2009 betrug sie 5,0% (2008: 3,9%). Damit weist Österreich im Dezember 2009 im EU-Vergleich nach den Niederlanden (4,1%) die zweitniedrigste Arbeitslosenquote auf bzw. ist diese nur halb so hoch wie im Durchschnitt der EU-27 (9,5%) bzw. im Euroraum (9,4%).

In den ersten Monaten des Jahres 2010 stabilisierte sich der Arbeitsmarkt. Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten (saisonbereinigt) nimmt seit dem Tiefpunkt im August 2009 wieder leicht zu. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist deutlich gebremst.

Österreichs Außenwirtschaft war im Jahr 2009 durch den massiven Einbruch des Welthandelsvolumens (-12%) geprägt. Der Güterverkehr mit dem Ausland verlor ein- und ausfahrseitig je ein Fünftel im Vergleich zum Jahr 2008 und ergab per Saldo ein Minus von 2,1 Mrd EUR. Etwas günstiger entwickelte sich der Handel mit Dienstleistungen, der je ein Zehntel einbüßte. Trotz dieses schwierigen Umfelds erreichte die österreichische Volkswirtschaft im Jahr

Arbeitslosenquote steigt auf 5%, ist aber international niedrig

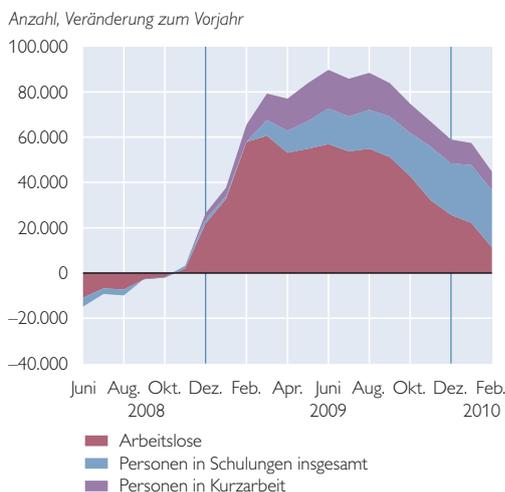
Niedrigste Inflationsrate seit 1953

Leistungsbilanzüberschuss trotz schwierigem Wirtschaftsumfeld

⁶ Die mögliche Dauer der Kurzarbeit wurde von einem halben Jahr auf 18 Monate ausgeweitet. Die mit der Kurzarbeit verbundene und vom Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) geförderte Arbeitszeitreduktion kann zwischen 10% und 90% der Normalarbeitszeit betragen. Laut Auskunft des AMS liegt die durchschnittliche Reduktion der Arbeitszeit derzeit bei 30%.

Grafik 19

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich



2009 einen Leistungsbilanzüberschuss von 6,3 Mrd EUR oder 2,3% des BIP (2008: 9,2 Mrd EUR oder 3,3% des BIP) und wurde vom globalen Wirtschaftseinbruch damit in wesentlich geringerem Ausmaß getroffen als der Euroraum insgesamt, dessen Leistungsbilanz bereits 2008 ins Minus drehte und 2009 ein Defizit von 0,7% des BIP ergab.

Das positive Leistungsbilanzergebnis Österreichs ist auf den Dienstleistungshandel zurückzuführen, der im Jahr 2009 immer noch einen Überschuss von 11,6 Mrd EUR erreichte (2008: 13,2 Mrd EUR). Als Stütze der Außenwirtschaft erwies sich erneut der Reiseverkehr, der trotz Einnahmenverlusten von 5% immer noch ein Plus von 6,2 Mrd EUR beisteuern konnte.

Erste Anzeichen der Zuversicht ließen Österreichs Wertpapierinvestoren bei Auslandsveranlagungen erkennen: Nachdem im Jahr 2008 noch ein Volumen von 9,4 Mrd EUR aus dem Ausland abgezogen worden war, wurden im Jahr 2009 bereits wieder knapp 3 Mrd EUR in ausländische Titel inves-

tiert. Gefragt waren vor allem Aktien und Investmentzertifikate, die um 4,4 Mrd EUR gekauft wurden (2008: Nettoverkäufe von 5,7 Mrd EUR). Festverzinsliche Wertpapiere wurden dagegen im Umfang von 1,4 Mrd EUR abgestoßen. Ein ähnliches Bild zeigten die Veranlagungen des Auslands in inländische Papiere: Auf den krisenbedingten Rückzug aus Österreich im Jahr 2008 (-4,8 Mrd EUR) ließen internationale Investoren im Jahr 2009 wieder geringe Neuveranlagungen in österreichische Anteilspapiere (0,2 Mrd EUR) folgen. Im Segment der Zinspapiere ergab sich dagegen ein Kapitalabfluss von rund 4 Mrd EUR, während im Jahr 2008 noch mehr als 22 Mrd EUR veranlagt worden waren.

Eine deutliche Drehung war im – durch die Banken dominierten – Kredit- und Einlagengeschäft festzustellen. Insgesamt zogen heimische Investoren Finanzmittel in Höhe von 25 Mrd EUR aus dem Ausland ab (2008: Veranlagungen von 38 Mrd EUR).

Die österreichische Wirtschaft wurde im Jahr 2009 durch umfangreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Überwindung der Krise unterstützt: Sowohl der Bund als auch die Bundesländer verabschiedeten Konjunkturpakete. Weiters wirkten sich auch Maßnahmen der österreichischen Handelspartner positiv auf die Wirtschaftsentwicklung aus. Nach Schätzungen der OeNB ging im Jahr 2009 von den beschlossenen Maßnahmen (unter anderem Inflationpaket 2008, Konjunkturpakete I und II, inklusive Einkommensteuerreform) ein Wachstumseffekt von knapp 2% auf das BIP aus.

Im Jahr 2010 sind weitere stimulierende Effekte auf das BIP zu erwarten. Die beschlossenen Konjunkturpakete und die Steuerreform dämpften zwar den durch die globale Finanzkrise verursachten realwirtschaftlichen Ein-

Fiskalpolitik stützt
Konjunkturentwicklung

Dienstleistungs-
überschuss von fast
12 Mrd EUR, davon
die Hälfte im
Reiseverkehr

OeNB-Statistik bietet detailreiches Profil des österreichischen Dienstleistungshandels

Mit der Einführung eines Direkterhebungssystems für Außenwirtschaftsstatistiken wurde auch die Erfassung und Analyse des internationalen Handels mit Dienstleistungen deutlich verbessert. In Kooperation mit Statistik Austria erhebt die OeNB eine Vielzahl detaillierter Informationen von knapp 5.000 nichtfinanziellen österreichischen Unternehmen, deren Wirtschaftsaktivitäten im Jahr 2006 774.000 Beschäftigte betrafen und einen Umsatzerlös von rund 250 Mrd EUR erzielten. Die Ergebnisse der Befragung wurden durch Informationen anderer Datenquellen, wie der Außenhandelsstatistik, der Leistungs- und Strukturstatistik, der OeNB-Firmenstammdatenbank und dem österreichischen Firmenbuch ergänzt. Daraus ergibt sich ein sowohl umfassendes als auch detailreiches Profil des österreichischen Dienstleistungshandels, das in dieser Form noch von keinem anderen EU-Mitgliedstaat bereitgestellt wird. Mit dem neuen Statistikangebot reagiert die OeNB insbesondere auf Informationsbedarf seitens der heimischen Wirtschaft und unterstützt die effiziente Förderung des Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland.

Eine Untersuchung macht deutlich, dass Österreichs internationaler Dienstleistungshandel einen engen Zusammenhang mit dem Warenverkehr, der Unternehmensgröße und internationalen Konzernaktivitäten aufweist. Traditionelle Dienstleistungen aus den Bereichen Transport, Bau, Handel oder Vermietung nehmen nach wie vor den größten Teil des Bruttodienstleistungshandels ein. Der Einnahmenüberschuss aus diesem ersten Segment ist jedoch seit Jahren rückläufig und tendiert mittlerweile gegen null. Die höchste Wachstumsdynamik zeigte in jüngster Zeit der Handel mit innovativen Dienstleistungen, der sich im Export insbesondere auf die Bereiche Architektur- und Ingenieurswesen sowie technische Dienstleistungen, aber auch auf Forschung und Entwicklung stützt (zweites Dienstleistungssegment). In den vergangenen zehn Jahren erzielte diese Kategorie exportseitig Zuwächse von durchschnittlich 15 % und importseitig von 10 %. Der Einnahmenüberschuss lag im Jahr 2008 bereits bei rund 3 Mrd EUR. Von vergleichsweise geringer Bedeutung ist in Österreich bislang der grenzüberschreitende Austausch des dritten Segments, nämlich wissensbasierter Dienstleistungen, das unter anderem Werbung und Marktforschung, Unternehmens- und Rechtsberatung sowie Rechnungswesen umfasst.

Die Analyse der Wettbewerbsposition in den drei genannten Segmenten lässt vor allem bei einigen innovativen Dienstleistungen wie Forschung und Entwicklung oder bei technischen Dienstleistungen Österreichs Vorteile gegenüber ausländischen Handelspartnern erkennen: Mit dem RCA-Index¹ wird belegt, dass heimische Unternehmen ihre Marktchancen im Ausland besser zu nutzen wissen als umgekehrt ausländische Konkurrenten in Österreich. Dagegen zeigen sich bei traditionellen wie auch bei wissensbasierten Dienstleistungen deutliche Wettbewerbsdefizite gegenüber dem Ausland.

Ähnlich wie im Güterhandel wird auch der internationale Dienstleistungsverkehr Österreichs durch Deutschland dominiert, das für je rund ein Drittel der Ein- und Ausfuhren steht. Danach folgen mit deutlichem Abstand die Schweiz, Italien, Großbritannien und die USA. Die wichtigsten osteuropäischen Märkte sind aus österreichischer Sicht Ungarn und die Tschechische Republik.

Details zu Stichprobe, analytischen Methoden und Ergebnissen sind der OeNB-Sonderpublikation „Struktur des Dienstleistungshandels“, Statistiken – Daten & Analysen, Juni 2009, zu entnehmen.

¹ RCA: Revealed Comparative Advantage. Diese Messziffer setzt die Export-Import-Relation einer bestimmten Branche zu jener des gesamten Dienstleistungshandels in Beziehung. Ein hoher Exportanteil signalisiert Wettbewerbsvorteile innerhalb der untersuchten Branche.

Tabelle 2

Reale Effekte der fiskalpolitischen Maßnahmen auf das BIP in Österreich

	2009	2010 ¹
	in % des BIP	
Bundesregierung	0,7	1,2
davon:		
Steuerreform und Familienpaket	0,3	0,6
Inflationspaket	0,2	0,3
Investitionen in Infrastruktur	0,1	0,2
Bundesländer	0,3	0,5
Maßnahmen der Handelspartner	0,8	0,8
davon:		
Deutschland	0,3	0,3
Insgesamt	1,8	2,5

Quelle: OeNB, WIFO.

¹ Effekte auf das BIP im Jahr 2010 sind kumulativ.

bruch, die Rezession verhindern konnten sie aber nicht.

Die Wirkung der automatischen Stabilisatoren (Rückgang der Steuereinnahmen, Anstieg von Sozialtransfers) und die Implementierung umfangreicher diskretionärer fiskalpolitischer Maßnahmen trugen in Österreich – wie auch in den anderen europäischen Staaten – dazu bei, dass im Jahr 2009 die gesamtstaatlichen Defizitquoten die 3-Prozent-Grenze erheblich überschritten. Im Jahr 2010 ist – angesichts eines nur geringen Wirtschaftswachstums – für einen Großteil der Länder eine weitere starke Verschlechterung der Budgetsalden zu erwarten. Gemeinsam mit

den beschlossenen Bankenhilfspaketen führt dies zu einem raschen Anstieg der öffentlichen Verschuldungsquoten, zu steigenden Zins-Steuer-Quoten und damit zu einem sich verringernden fiskalischen Handlungsspielraum.

In Zeiten ausgeprägter Wirtschaftskrisen ist es notwendig, einen Anstieg der öffentlichen Defizite hinzunehmen. Nach der Erholung der Realwirtschaft müssen die hohen Budgetdefizite jedoch zurückgefahren werden, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nicht zu gefährden. Der Konsolidierungsbedarf geht über eine Rückführung des Defizits auf unter 3 % des BIP hinaus. Anzustreben ist mittelfristig ein weitgehend ausgeglichener Budgetsaldo, umso mehr als die Alterung unserer Gesellschaft zu einer weiteren Verflachung des langfristigen Wachstumstrends führen dürfte und zudem stark steigende Ausgaben der öffentlichen Hand für Pensionen, Gesundheit und Pflege erwarten lässt.

In Österreich wurden bereits erste Konsolidierungsmaßnahmen angekündigt: Die Ausgabenobergrenzen der einzelnen Ressorts im Bundesbudget wurden für das Jahr 2011 im Vergleich zum bestehenden Finanzrahmen verringert. Auch über die Absicht, einzelne Steuererhöhungen vorzunehmen, wurde diskutiert.

Nachhaltiger Konsolidierungspfad sollte bereits 2010 eingeschlagen werden

Bewährungsprobe für die Finanzmarktstabilität

Die Ereignisse des Jahres 2009 stellten die OeNB angesichts ihres im Nationalbankgesetz verankerten Finanzmarktstabilitätsauftrags vor besondere Herausforderungen. Die Situation schien zu Beginn des Jahres insofern kritisch, als sich neben einer tiefen Rezession, fallenden Aktienkursen, steigenden Kreditrisikoprämien und abwertenden Währungen auch die Stimmung der Marktteilnehmer gegenüber CESEE drastisch verschlechterte. Die Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE gerieten dabei in den Mittelpunkt des Interesses. Durch entschlossene nationale wie internationale Maßnahmen wurde die Lage jedoch rasch stabilisiert. Dieses Kapitel behandelt die wichtigsten Maßnahmen der OeNB zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität und stellt die Aufgaben im Bereich Bankenaufsicht und Finanzmarktanalyse sowie die Entwicklungen rund um die internationale Aufsichtsarchitektur dar.



Wahrung der Finanzmarktstabilität

Professionelles Krisenmanagement

Die allgemeinen Entwicklungen auf den Finanzmärkten Anfang 2009 sowie rund um Einzelbanken erforderten die Anwendung von Krisenmanagement-Instrumenten. Schon vor dem Ausbruch der Finanzkrise hatte die OeNB an mehreren Krisensimulationstests des Eurosystems teilgenommen. Ein vordefiniertes, strukturiertes Krisenmanagement war daher bereits implementiert und konnte rasch eingesetzt werden. Dieses konzentrierte sich seit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers primär auf folgende Punkte:

- intensivierter Kontakt mit Marktteilnehmern, Aufsichtsbehörden, nationalen Zentralbanken und internationalen Organisationen wie EZB, EBRD und IWF
- verkürzte Informationswege und verbesserte Entscheidungsfindung
- Einsetzung des Krisenteams *Cockpit* zur Beobachtung finanzmarktrelevanter Entwicklungen, Beratung und Koordination von Maßnahmen, unter anderem rund um Kommalkredit und Hypo Group Alpe Adria (HGAA)

Bereits kurz nach Ausbruch der Krise führte die OeNB ein neues, zukunftsgerichtetes Liquiditätsmonitoring ein. Verbessert im Jahr 2009, liefert es wichtige Hinweise über die Liquiditätssituation einzelner Banken bzw. großer Teile des österreichischen Bankensektors. Zusätzlich wurden die Kontakte mit den größten österreichischen Banken und mit Wirtschaftsprüfern intensiviert. In regelmäßigen Treffen auf verschiedenen Managementebenen wurden Fragen zur Kreditportfolioqualität,

der laufenden Geschäftsentwicklung, Risiko- und Stressszenarien, Entwicklungen in CESEE¹ und Veränderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen erörtert. Im bankaufsichtlichen Meldewesen lieferten verbesserte standardisierte Fragebögen dringend benötigte Zusatzinformationen, die sich etwa bei den im Jahr 2009 durchgeführten Rekapitalisierungsmaßnahmen als sehr hilfreich erwiesen.

Im Rahmen der Verstaatlichung der HGAA zeigte sich, dass die Analysen der OeNB eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Abschluss der Verhandlungen bildeten. Bei der Erstellung von Lösungskonzepten konnten die positiven Effekte und Synergien, die bei der OeNB aus der Verknüpfung der makroprudenziellen Analysetätigkeit (Systemebene) mit den Erfahrungen der mikroprudenziellen Aufsichtstätigkeit (Einzelbankebene) resultieren, sehr gut genutzt werden.

Mit der Umsetzung der im Rahmen des EU-Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA) beschlossenen Vereinbarungen zum Krisenmanagement ging – neben optimiertem Informationsaustausch – eine Adaptierung des internen Handbuchs zum Finanzmarktcrisismanagement und die Festlegung des Prozesses zur Beurteilung der Systemrelevanz von Banken einher. In diesem Zusammenhang werden Ansteckungspotenziale insolventer Banken eingeschätzt und die unmittelbaren Auswirkungen (Erstrundeneffekte) eines plötzlichen Marktaustritts auf andere Banken, Märkte, Marktinfrastrukturen und die Realwirtschaft beurteilt. Die Ergebnisse werden grafisch in einer sogenannten *Heat Map* dargestellt, mit Bewertungen von 0 (keine Auswir-

Krisenteam
„Cockpit“ koordiniert
Informationen

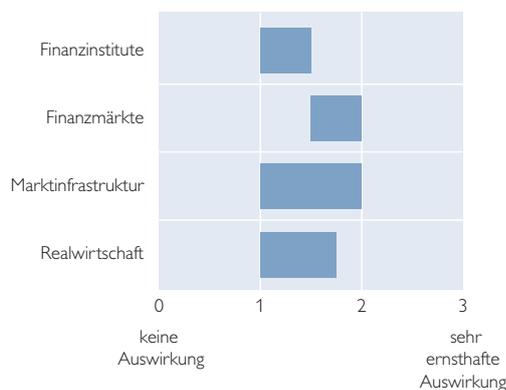
Vernetztes
Krisenmanagement bei
Hypo Group Alpe Adria

Europäische
Vereinbarungen
zum Krisenmanagement

¹ In diesem Kapitel bezieht sich CESEE konkret auf Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn und Weißrussland.

Grafik 20

Bewertung der Systemrelevanz (Systemic Impact Assessment) – Heat Map (Fiktives Beispiel)



kung) bis 3 (sehr ernsthafte Auswirkungen). In diesem Prozess wird die Kooperation mit BMF und FMA im Finanzmarktkomitee auch für den Transfer von Informationen und Know-how genutzt. Die von den Behörden aller EU-Mitgliedstaaten angewandte Methode stellt sicher, dass bei grenzüberschreitend tätigen Instituten eine gemeinsame Beurteilung ihrer Systemrelevanz fokussiert und effizient möglich ist.

Beitrag zur Stabilisierung der CESEE-Region

Die OeNB intensivierte 2009 ihre regelmäßigen Kontakte zu anderen nationalen Zentralbanken, nationalen Aufsichtsbehörden und Marktteilnehmern (wie Ratingagenturen, Investoren, Analysten oder Risikomanagern von Banken). Ziel der Gespräche war einerseits, Informationen zu aktuellen Entwicklungen und zur Lageeinschätzung zu erhalten, und andererseits, mit den Gesprächspartnern Fragen der Heterogenität von CESEE-Ländern zu erörtern. Diese unterscheiden sich voneinander in ihren Rahmenbedingungen und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung teilweise erheblich; ihre Risikoprofile sind nicht

vergleichbar. Angesichts des breiten Engagements österreichischer Banken in der CESEE-Region sind konzertierte Bemühungen und eine funktionierende Zusammenarbeit mit lokalen Behörden für eine realistische Einschätzung der Lage in CESEE von großer Bedeutung. Als Ergebnis vertrauensbildender Maßnahmen setzte sich im zweiten Quartal 2009 auf den Märkten wieder eine differenziertere Risikoeinschätzung für den CESEE-Raum durch.

Die OeNB engagierte sich auch intensiv beim Aufbau der Koordinationsinitiative europäischer Banken (*Vienna Initiative*), einer auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise Anfang 2009 ins Leben gerufenen Diskussions- und Kooperationsplattform von Vertretern der Heimat- und Gastlandaufseher, der Europäischen Kommission, internationaler Finanzinstitutionen, wie etwa des IWF, und der in der Region tätigen Banken. Im Rahmen regelmäßiger Treffen konnte ein klares Bekenntnis der in CESEE tätigen ausländischen Banken zur Stabilisierung der Region erreicht werden. Die OeNB intensivierte auch die Koordinationstätigkeit mit besonders stark von der Finanzkrise betroffenen CESEE-Ländern wie Ungarn und Rumänien. Die *Vienna Initiative* konnte einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Finanzmarktstabilität in den betroffenen CESEE-Ländern und damit verbunden auch in Österreich leisten. Darüber hinaus startete der österreichische Finanzminister im Jänner 2009 eine Stabilitäts-offensive für Osteuropa. Im Rahmen einer Tour durch einige CESEE-Länder sowie in wichtigen Heimatländern von in CESEE tätigen Banken warb er für Maßnahmen, die die Stabilität des Wirtschaftskreislaufs in dieser Region unterstützen sollen.

Vienna Initiative, eine wichtige Plattform

Heterogenität der CESEE-Region

Stresstests erlangen verstärkte Beachtung

Stresstests unterstützen Einschätzung der Risikotragfähigkeit

Stresstests zeigen ein differenziertes Bild der Banken

OeNB führt 2009 zwei Stresstests durch

Durchführung europäischer Stresstests

Die erhöhte Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und den Finanzsektor ließ die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber Stresstests steigen. Den makroprudenziellen Stresstests² der OeNB liegen einschneidende, aber dennoch plausible Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich und in CESEE zugrunde. Für jede Bank wird, ausgehend vom Risikoprofil ihres aktuellen Kreditportfolios, in einer Modellrechnung die Auswirkung der Szenarien auf Profitabilität und Risikotragfähigkeit für zwei Folgejahre abgeschätzt. Als Szenarien werden dabei jeweils die aktuelle wirtschaftliche Prognose (Baseline-Szenario, also eine Entwicklung ohne zusätzlichen Stress) und eine im Verhältnis zur aktuellen Prognose einschneidende konjunkturelle Verschlechterung (Stress-Szenario) herangezogen.

Im Jahr 2009 führte die OeNB zwei makroprudenzielle Stresstests durch. Dem ersten Test zufolge, der die Auswirkungen einer tiefen Rezession in CESEE untersuchte, würden die Eigenmittelquoten der heimischen Großbanken über dem regulatorischen Mindestanforderung bleiben. Der zweite Stresstest unterstellte, nach einer kurzen konjunkturellen Erholungsphase in der zweiten Jahreshälfte 2009, einen neuerlichen weltweiten Einbruch des Wirtschaftswachstums für das Jahr 2010 (Double-Dip-Stress-Szenario). Im Aggregat bewirkte dieses Szenario innerhalb des zweijährigen Prognosezeitraums einen Rückgang der Kernkapitalquote

des gesamten heimischen Bankensystems um 2,4 Prozentpunkte, wobei – im Aggregat – die regulatorischen Mindestanforderungen eingehalten wurden.³

Diese makroprudenziellen Stresstests zeigten, dass das österreichische Bankensystem auch einen nicht zu erwartenden neuerlichen Konjunkturerbruch bewältigen könnte (Grafik 21). Auf Einzelbankebene ergab sich allerdings ein stark differenziertes Bild. So schnitten die meisten Großbanken weit besser ab als aus der Betrachtung im Aggregat ersichtlich ist. Einzelne Institute hingegen waren merklich schwerer betroffen. Einzelne Banken, die durch die Krise substanziell geschwächt wurden, hätten gegebenenfalls Rekapitalisierungsbedarf. Im Fall der HGAA entstand dieser bereits kurz nach dem Stresstest, weil eine detaillierte Prüfung ihres Kreditportfolios ein höheres unmittelbares Wertberichtigungserfordernis zutage brachte.

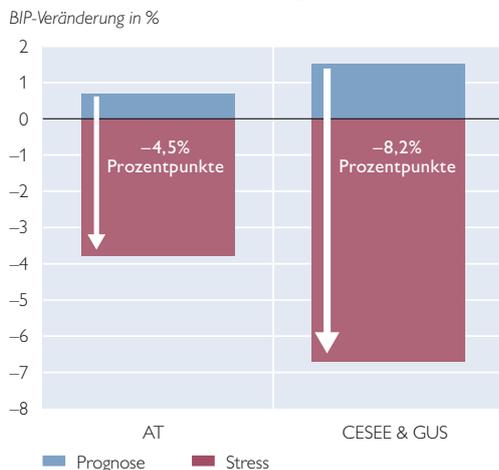
Neben den Stresstests auf nationaler Ebene ist die OeNB in die Durchführung gesamteuropäischer Stresstests eingebunden. So führte der Ausschuss der europäischen Bankaufsichtsbehörden (Committee of European Banking Supervisors – CEBS) im Jahr 2009 einen Stresstest für die größten europäischen Bankenkonzerne – darunter auch österreichische Institute – durch, um Aufschluss über die Widerstandsfähigkeit des europäischen Finanzsystems zu erhalten. Eine Wiederholung dieses Tests lief bereits Anfang 2010 an.

² Die OeNB ist in zweifacher Hinsicht in die Durchführung von Stresstests bei Geschäftsbanken involviert: Zum einen nimmt sie im Rahmen der Säule 2 (Basel II) aufsichtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit den Stresstests zur Beurteilung der ökonomischen Kapitalausstattung der Banken wahr (mikroprudenzieller Ansatz), zum anderen führt sie aufgrund ihres Auftrags zur Wahrung der Finanzmarktstabilität makroprudenzielle Stresstests durch, die auf die Analyse der Solidität des gesamten Bankensystems abzielen (makroprudenzieller Ansatz).

³ Zum Zeitpunkt der Stresstestberechnung waren die im Dezember 2009 erfolgten Rekapitalisierungsmaßnahmen der HGAA noch nicht bekannt und sind deshalb in diesem Ergebnis nicht berücksichtigt.

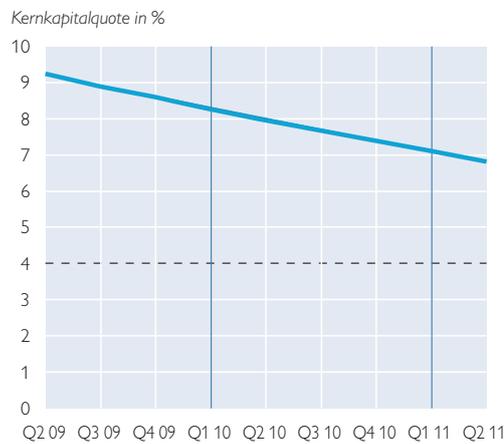
Ergebnisse des OeNB-Stresstests vom Herbst 2009

Kumulierte BIP-Veränderung im Stress-Szenario¹



¹ Kumuliertes BIP-Wachstum für den OeNB-Herbst-Stresstest (Q3 2009 bis Q2 2011).

Kernkapitalquote im Stress-Szenario



Anmerkung: Die Kernkapitalquote beinhaltet zum Ausgangszeitpunkt neben den bereits verbuchten Rekapitalisierungsmaßnahmen (davon 6,7 Mrd EUR aus dem Bankenpaket) Kapital in der Höhe von 3,2 Mrd EUR (Kapitalmarkt) und 0,8 Mrd EUR (Bankenpaket). Es besteht die Annahme, dass Gewinne dem Kapital zugeführt werden.

Quelle: OeNB.

Erweitertes Finanzmarktmonitoring

Die OeNB baute im Jahr 2009 ihre Analyse- und Monitoringaktivitäten weiter aus, um im Bedarfsfall anhand aktueller Informationen unverzüglich geeignete Maßnahmen einleiten zu können. Die Analyse der Finanzmarktstabilität erfolgt auf zwei Ebenen: Zum einen beobachtet sie sehr genau auf Systemebene (Finanzmarktstabilität) und Einzelbankebene (Bankenaufsicht) die Entwicklung der Geschäfts-, Ertrags- und Liquiditätslage sowie der Risikotragfähigkeit, zum anderen richtet sie sich auf Marktdaten der Aktien-, Kredit- und Währungsmärkte. Im Rahmen ihres erweiterten Finanzmarktstabilitätsauftrags analysiert die OeNB auch die Entwicklungen bei Versicherungen, Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds), Pensionskassen

und betrieblichen Vorsorgekassen. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung wird den Ansteckungspotenzialen zwischen den Finanzintermediären besondere Aufmerksamkeit zuteil. Im Rahmen sektorübergreifender Stabilitätsanalysen entstand etwa eine Studie über den österreichischen Versicherungssektor,⁴ die eine Bestandsaufnahme des österreichischen Versicherungssektors vornahm und potenzielle Ansteckungskanäle zwischen dem Banken- und Versicherungssektor analysierte. Aufgrund der deutlichen Exponierung des österreichischen Finanzsystems gegenüber CESEE sowie der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Region wurden die einschlägigen Analysen verstärkt fortgeführt.

Für CESEE beobachten auf Länderebene OeNB-Experten nach dem SPOC-Prinzip (Single-Point-of-Con-

Regelmäßige Analysen für verbesserte Entscheidungen

⁴ Ebner, G. und E. Ubl. 2009. Die österreichische Versicherungswirtschaft aus Sicht der Finanzmarktstabilität: eine Analyse der Jahre 2002 bis 2008. In: Finanzmarktstabilitätsbericht 18. OeNB. 78–95.

Fokussierte Aufbereitung relevanter Informationen

tact) als zentrale Ansprechpersonen die für die österreichische Finanzmarktstabilität relevanten Entwicklungen auf den Finanzmärkten und in der Regulierung. Neben der allgemeinen Marktbeobachtung richtete sich der Fokus 2009 insbesondere auf Fremdwährungs-

kredite, auf die Refinanzierungssituation österreichischer Tochterbanken in CESEE, auf die Kredite, bei denen Kreditnehmer mit ihren Rückzahlungen im Verzug sind („nonperforming loans“), und auf Kreditrestrukturierungen.

Kasten 5

Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des österreichischen Finanzmarktes

Verlängerung des Bankenhilfspakets

Im Oktober 2008 wurde das österreichische Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzsystems beschlossen und im Juni und Dezember 2009 mit wettbewerbsrechtlicher Genehmigung durch die Europäische Kommission verlängert. Die OeNB war sowohl bei der Erstellung und Umsetzung als auch bei der Fortsetzung dieser vertrauensbildenden Maßnahmen eingebunden.

Das Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG), das ein Garantievolumen von 65 Mrd EUR umfasst, wurde um ein Jahr bis 31. Dezember 2010 verlängert. Auf Grundlage des IBSG kann der Bund für Wertpapieremissionen von Banken Garantien übernehmen, um längerfristige Refinanzierungen zu erleichtern. Für die Übernahme der Bundshaftung haben Kreditinstitute bestimmte Auflagen zu erfüllen und ein marktconformes Entgelt zu entrichten. Zur Stärkung des Vertrauens in den Interbankenmarkt wurde die Oesterreichische Clearingbank AG (OeCAG) eingerichtet und mit besonderen Bundesgarantien ausgestattet.

Das Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) sieht Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen im Umfang von 15 Mrd EUR vor, z. B. in Form von Partizipationskapital. Die Kapitalzuführung wird durch strenge Bedingungen geregelt. Für die Verwaltung der Kapitalmaßnahmen ist die Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft (FIMBAG) zuständig.

Per Ende 2009 hatten fünf österreichische Bankengruppen Partizipationskapital in Höhe von rund 5,4 Mrd EUR emittiert. Nach IBSG garantierte Emissionen wurden von Kreditinstituten bislang im Ausmaß von insgesamt rund 20,4 Mrd EUR begeben. Neben der Übernahme von Haftungen für Forderungen von Banken (1,5 Mrd EUR) leistete der Bund bei Banken auch Kapitalerhöhungen im Umfang von 310 Mio EUR. Das über die OeCAG zugeteilte Volumen betrug insgesamt 8,8 Mrd EUR, davon 7,5 Mrd EUR im Jahr 2009.

Änderungen bei der Einlagensicherung

Als weitere vertrauensbildende Maßnahme wurden Einlagen (Spar-, Termin-, Giro- und Bauspareinlagen) von natürlichen Personen (Privat- oder Betriebsvermögen) in voller Höhe bis 31. Dezember 2009 gesichert; ab 1. Jänner 2010 ist die Einlagensicherung mit 100.000 EUR pro Einleger und Kreditinstitut begrenzt. Die Höhe der Einlagensicherung für kleine und mittlere Unternehmen wurde mit 1. Juli 2009 mit 50.000 EUR festgesetzt und wird zum 1. Jänner 2011 auf 100.000 EUR erhöht. Im Maßnahmenpaket sind weiters 10 Mrd EUR zur Finanzierung von Einlegerentschädigungen vorgesehen, die 50.000 EUR übersteigen.

Österreichisches Finanzsystem stellt sich der Krise

Bilanzsumme der österreichischen Banken im Jahr 2009 gesunken

Im Jahr 2009 wurden die österreichischen Banken verstärkt von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise getroffen.

Während die negativen Effekte der US-Subprime-Krise noch überschaubar geblieben waren, führten die Zuspitzung der Finanzmarkturbulenzen und die darauf folgende schwerste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg zu einer

deutlichen Reduktion der Profitabilität der heimischen Banken. Auch in den vor der Krise wachstumsstarken CESEE-Ländern kam es größtenteils zu Rezessionen, und die gesunkene Kreditqualität führte zu niedrigerer Profitabilität.

Das Geschäftsvolumen der österreichischen Banken, gemessen an der konsolidierten Bilanzsumme, schrumpfte im Berichtsjahr um 3,0% und betrug Ende 2009 1.140 Mrd EUR. Dazu trugen die geringere Werthaltigkeit von Vermögenswerten auf der Aktiv- und die niedrigeren Interbankengeschäfte auf der Passivseite maßgeblich bei. Während auf der Aktivseite die Kreditqualität abnahm, verbesserte sich die Situation bei der Refinanzierung im Lauf des Jahres 2009. So kam es vor allem bei großvolumigen Refinanzierungen zu einer Erleichterung, was unter anderem auf die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen (Zufuhr von Partizipationskapital und Übernahme von staatlichen Garantien für Bankschuldverschreibungen) zurückgeführt werden kann. Im Vergleich zum Höhepunkt der Finanzkrise zeigte sich Ende 2008/Anfang 2009 eine deutliche Stabilisierung der Liquiditätssituation bei den österreichischen Banken. Dazu trugen vor allem die verbesserte Stimmung auf den Finanzmärkten, staatlich garantierte Bankschuldverschreibungen sowie Anstrengungen der Banken, dem Liquiditätsrisikomanagement mehr Gewicht zuzumessen, bei. Die Dynamik im Einlagengeschäft ging im Jahr 2009 zwar deutlich zurück, dennoch stiegen die Einlagen von Kunden um 0,4%. In diesem schwierigen Umfeld zeigten sich die Banken bei der Kreditvergabe restriktiver. Gleichzeitig war die Kreditnachfrage von privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen

schwach. Das Kreditvolumen österreichischer Banken verringerte sich im Jahr 2009 um 2,1%; bei Krediten an private Haushalte war allerdings ein leichtes Wachstum zu verzeichnen. Die Kreditentwicklung wird von der OeNB laufend analysiert; die Ergebnisse werden im Kreditmonitor veröffentlicht (Kasten 6).

Das Volumen von Fremdwährungskrediten ging im Inland – nach einem Höchststand von 57,2 Mrd EUR im Oktober 2008 – im Jahr 2009 auf 52,8 Mrd EUR zurück. Die Fremdwährungskredite in CESEE, die von österreichischen Banken (indirekt über lokale Tochterbanken) vergeben werden, betragen Ende 2009 rund 80 Mrd EUR.

Die Profitabilität der österreichischen Banken geriet im Jahr 2009 durch die Wirtschaftskrise unter Druck. In konsolidierter Betrachtung⁵ verzeichneten die Banken aber weiterhin Gewinne, was die Tragfähigkeit ihres Geschäftsmodells unterstreicht. Die insgesamt schwache wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2009 wirkte sich negativ auf die Kreditqualität aus und führte zu deutlich höheren Kreditwertberichtigungen. Die geringere wirtschaftliche Dynamik zeigte sich auch im Provisionsergebnis. Das Wirken der umfangreichen Stabilisierungsmaßnahmen der Geld- und Wirtschaftspolitik sowie die damit verbundene positive Finanzmarktentwicklung führten allerdings zu einem deutlich verbesserten Handlungsergebnis. Das Zinsergebnis erwies sich während der Krise als stabilisierender Faktor. Die österreichischen Banken erwirtschafteten im Jahr 2009 ein konsolidiertes Periodenergebnis (Gewinn nach Steuern und Minderheiten) von rund 1,5 Mrd EUR, ein Anstieg von 161% gegenüber dem gerin-

Wachstum der österreichischen Banken vorerst zum Stillstand gekommen

Fremdwährungskredite rückläufig

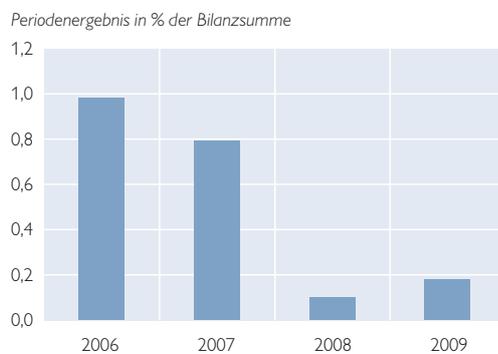
Profitabilität durch Wertberichtigungsbedarf belastet

⁵ Die konsolidierte Betrachtung liefert ein gesamtheitliches Bild der Entwicklung der Banken, insbesondere in Österreich und CESEE.

gen Vorjahreswert. Die Gesamtkapitalrentabilität betrug somit knapp 0,2%. Dabei standen einem insgesamt schwachen Österreichgeschäft Gewinne der Tochterbanken in CESEE gegenüber. Einzig in der GUS, die besonders hart von der globalen Wirtschaftskrise erfasst wurde, fielen leichte Verluste an (Grafik 23).

Grafik 22

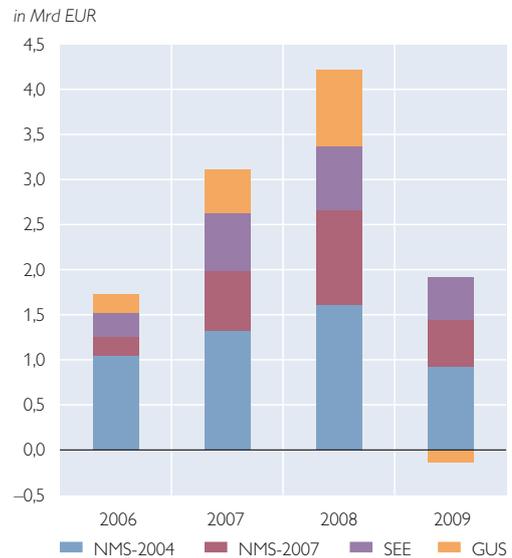
Konsolidierte Gesamtkapitalrentabilität des österreichischen Bankensektors



Quelle: OeNB.

Grafik 23

Periodenergebnis österreichischer Tochterbanken in CESEE



NMS-2004: Lettland, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn
 NMS-2007: Bulgarien, Rumänien
 SEE: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien
 GUS: Kasachstan, Kirgisien, Russland, Ukraine, Weißrussland

Quelle: OeNB.

Eigenmittelausstattung der Banken durch staatliche und private Maßnahmen gestiegen

Die Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken erhöhte sich im Jahr 2009, ist aber im internationalen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlich. Als Indikator zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird die Eigenmittelquote einer Bank herangezogen. Bei den österreichischen Banken kam es zu einem Anstieg der Eigenmittelquoten, der insbesondere durch die Zufuhr von staatlichem Partizipationskapital sowie durch private Platzierungen ausgelöst wurde. Die konsolidierte Eigenmittelquote des österreichischen Bankensektors betrug zum Jahresende 2009 12,8%, die Kernkapitalquote lag bei 9,3%.

Österreichische Banken tragen aktiv zur Stabilisierung in CESEE bei

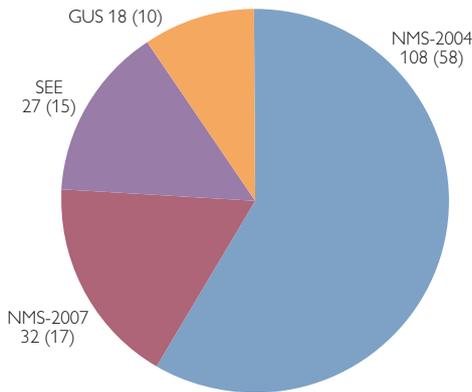
Im Rahmen ihrer Langzeitstrategien nahmen die österreichischen Banken auch in der Krise ihre Verpflichtungen in der CESEE-Region wahr und versorgten ihre Tochterbanken auch auf

dem Höhepunkt der Krise mit Liquidität. Die gesamten Forderungen der österreichischen (mehrheitlich im inländischen Besitz stehenden) Banken in CESEE lagen im dritten Quartal 2009 bei rund 185 Mrd EUR. Mehr als drei Viertel davon entfielen auf Länder innerhalb der EU. Unter Berücksichtigung der im Auslandsbesitz befindlichen Banken betrug das gesamte Exposure im dritten Quartal 2009 rund 300 Mrd EUR. Trotz eines moderaten Rückgangs gegenüber dem Höchststand im dritten Quartal 2008 blieben die Forderungen gegenüber Nichtbanken in CESEE weitgehend stabil. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Höhe der Auslandsforderungen österreichischer Banken im Mittelfeld liegt, diese aber in CESEE-Ländern, darunter einige EU-Mitgliedstaaten, konzentriert sind.

Grafik 24

Forderungen österreichischer Bankengruppen gegenüber CESEE (Insgesamt: 185 Mrd EUR)

Stand: Q3 09; in Mrd EUR (Anteil in %)

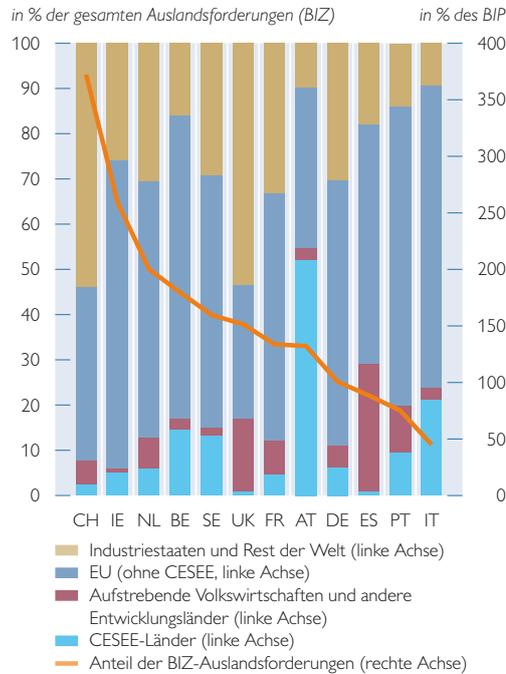


NMS-2004: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn
 NMS-2007: Bulgarien, Rumänien
 SEE: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei
 GUS: Moldawien, Russland, Ukraine, Weißrussland

Quelle: OeNB, BIZ; provisorische Daten per Q3 09.

Grafik 25

Auslandsforderungen von ausgewählten Bankensystemen im Vergleich



Quelle: OeNB, BIZ; Daten per Q3 2009.

Kasten 6

Erhebungen zu Neukrediten, Kreditmonitor und Kreditbericht

Neukredite

Im Zuge der Finanzkrise wurde Ende des Jahres 2008 immer häufiger die Frage einer drohenden Kreditklemme laut. Es zeigte sich, dass der OeNB für eine Analyse dieser Frage zu diesem Zeitpunkt – insbesondere zur tatsächlichen Neukreditvergabe – nicht ausreichend statistische Daten zur Verfügung standen. Ende 2008 stellten sowohl das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend als auch des Bundesministerium für Finanzen diesbezügliche Datenanforderungen an die OeNB. In weiterer Folge meldete auch die neugegründete Finanzmarkt-beteiligung Aktiengesellschaft (FIMBAG) im Zusammenhang mit eigenkapitalstützenden Maßnahmen des Staates Datenbedarf an. Analysten betonten speziell das Fehlen von Daten zu den Sektoren „Nichtfinanzielle Unternehmen“ und „Private Haushalte“.

Um diesen Anforderungen nachzukommen, führte die OeNB binnen kürzester Zeit und in Abstimmung mit Nutzern und Meldern eine neue, monatlich abzugebende Meldung ein, mit der neu verhandelte Vereinbarungen bereits bestehender Kredite erhoben werden. Sie setzt auf den bereits bestehenden Meldungen zur EZB-Zinssatzstatistik bzw. zur EZB-Monetärstatistik auf. Im Unterschied zu den bereits gemeldeten Werten der Zinssatzstatistik (die sämtliche Neuvereinbarungen enthält) lassen sich die echten Neukreditvergaben errechnen. Diese Daten werden für alle Euro-Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen (unterteilt nach Höhe des Kreditvolumens – bis 1 Mio EUR bzw. über 1 Mio EUR), an private Haushalte (unterteilt nach dem Verwendungszweck des Kredits) sowie an Finanzierungsleasinggesellschaften erhoben. Die Daten sind auch für Kredite in Schweizer Franken bzw. japanischen Yen verfügbar.

Im März 2009 wurden erstmals die Daten (rückwirkend bis Jänner 2009) von 108 Kreditinstituten in Österreich erhoben; die Ergebnisse aus den monatlichen Erhebungen werden auf den Gesamtmarkt hochgerechnet.

Ausstehende Kredite an Unternehmen 2009 stark rückläufig, Neukreditvergaben aber relativ stabil

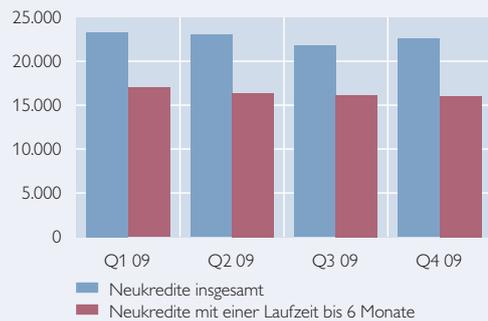
Unternehmenskredite

Veränderung zum Vorjahr in %



Neukreditvergaben an Unternehmen

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

Kreditmonitor

Die OeNB veröffentlicht seit März 2009 monatlich den „Kreditmonitor“, in dem nicht nur die aktuellsten Zahlen zur Neukreditvergabe, sondern auch die Entwicklung der ausstehenden Kreditvolumina (Quelle: EZB-Monetärstatistik) – mit Fokus auf den Sektoren „Nichtfinanzielle Unternehmen“ bzw. „Private Haushalte“ – dargestellt werden.

Kreditbericht

Die OeNB erstellte im Jahr 2009 dreimal einen Kreditbericht, der unter anderem der Frage nach einer Kreditklemme bei Unternehmenskrediten und Krediten an private Haushalte nachging. Das Wachstum des Kreditvolumens an Unternehmen seit Beginn des Jahres 2009 schwächte sich den Berichten zufolge laufend ab, stagnierte allerdings bei Krediten an private Haushalte in den letzten Monaten des Jahres 2009 auf niedrigem Niveau. Im Zusammenhang mit der schwachen Konjunktur ging die Kreditnachfrage, getragen von Unternehmensinvestitionen und vom Konsum, zurück. Die Banken ihrerseits verfolgten im Jahr 2009 eine restriktive Kreditvergabepolitik, als Folge verschlechterter Bonitätseinschätzung von Kreditnehmern und auch von Refinanzierungsproblemen bei Banken.

Andere Finanzintermediäre profitieren leicht von Erholung der Aktienmärkte

ATX macht im Jahr 2009 einen Teil seiner Verluste wett

Nach einem schwierigen Jahresbeginn begannen die Aktienkurse im März 2009 einen Aufwärtstrend. Der österreichische Aktienindex ATX gewann im Gesamtjahr 42,5% und notierte zum Jahresende bei 2.496 Punkten. Damit konnte ein Teil der Verluste des Jahres 2008 wettgemacht werden. Die Marktkapitalisierung nahm um 9 Prozentpunkte zu und lag Ende 2009 bei 28% des BIP. Der österreichische

Aktienmarkt startete schwach ins Jahr 2010; die Unsicherheiten rund um Griechenland und andere Länder des Euroraums dämpften die Risikofreude.

Trotz der Markterholung blieb die Risikobereitschaft der Kunden österreichischer Finanzintermediäre auch im Jahr 2009 niedrig. Die österreichischen Anleger veranlagten nur zögerlich frisches Kapital bei Investmentfonds und Lebensversicherungen. Die Investmentfonds konnten wieder erste Zuwächse beim Vermögensbestand ver-

zeichnen, allerdings größtenteils aufgrund von Kursgewinnen.

Der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität und der Anstieg der Arbeitslosigkeit führten im Jahr 2009 zu einer Stagnation der realen Prämieinnahmen in der Versicherungswirtschaft. In Zeiten hoher Unsicherheit und bei anhaltend angespanntem Arbeitsmarkt trat der Vorsorgegedanke etwas in den

Hintergrund, was sich insbesondere bei den Lebensversicherungen in rückläufigen Prämieinnahmen niederschlug. Das Kapitalanlageergebnis spiegelte allerdings die Erholung auf den Finanzmärkten wider und legte im Vergleich zum Vorjahr um 15% zu. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle stiegen im Jahresvergleich um 6%.

Kapitalanlageergebnis bei Versicherungen steigt

Beitrag zur Finanzsystemaufsicht in Österreich

OeNB für Einzelbankanalyse und Vor-Ort-Prüfung verantwortlich

Im Rahmen der Bankenaufsicht ist die OeNB für die gesamthafte Risikobeurteilung und die FMA für behördliche Entscheidungen zuständig. Diese Aufgabenteilung wurde im Zuge der Finanzmarktaufsichtsreform 2008 implementiert und brachte deutliche Vorteile im Aufsichtsprozess.

In der Bankenaufsicht bildet die Einzelbankanalyse die erste Komponente der Risikobeurteilung. Meldedaten der Kreditinstitute und sonstige relevante Informationen werden einer laufenden umfassenden Gesamtauswertung für Zwecke der Bankenaufsicht und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren unterzogen und auch der FMA zur Verfügung gestellt. Sie geben Aufschluss darüber, ob eine wesentliche Veränderung der Risikolage eines Kreditinstituts oder der Verdacht auf Verletzungen bankaufsichtsrechtlicher Bestimmungen vorliegt. Auf Ersuchen der FMA erstellt die OeNB zudem auch Einzelbankanalysen. In der Basisanalyse werden sämtliche Kreditinstitute einem primär automatisierten Klassifizierungsprozess unterzogen. Im nächsten Schritt werden für alle Kreditinstitute, die in der Basisanalyse als risikoreich identifiziert wurden, sowie für a priori definierte

Groß- und Aktienbanken Detailanalysen durchgeführt. Ergänzend dazu finden im Rahmen eines strukturierten Dialogs – differenziert nach Größe und Komplexität der Banken – regelmäßig Gespräche mit den Wirtschaftsprüfern der betroffenen Banken statt.

Die zweite Komponente der Risikobeurteilung ist die Vor-Ort-Prüfung. Zur Komplettierung veröffentlichter bzw. an die OeNB gemeldeter Informationen führt die OeNB – in aller Regel gemäß einem mit der FMA abgestimmten Jahresprüfplan – Prüfungen in den Räumlichkeiten der beaufsichtigten Institute durch. Dabei können die Prüfer Einsicht in alle Unterlagen nehmen, Gespräche mit dem Management und Mitarbeitern des Kreditinstituts führen sowie vorhandene Unterlagen von Wirtschaftsprüfern einsehen. Seit der Finanzmarktaufsichtsreform 2008 umfasst die Prüfkompetenz der OeNB sämtliche Geschäftsfelder und Risikoarten sowie Begutachtungen von komplexen Risikomanagementmodellen. Die Begutachtungsergebnisse bilden die Grundlage für die Zulassung dieser Modelle durch die FMA und dienen zudem der Berechnung der regulatorischen Eigenmittel. Prüfberichte und Modellgutachten werden an das geprüfte Institut sowie an die FMA übermittelt und dienen im Analyseprozess

Vor-Ort-Prüfung ermöglicht Einblick in die Risikosituation einer Bank

Einzelbankanalyse wichtig zur Risikobeurteilung

Einbindung in EU- und CESEE-Analyseaktivitäten

als wichtige Informationsquellen. Der gesamte aufsichtliche Überprüfungsprozess – Einzelbankanalyse und Vor-Ort-Prüfungen – richtet sich in seiner Intensität nach dem Risiko (Grundsatz der Proportionalität). Dies bedeutet sowohl eine Fokussierung auf relevante Banken als auch auf einzelne Geschäftsbereiche.

Eine effiziente Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Banken bedarf einer engen Zusammenarbeit aller beteiligten Aufsichtsbehörden. OeNB und FMA arbeiten besonders eng mit Aufsehern in der EU und CESEE zusammen. Im Rahmen von Aufsichtskollegien (Supervisory Colleges) finden für vier österreichische Bankengruppen zumindest einmal im Jahr Treffen der beteiligten Aufsichtsbehörden statt. Sie werden vom Heimatlandaufseher organisiert und veranstaltet. Diese Aufsichtskollegien wurden im Jahr 2009 auf Einladung der FMA und in Zusammenarbeit mit der OeNB abgehalten. Zur Sprache kamen dabei Themen wie die Abstimmung des multilateralen Kooperationsabkommens zur Aufsichtszusammenarbeit, eine gemeinsame Risikoeinschätzung (Joint Risk Assessment), die Umsetzung des internen Kapitaladäquanzverfahrens (ICAAP), die Berichterstattung über wesentliche Prüferkenntnisse und die Darstellung und Abstimmung der geplanten aufsichtlichen Tätigkeiten im Jahr 2010. Quartalsweise werden Kurzberichte für die Gastlandaufseher erstellt, in denen die wesentlichen Erkenntnisse der letzten Monate zusammengefasst sind. OeNB- und FMA-Vertreter nahmen auch an Aufsichtskollegien für österreichische Banken mit ausländischem Mutterinstitut teil und brachten dort als Beitrag zu einem besseren Verständnis der Risikosituation in der Gesamtgruppe, Aufsichtserkenntnisse über betroffene Banken ein.

Auch außerhalb der Aufsichtskollegien wird in der Einzelbankanalyse regelmäßiger Kontakt zu EU- und Drittlandaufsehern gepflegt. Im Jahr 2009 wurden grenzüberschreitende Projekte im Bereich der Vor-Ort-Prüfungen wie auch gemeinsame Prüfungen österreichischer Auslandstöchter und von in Auslandsbesitz befindlichen österreichischen Banken durchgeführt. Außerdem nahmen Vor-Ort-Prüfer an Prüfungen ausländischer Mutterinstitute teil. Grenzüberschreitend wurden koordinierte Vor-Ort-Prüfungen organisiert, bei denen jede Aufsichtsbehörde eigene Erhebungen durchführt. Anschließend werden die Ergebnisse ausgetauscht und zu einem Gesamtergebnis zusammengeführt.

Initiative zur Eindämmung von Fremdwährungskrediten

Die Informationsaktivitäten der letzten Jahre sowie die bereits im Jahr 2003 eingeführten Mindeststandards zur Vergabe von Fremdwährungskrediten (FWK) trugen letztlich zu einer verbesserten Risikowahrnehmung bei Kreditnehmern bei. Sie führten allerdings nicht zu einer merklichen Eindämmung der Fremdwährungskreditvergabe. Im Oktober 2008 gab die FMA die Empfehlung heraus, keine FWK an private Haushalte mehr zu vergeben. In der Folge wurden von OeNB und FMA in Abstimmung mit den Banken ergänzende Bestimmungen zu den FMA-Mindeststandards für FWK und Tilgungsträgerkredite (TTK) entworfen und im März 2010 veröffentlicht. Sie sehen vor, dass FWK mit/ohne TTK nur noch an private Haushalte vergeben werden, die (i) über ausreichend währungskongruentes Einkommen (bzw. Einnahmen) verfügen oder (ii) zur Gruppe der vermögenden Privatkunden mit bester Bonität gehören. Bei Euro-Krediten mit (kapitalauf-

bauendem) Tilgungsträger wird besondere Sorgfalt beim Risikogehalt des Tilgungsträgers angewendet. Einen weiteren wichtigen Punkt stellt die Aufforderung an Banken dar, Strategien zur Reduktion des Refinanzierungsrisikos von FWK zu entwickeln. Zudem verpflichten sich die Banken, Kreditnehmer noch umfassender zu informieren und Verbraucher, die das Risiko aus bestehenden FWK und TTK durch Konversionen reduzieren wollen, aktiv zu unterstützen. Die Initiative ist zwar formal an die Banken adressiert, möchte jedoch ihre Botschaft auch von unabhängigen Finanzberatern und den Verbrauchern selbst verstanden wissen.

Auf dieser Initiative basierend wird eine FWK-Initiative für die CESEE-Region entwickelt, mit dem Ziel, die FWK-Vergabe der österreichischen Banken in CESEE zu reduzieren und die Stabilität des österreichischen Bankensystems auch bei möglichen zukünftigen Krisen sicherzustellen.

Enge Zusammenarbeit mit der FMA

Durch die Reform der Finanzmarktaufsicht im Jahr 2008 wurden wichtige Voraussetzungen geschaffen, um mit den Entwicklungen auf den Finanzmärkten Schritt halten zu können. OeNB und FMA bekennen sich zu einer engen partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei der Bankenaufsicht. Ein wichtiges Element dieser Kooperation ist die Zusammenführung aller aufsichtsrelevanten Daten beider Institute in eine gemeinsame Datenbank. Die Analyse dieser Daten erlaubt ein intensiveres Monitoring, sowohl der einzelnen Marktteilnehmer als auch des gesamten Finanzplatzes. Die Abstimmforen wurden zum Austausch aller wesentlichen Informationen und zur Abstimmung der Beurteilungen erweitert. FMA und

OeNB arbeiten gemeinsam nach dem SPOC-Prinzip (Single Point of Contact), dem gemäß es für jede Bank in allen Belangen der Bankenaufsicht je einen einzigen Ansprechpartner in den beiden Institutionen gibt. Die Einführung dieses Prinzips führte darüber hinaus zu einer Intensivierung des Dialogs mit den Kreditinstituten.

Ausübung der Zahlungssystemaufsicht

Über Zahlungssysteme werden auf elektronischem Weg Geldwerte zwischen Unternehmen, Banken, Händlern, der öffentlichen Hand und Privatpersonen transferiert. Im Speziellen dienen Großbetragszahlungssysteme wie TARGET2 dem Geldtransfer zwischen Banken. Kreditkartensysteme oder elektronische Geldbörsen werden hingegen von Wirtschaftstreibenden und Privatpersonen zum Bezahlen von Kleinbeträgen genutzt. Störungen in Zahlungssystemen können negative Auswirkungen auf einzelne Finanzmarktteilnehmer haben und letztlich auch die Stabilität des gesamten Finanzsystems gefährden. Die Wahrung der Finanzmarktstabilität erfordert daher das reibungslose Funktionieren der Zahlungs- und Wertpapierabrechnungssysteme. Vor diesem Hintergrund wurde der OeNB vom österreichischen Gesetzgeber mit Wirkung vom 1. April 2002 die Kompetenz zur Ausübung der Aufsicht über die österreichischen Zahlungssysteme eingeräumt. Sie umfasst auch die Prüfung der Teilnahme österreichischer Banken an internationalen Zahlungssystemen.

Im Rahmen der Aufsichtsaktivitäten werden Systemprüfungen durchgeführt, bei denen Sicherheit und Zuverlässigkeit einzelner Zahlungssysteme überprüft werden. Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2009 unter anderem der Betreiber des größten österreichischen Geldausgabeautomaten-Sys-

FMA und OeNB kooperieren effizient

OeNB auch auf ESZB-Ebene in Zahlungssystemaufsicht eingebunden

tems geprüft. Darüber hinaus haben die Zahlungssystembetreiber in regelmäßigen Abständen statistische Informationen zu den Zahlungsströmen (wie z. B. Transaktionszahlen und -werte oder Systemausfälle) an die OeNB zu melden. Diese Informationen ermöglichen eine umfassende Darstellung des österreichischen Zahlungsverkehrsmarktes und führen bei Auffälligkeiten zu anlassbezogenen Systemprüfungen.

Insgesamt hoher Grad an Zahlungssystemstabilität

Insgesamt herrschte im Jahr 2009 ein hoher Grad an Systemstabilität; die turbulenten Entwicklungen auf den Finanzmärkten hatten keine negativen Auswirkungen auf die Sicherheit oder Verfügbarkeit der Zahlungssysteme. Bei einem großflächigen Bankomatausfall im Juli 2009 wurden von der Betreiberfirma in enger Abstimmung mit

der OeNB unverzüglich Maßnahmen gesetzt, sodass die Auswirkungen minimiert wurden.

Auf europäischer Ebene werden unter anderem gemeinsame Aufsichtsstandards für global operierende Zahlungssysteme entwickelt und in der Folge angewandt. So werden auch internationale Kartensysteme wie American Express, Diners Club, MasterCard und VISA von mehreren nationalen Zentralbanken unter Beteiligung der OeNB auf ihre Systemsicherheit überprüft. Daneben werden auf ESZB-Ebene auch aktuelle aufsichtsrelevante Themen mit internationalem Bezug erörtert, wie etwa die fehlerhaften Sicherheitschips auf deutschen Zahlungskarten, die im Jänner 2010 zu massiven Transaktionsstörungen im In- und Ausland führten.

Kasten 7

Zahlungsdienstegesetz seit November 2009 in Kraft

Umsetzung des Zahlungsdienstegesetzes

Durch das per 1. November 2009 in Kraft getretene Zahlungsdienstegesetz (ZaDiG) wird eine neue Kategorie von Zahlungsdienstleistern (Zahlungsinstitute) eingeführt. Damit können erstmals Nichtbanken – unter erleichterten Konzessions- und Aufsichtsbestimmungen – Zahlungsdienstleistungen erbringen, die bisher als klassische Bankgeschäfte ausschließlich Kreditinstituten vorbehalten waren. Das ZaDiG setzt die Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt (Payment Services Directive) um.

Bedeutung der Zahlungsinstitute

Zahlungsinstitute können sowohl Zahlungsdienstleistungen erbringen als auch die dafür notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen. Durch die Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen ist mit Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen für die Kunden zu rechnen. Die bessere Vergleichbarkeit der Angebote sowie der erleichterte Markteintritt sollen zu mehr Wettbewerb beitragen.

Übersicht über die Meldeerfordernisse

Auf Grundlage des § 20 ZaDiG wurden die Zahlungsinstitute-Meldeverordnung (ZIMV) und die Verordnung über die Anlage zum Prüfungsbericht für Zahlungsinstitute (ZAPV) zur Konkretisierung der Meldeerfordernisse erlassen. Diese umfassen Bilanz- sowie Gewinn- und Verlustdaten, Informationen zur Beurteilung und Überwachung der Risiken von Zahlungsinstituten, Auskünfte zur Überprüfung der Einhaltung der Eigenmittelvorschriften und unternehmensbezogene Stammdaten. Zusätzlich sind ein Jahresabschluss und eine Anlage zum Prüfungsbericht zu melden. Die Meldungen werden in standardisierter Form elektronisch an die OeNB übermittelt, die auch der FMA Zugriff auf die Meldeinhalte ermöglicht.

Mitwirkung an neuer internationaler Finanzarchitektur

Weiterentwicklung der internationalen Aufsichtsarchitektur

Auf internationaler Ebene ziehen verschiedene Foren und Gremien die Lehren aus der globalen Finanzkrise für eine Reform der Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte. Internationale Koordination ist dabei notwendig, damit regulatorische Lücken weltweit geschlossen werden und für alle Marktteilnehmer möglichst die gleichen Spielregeln und Wettbewerbsbedingungen gelten.

Der politische Prozess zur globalen Reform der Finanzmärkte wird vor allem von der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) vorangetrieben. In der Erklärung des G-20-Gipfels in London vom April 2009 wurde die Einbeziehung aller für die Stabilität des internationalen Finanzsystems relevanten Finanzmärkte und Finanzinstitutionen in die Regulierung vorgesehen. Dazu wurde ein umfassender Aktionsplan für die künftige internationale Gestaltung der Finanzmarktaufsicht und -regulierung beschlossen. Das G-20-Folgetreffen in Pittsburgh im September 2009 konkretisierte entsprechende Schwerpunkte und legte regulatorische Reformen fest. Kernpunkte betreffen Maßnahmen, die der Stärkung der Finanzmarktstabilität dienen. Besondere Bedeutung wird in diesem Zusammenhang der Erhöhung der Liquiditäts- und Eigenmittelausstattung und der Verbesserung der Qualität der Eigenmittel der Banken zugemessen. Ebenso gehört der aufsichtliche Umgang mit systemrelevanten Instituten, die meist auch grenzüberschreitend tätig sind, zu den vorrangigen Reformbestrebungen. Maßnahmen sollen auch gegen die prozyklischen Wirkungen von Aufsichts- und

Bilanzierungsvorschriften gesetzt werden, damit Banken in der Steuerung ihres Kapitals den Konjunkturzyklus berücksichtigen.

Beim G-20-Gipfel im April 2009 wurde das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum – FSF) aufgewertet und mit einem erweiterten Mandat als Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board – FSB) neu gegründet. Seit der Aufnahme seiner Tätigkeit in der neuen Zusammensetzung Ende Juni 2009 hat das FSB den Vorsitz bei der Umsetzung des Aktionsplans für die künftige Finanzmarktaufsicht der G-20 inne. Das FSB arbeitet konkrete Vorschläge zur Reform der Finanzmarktregulierung aus. Schwerpunkte sind die Behandlung von systemrelevanten Finanzinstituten, Maßnahmen gegen die Prozyklizität im Finanzsystem, Eigenmittelausstattung, Liquiditätsmanagement und adäquate Vergütungspolitik der Banken. Neben bankenaufsichtlichen Maßnahmen ist eine verstärkte Aufsicht über außerbörslich gehandelte Derivate, Hedgefonds und Ratingagenturen geplant.

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) arbeitet an der Weiterentwicklung und weltweiten Umsetzung von Standards in der Bankenaufsicht und gibt Richtlinien und Empfehlungen heraus. Gegenwärtig stehen insbesondere die Bestimmungen um die Eigenmittelvorschriften (Basel III) im Fokus, im Wesentlichen die Erhöhung von Qualität, Konsistenz und Transparenz des Eigenkapitals sowie die Einführung einer Quote für den Verschuldungsgrad (Leverage Ratio) und Liquiditätsvorschriften. Als Gegenmaßnahme zu Auswirkungen der Prozyklizität sind bilanzielle Risikovorsorgen für erwartete Verluste und die Einführung von Kapitalpuffern für unerwartete Ver-

Finanzstabilitätsrat löst Forum für Finanzstabilität ab

G-20: Regulierung aller Finanzmärkte und -institutionen

Basler Ausschuss entwickelt Eigenmittelvorschriften weiter

luste angedacht. Im ersten Halbjahr 2010 soll eine umfassende Studie über quantitative Auswirkungen der vorgeschlagenen Neuregelungen erstellt werden.

Europäische Aufsichtsarchitektur nimmt konkrete Formen an

Eine internationale Lehre aus der Finanzkrise lautet, dass in der Aufsichtspraxis, über die Beaufsichtigung der einzelnen Finanzinstitute hinaus, der Blick auf das Finanzsystem insgesamt, die sogenannte makroprudenzielle Dimension, gefehlt hat. Ebenso klar wurde, dass die dem Binnenmarkt (Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit) entsprechende gesamteuropäische Ausrichtung inadäquat war. Dementsprechend stand das Jahr 2009 im Zeichen der Neugestaltung einer europäischen Finanzmarkt-Aufsichtsarchitektur. Die Europäische Kommission legte im September 2009, auf Basis einer Studie der Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen IWF-Präsidenten Jacques de Larosière, Entwürfe zur Behebung der festgestellten Schwächen sowohl auf Ebene der Makro- als auch Mikroaufsicht vor. Der Legislativ-

prozess in der EU soll im Jahr 2010 abgeschlossen werden.

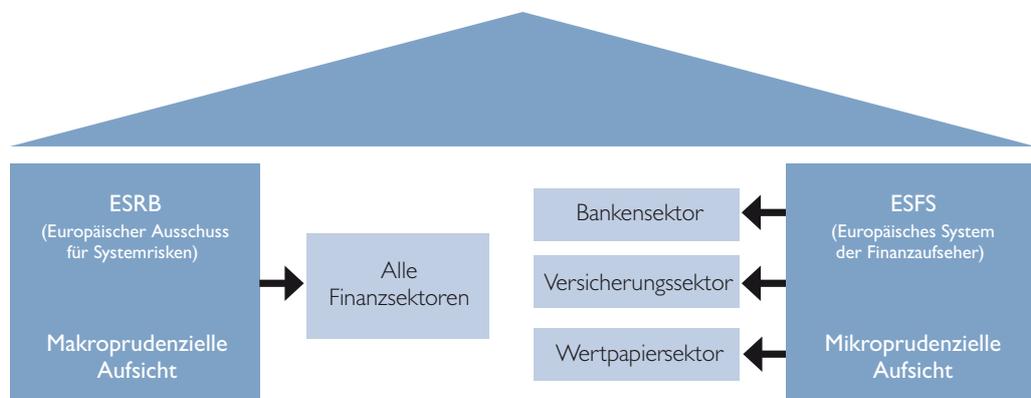
Ab dem Jahr 2011 soll der neu eingerichtete Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) Risiken, die die Stabilität des europäischen Finanzsystems gefährden könnten, ermitteln und bewerten (Makroaufsicht), gegebenenfalls Frühwarnungen und Empfehlungen für konkrete aufsichtliche oder regulatorische Maßnahmen aussprechen sowie deren Umsetzung überwachen. Das zentrale Gremium des ESRB, der Verwaltungsrat, wird sich unter anderen aus EZB-Vertretern und Vertretern der nationalen Zentralbanken zusammensetzen. Die OeNB wird durch ihren Gouverneur repräsentiert sein und ist in den Begutachtungsprozess und die Vorbereitungsarbeiten für diese neue Aufgabe eingebunden.

Parallel zum ESRB wird für die Wahrung der europäischen Perspektive in der Aufsicht über einzelne Finanzinstitute (Mikroaufsicht) ein Europäisches System der Finanzaufsichter (European System of Financial Supervisors – ESFS) eingerichtet. Es setzt sich aus nationalen Aufsichtsbehörden und drei

OeNB im ESRB vertreten

Grafik 26

Die neue europäische Aufsichtsarchitektur



Quelle: OeNB.

neuen europäischen Aufsichtsinstitutionen für den Bankensektor, den Wertpapierbereich und das Versicherungswesen zusammen. Letztere sollen ins-

besondere einheitliche technische Standards erarbeiten und zu einer konsistenten EU-weiten Anwendung von Gemeinschaftsvorschriften beitragen.

Kasten 8

Regulatorische Entwicklungen in Europa

Im Jahr 2009 wurden auf europäischer Ebene eine Reihe regulatorischer Maßnahmen gesetzt. Im Rahmen von Konsultationen, Arbeitsgruppen sowie Begutachtungen von Richtlinien- und Verordnungsvorschlägen arbeitete die OeNB an der Entwicklung und Umsetzung der Regulierungsvorhaben mit.

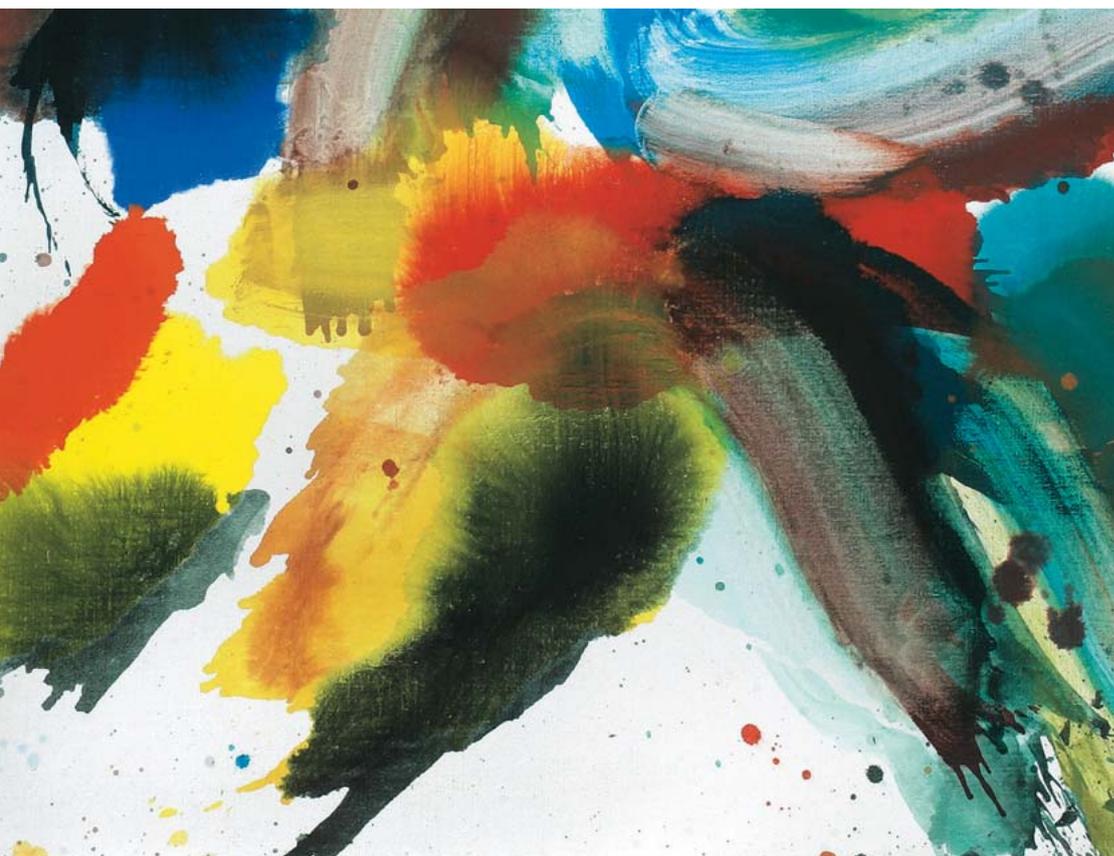
Einschlägige Reformen

Ein wesentlicher Reformschwerpunkt im Jahr 2009 lag in der Überarbeitung der Eigenmittelrichtlinien (CRD – Capital Requirements Directive /CAD – Capital Adequacy Directive). Unter dem Titel CRD II erfolgte eine Adaptierung im Bereich Verbriefungen, Liquidität, Großkredite und Hybridkapital. Eine Umsetzung in nationales Recht ist bis November 2010 vorzunehmen. Die Europäische Kommission veröffentlichte im Juli 2009 einen Vorschlag (CRD III) zu verstärkten Kapitalanforderungen für das Handelsbuch sowie für bestimmte Verbriefungen („re-securitization“), die Offenlegung von Verbriefungsrisiken und Regelungen zur Vergütungspolitik. Er soll ab dem Jahr 2011 Anwendung finden. Im Sommer 2009 fand eine Konsultation über mögliche Modifikationen betreffend Wertberichtigungen für Verluste über den Konjunkturzyklus, zusätzliche Kapitalanforderungen für Fremdwährungswohnbauskredite und die Beseitigung nationaler Wahlrechte und Ermessensentscheidungen (CRD IV) statt. Unter dem Stichwort CRD V (bzw. IV) wird auf europäischer Ebene bereits an der Implementierung der Vorschläge des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht gearbeitet. Den politischen Vorgaben auf internationaler und europäischer Ebene entsprechend wurde bereits im September 2009 eine Verordnung zur Regulierung von Ratingagenturen verabschiedet. Außerdem wurde ein Richtlinienvorschlag für Manager alternativer Investmentfonds (Hedgofonds, Private Equity Fonds) vorgelegt, um robuste und harmonisierte regulatorische Standards zu schaffen. Weiters soll die Transparenz gegenüber Anlegern und Aufsicht erhöht werden. Zu den Vergütungspraktiken im Finanzsektor wurde eine Empfehlung der Europäischen Kommission herausgegeben. Eine verbindliche Regelung dazu soll im Rahmen der Säule II in der Änderung zur Eigenmittelrichtlinie (CRD III) umgesetzt werden. Die neue Richtlinie zur Einlagensicherung sieht eine Erhöhung der Mindestsicherungssumme (auf 50.000 EUR zum 1. Juli 2009, eine einheitliche Sicherungssumme von 100.000 EUR ab 1. Jänner 2011) vor. Zum Thema Krisenmanagement fand im Jahr 2009 eine Konsultation der Europäischen Kommission statt. Auf Grundlage der Ergebnisse sollen regulatorische Maßnahmen folgen und ein europäisches Rahmenwerk zur Abwicklung von Banken (insbesondere grenzüberschreitend tätiger Banken) entwickelt werden. Angedacht ist unter anderem die Einführung von unternehmensspezifischen Notfall- und Abwicklungsplänen („living wills“). Dadurch sollen sowohl Banken als auch Aufseher besser auf Notfälle vorbereitet sein.

Ausblick

Die Reformbestrebungen auf europäischer Ebene sind noch nicht abgeschlossen. Unter anderem sind Regelungen zum Clearing von Derivaten, zur weiteren Verbesserung der Einlagensicherung, zur verantwortungsvollen Kreditvergabe und zu Leerverkäufen geplant. Basierend auf den Vorschlägen des Basler Ausschusses wird ein Schwerpunkt auf weiteren Änderungen der CRD/CAD liegen. Die Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderungen werden im ersten Halbjahr 2010 auch auf EU-Ebene analysiert. Eine Umsetzung des neuen Regelwerks, das bis Ende 2010 finalisiert werden soll, ist in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklungen bis Ende 2012 geplant.

Die OeNB
als nachhaltiges Unternehmen



Wissensbasierte, effiziente und kostenbewusste Leistungserstellung – Wissensbilanz

Die OeNB erbringt auf Basis ihres gesetzlichen Auftrags eine Vielzahl öffentlicher Leistungen. Im Vordergrund steht dabei, den Nutzen für die Gesellschaft insgesamt wie auch für den Einzelnen zu optimieren. Aus diesem Grund wird das Leistungsportfolio der OeNB ständig weiterentwickelt und angepasst. Dieses Bestreben hat in Zeiten einer Finanzkrise einen besonders hohen Stellenwert.

Da das Wissen und die Erfahrungen der Mitarbeiter für die Leistungserstellung von zentraler Bedeutung sind, erstellt die OeNB seit dem Jahr 2003 jährlich eine Wissensbilanz mit dem Ziel, Wissensbestände und Wissensflüsse in transparenter Weise zu erfassen und zu steuern.



OeNB positioniert sich mit neuer Strategie bis 2015

Die OeNB orientiert sich in ihrer Aufgabenerfüllung primär an den Zielen „Gewährleistung der Preisstabilität“ und „Gewährleistung der Finanzmarktstabilität“ sowie nachgelagert „Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik“. Diese Ziele sind durch Gesetze sowie die Satzung des ESZB und der EZB definiert. Die OeNB erfüllt ihre Aufgaben effektiv, effizient und kostenbewusst.

Nur „wissende“ Mitarbeiter können hochwertige Leistungen erbringen

Stabilitätsanker in stürmischen Zeiten

Die Leitwerte der OeNB – „Vertrauen“ sowie „Stabilität und Sicherheit“ – haben sich insbesondere während der Wirtschafts- und Finanzkrise als unverzichtbare und unverrückbare Orientierungsgrößen bewährt. Auch die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aufgaben der OeNB wurde durch die Krise hervorgehoben.

Vertrauen, Stabilität und Sicherheit weiterhin Leitwerte der OeNB

Mit ihrer Strategie 2010–2015 setzt die OeNB – im Sinne einer fortgesetzten Spezialisierung – auf die Stärkung der Zentralbank-Kernfunktionen und auf eine Rückführung interner unterstützender Bereiche. Damit soll der Ressourceneinsatz verringert – der Per-

sonalstand soll bis zum Jahr 2015 um rund 10% reduziert werden – und die Effizienz weiter gesteigert werden. Eine Beschreibung der Aufgaben der OeNB einschließlich deren Schwerpunktthemen findet sich im Abschnitt „Auftrag, Aufgaben und Organisation“.

Wissen als entscheidender Produktionsfaktor

Trotz strategischer Fokussierungen sind die elementaren Leitgedanken unverändert geblieben: Verantwortungsbewusstsein, Unabhängigkeit, Glaubwürdigkeit, Kontinuität, Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit, Kundenorientierung, Kooperationsbereitschaft sowie Leistungsorientierung. Letzteres beinhaltet das Ziel der OeNB, qualitativ hochwertige und professionelle Leistungen zu erbringen. Grundvoraussetzung dafür ist, das Wissen aller Mitarbeiter weiterzuentwickeln und bestmöglich einzusetzen. Zu diesem Zweck wurden Wissensziele¹ definiert (siehe Kasten 9). Ein weiteres Kriterium zur Messung des Erfolgs ist die Überprüfung der Zielerreichung mittels Leistungsindikatoren.

Kasten 9

Wissensziele der OeNB

Kompetenz durch spezialisiertes Wissen: Insbesondere der aktive und fokussierte Beitrag der OeNB im Eurosystem stellt hohe Qualitätsanforderungen an die OeNB-Mitarbeiter.

Vertrauen durch Wissenstransfer: Aktive Wissensvermittlung soll das Verständnis der Bevölkerung über die Funktionen und Aufgaben der OeNB fördern.

Effizienz durch moderne Unternehmensführung: Die ständige Optimierung der Geschäftsprozesse führt zu Verbesserungen im operativen Geschäft. Auch das Risikomanagement wird gezielt weiterentwickelt.

Interdisziplinarität durch Internationalität und Kooperation: Für die Erfüllung des Stabilitätsauftrags der OeNB sowie des Eurosystems ist die nationale und internationale Vernetzung der OeNB-Fachbereiche unverzichtbar.

¹ Eine detaillierte Darstellung der Wissensziele ist unter www.oenb.at zu finden.

Neue Investitionen in wissensbasiertes Kapital

Der gezielte Aufbau von wissensbasiertem Kapital fördert die Qualität der Leistungserbringung. Hierbei wird neben Indikatoren zur Mitarbeiterstruktur eine Reihe von Indikatoren zu Gender-Management, flexiblen Arbeitszeitformen und Aus- und Weiterbildung verwendet.

Mitarbeiterstruktur Entwicklungen am Finanzplatz angepasst

Die am 1. Jänner 2008 in Kraft getretene Finanzmarktaufsichtsreform wurde seitens der OeNB mit dem umfassenden Projekt „Integration Bankenaufsicht“ mit Ende des Berichtsjahres abgeschlossen. Zur Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich Bankenanalyse und Vor-Ort-Prüfung nahm die OeNB auch im Jahr 2009 hoch qualifizierte Mitarbeiter auf, wodurch sich nicht nur der Personalstand erhöhte, sondern auch der Akademikeranteil stieg. Die finale Personalausstattung im Bereich Finanzmarktaufsicht wird allerdings erst 2010 erreicht. Mittelfristig sieht die strategische Zielsetzung, die im Einklang mit der demografischen Entwicklung und der restriktiven Aufnahmepolitik bis 2015 erreicht wird, sinkende Personalstandszahlen vor.

Maßgeschneiderte Ausbildung für Finanzmarktaufseher entwickelt

Die Entwicklung der Indikatoren im Bereich Wissenserwerb – vor allem bei Ausbildungsmaßnahmen und der internen Mobilität – ist leicht rückläufig, was insbesondere auf die extreme zeitliche Beanspruchung der Mitarbeiter während der Finanzkrise zurückzuführen ist.

Im Jahr 2009 wurde ein besonders ambitioniertes Weiterbildungsprojekt

im Bereich der Finanzmarktaufsicht gestartet. Die im Zuge der Übernahme der Aufsichtsagenden durch die OeNB rekrutierten neuen Mitarbeiter bringen sehr vielfältige, oftmals jedoch unterschiedliche Expertise mit. Zur optimalen und schnellen Vorbereitung auf die herausfordernden Aufgaben und um ein einheitliches Qualifikationsniveau zu erreichen, wurde gemeinsam mit der FMA eine maßgeschneiderte Grundausbildung entwickelt. Sie trägt auch der immer stärker werdenden Verzahnung der verschiedenen Aufsichtsbereiche Rechnung.

Eine Expertengruppe von OeNB und FMA konzipierte im Lauf des Berichtsjahres einen standardisierten Lehrgang für Finanzmarktaufseher, einschließlich der dafür erforderlichen organisatorischen und administrativen Vorbereitungen. Ziel ist, den Mitarbeitern umfassendes Basiswissen zu theoretischen und praktischen Aspekten zu vermitteln. Dies wird durch spezielle Themengebiete (unter anderem finanz- und betriebswirtschaftliche Grundlagen und Risikomanagement) und interne und externe Vortragende gewährleistet. Dieser Lehrgang wird im Programm der Aufsichtsakademie der OeNB und FMA im Frühjahr 2010 erstmals angeboten.

Auf europäischer Ebene wurde eine Ausbildungsoffensive im Bereich der Finanzmarktaufsicht gestartet. Anfang 2009 gründeten die Deutsche Bundesbank, die OeNB, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Goethe Business School die European Supervisor Education Initiative (ESE) mit dem Ziel, Finanzmarktaufseher in Europa anspruchsvolle Qualifizierungsmöglichkeiten nach einheitlichen Standards zu bieten. Die modu-

Aufstockung der Personalressourcen aufgrund der gesetzlichen Neuordnung der Bankenaufsicht

Lehrgang für Finanzmarktaufseher im ESZB etabliert

Nationaler Lehrgang für Finanzmarktaufseher von OeNB und FMA entwickelt

Tabelle 3

Indikatoren zu den Investitionen in das wissensbasierte Kapital

Indikator	Einheit	Wert 2007	Wert 2008	Wert 2009	Strategische Zielrichtung
Mitarbeiterstruktur					
Personalstand (Jahresende)	Anzahl	917,5	968,2	984,1	↘
Fluktuationsrate	%	1,2	1,2	0,9	→
Akademikeranteil	%	35,6	41,3	44,5	↗
Gender-Management					
Verteilung Frauen : Männer – Mitarbeiter	%	39 : 61	39 : 61	39 : 61	↗
Verteilung Frauen : Männer – Fachkarriere	%	24 : 76	32 : 68	33 : 67	↗
Verteilung Frauen : Männer – Führung	%	17 : 83	18 : 82	18 : 82	↗
Flexible Arbeitszeitformen					
Teilzeitmitarbeiter	%	7,8	7,8	8,6	→
Teleworking-Mitarbeiter	%	4,8	4,2	5,0	→
Sabbaticals	Anzahl	5	7	5	→
Wissenserwerb					
Aus- und Weiterbildungstage (Durchschnitt pro Jahr)	Tage	4,1	4,2	3,2	↗
Aus- und Bildungsquote	%	61,3	64,5	55,1	↗
Aus- und Bildungsaufwendungen pro Mitarbeiter	EUR	2.330	2.280	1.940	→
Mitarbeiter, die das Development-Center absolviert haben	Anzahl	24	24	24	→
Interne Jobrotations	Anzahl	44	37	19	↗
Arbeitsaufenthalte bei nationalen und internationalen Organisationen (externe Jobrotations)	Anzahl	26	37	32	↗
Fachhochschulpraktikanten	Anzahl	26	30	31	→
Durchschnittliche Zugriffe auf das Intranet pro Tag	Anzahl	–	4.426	3.760	↗

Anmerkung: „–“ steht für „nicht erhoben“.

Eine detaillierte Beschreibung der Indikatoren der Tabellen 3 bis 5 ist unter www.oenb.at zu finden.

lar aufgebauten Seminarprogramme für Bank-, Versicherungs- und Wertpapieraufseher, die an verschiedenen Standorten in Europa angeboten wer-

den, stärken überdies das wechselseitige Verständnis der Seminarteilnehmer und eine europäische Aufsichtskultur.

Schlanke Strukturen und Prozesse unterstützen Leistungserbringung

Aufgaben werden in der OeNB professionell und mit hoher Qualität erfüllt. Um diese hohe Qualität sicherzustellen, werden sämtliche Arbeitsabläufe regelmäßig analysiert und – im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses – ständig weiterentwickelt.

Effizienz- und Effektivitätssteigerungen in Aufbau- und Ablauforganisation

Eine 2009 intern durchgeführte „Aufgaben- und Ressourcenanalyse“ stellt sicher, dass auch in den kommenden Jahren ausreichende Flexibilität bei der Leistungserbringung gegeben ist. Ziel ist, die Kernbereiche gemäß Strategie 2010–2015 zu stärken, und gleichzeitig

schwerpunktmäßig in den unterstützenden Bereichen Einsparungsmaßnahmen zu erarbeiten. Die Aufbauorganisation wurde durch die Restrukturierung der Zweiganstalten mit der Auflfassung der kleinen Standorte in Klagenfurt und Salzburg, die Integration von IT und Organisation sowie die Zusammenlegung der strategischen Einheiten im baren und unbaren Zahlungsverkehr weiter optimiert.

Freiwillige Einhaltung der Corporate Governance und Compliance-Vorschriften

Die OeNB wendet auf freiwilliger Basis anerkannte Corporate-Governance-Regeln an. Daneben sind internationale Regelungen, das Nationalbankgesetz und andere für Zentralbanken geltende Richtlinien zu berücksichtigen. Die Dienstvorschriften der OeNB enthalten Anweisungen an die Mitarbeiter, mit dem Ziel, die korrekte Abwicklung der Geschäfte sicherzustellen. Alle Führungskräfte, Innenrevisoren und anderen internen Kontrollinstanzen überprüfen die Einhaltung dieser Vorschriften sowie die Maßnahmen des internen Kontrollsystems auf ihre Zweckerfüllung.

Innovative IT-Entwicklungen der OeNB werden ESZB-weit eingesetzt

Ausgelöst durch einen IT-Plattformwechsel und die Bestrebungen, ESZB-Synergien noch stärker zu nutzen, werden in den nächsten Jahren wichtige IT-Applikationen und damit zusammenhängende Prozesse neu gestaltet.

Im Euroraum können sich Geschäftsbanken über Offenmarktgeschäfte Liquidität von der EZB beschaffen; diese Geschäfte werden nach einem

Auktionsverfahren über die nationalen Zentralbanken abgewickelt. Technisch unterstützt wird die operative Umsetzung durch das Tender-Operation-System (TOP), das den Geschäftsprozess zwischen EZB und jeweiliger Zentralbank abdeckt und von der OeNB für das Eurosystem entwickelt wurde. Die Wartung dieses Systems wird ebenfalls von der OeNB durchgeführt.

TOP ist seit Sommer 2007 störungsfrei in Betrieb. Im Zuge der Finanzmarktkrise musste es 2009 binnen kurzer Zeit an die geänderten Anforderungen angepasst werden. Anschließend entwickelte die OeNB die Anwendung BI (Bilateral Intervention) und stellte sie im Sommer 2009 der EZB zur Verfügung. BI wird im Bereich Front Office in den Eurosystem-Zentralbanken zur Koordinierung von Interventionsgeschäften eingesetzt.

Das OeNB-Produkt eTender wird derzeit im Rahmen einer Kooperation mit der Banque de France erweitert und als drittes IT-Service der OeNB dem Eurosystem zur Verfügung gestellt.

Effiziente Zusammenarbeit im ESZB über DARWIN

Das im Jahr 2008 im ESZB eingeführte Dokumentenmanagementsystem DARWIN² wurde 2009 durchgängig in allen Gremien, Projekten und Arbeitsgruppen des ESZB eingesetzt. Durch die Nutzung dieser gemeinsamen und sicheren Plattform für den Dokumentenaustausch ist die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene – zwischen EZB und allen 27 nationalen Zentralbanken – deutlich erleichtert und effizienter geworden. In der OeNB arbeiteten 2009 bereits 303 Mitarbeiter mit dieser modernen Form des Informationsaustausches.

TOP, BI und eTender für ESZB entwickelt

² Documents And Records Web-based Information Network.

Tabelle 4

Indikatoren zu den wissensbasierten Prozessen

Indikator	Einheit	Wert 2007	Wert 2008	Wert 2009	Strategische Zielrichtung
Managementstruktur und Prozesse					
Leitungsspanne	Anzahl	7	6,8	7	→
Produktmanager	Anzahl	81	73	70	→
Prozessmanager	Anzahl	42	38	35	→
Technische Infrastruktur					
IT-Services für das ESZB/Eurosystem	Anzahl	2	2	3	↗
IT-Applikationen	Anzahl	208	206	210	→
IT-Helpdesk-Anfragen	Anzahl	18.804	24.192	23.795	↘
Interne IT-Service-Level-Agreements	Anzahl	57	55	57	→
DARWIN-Anwender	Anzahl	–	196	303	→
Effiziente Prozessabläufe					
Qualitätsauditoren	Anzahl	13	13	13	→
Zertifizierte Geschäftsbereiche ¹	Anzahl	12	12	10	→
Einträge in der OeNB-Terminologiedatenbank	Anzahl	19.359	20.170	20.370	↗
Automatisierungsgrad des Einkaufs	%	41,7	43,0	61,6	↗
Verarbeitete statistische Daten zur Aufsichts- und Monetärstatistik	Anzahl in Mio.	21,5	23,1	26,5	→
Rechtzeitige Datenpublikation zur Aufsichts- und Monetärstatistik	%	96	97	92	→
Reklamationsfreie Zahlungsverkehrstransaktionen	%	99,9	99,9	99,8	→
Innovationen					
Mitarbeiterkapazitäten für Veränderungsprojekte	%	7,5	6	4,4	↗
Eingereichte Verbesserungsvorschläge	Anzahl	182	92	57	→
Dezentrale Struktur					
Repräsentanzen und Zweiganstalten	Anzahl	7	7	6	↘
Beteiligungen im Zahlungsmittelbereich	Anzahl	5	–	5	→

Anmerkung: „–“ steht für „nicht erhoben“.

¹ Durch die Auffassung der Standorte in Klagenfurt und Salzburg verringerte sich auch die Anzahl der zertifizierten Geschäftsbereiche.

Permanenter Aufbau, Austausch und Vermittlung von Wissen zur Erfüllung der Aufgaben

Der gezielte Einsatz des wissensbasierten Kapitals, vor allem des Humankapitals der OeNB, sowie optimierte Prozesse und Strukturen ermöglichen der OeNB, ein breites Aufgabenspektrum wahrzunehmen.

Geldpolitische Analyse intensiviert

Unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise dominierten im Jahr 2009 die Analyse- und Forschungsaktivitäten der OeNB. Im Fokus weiterer Studien zu Österreich, zum Euroraum und insbesondere auch

zur CESEE-Region standen unter anderem die globalen Themen Finanzsektor bzw. Finanzmärkte, Inflation und Inflationserwartungen, realwirtschaftliche Entwicklung, die Auswirkungen der fiskalischen Konjunkturbelebungsprogramme und das Immobilienvermögen privater Haushalte. Die Einbindung in ökonomische Forschungsnetzwerke – im Jahr 2009 z. B. in das „Wage Dynamics Network“ sowie das „Household Finance and Consumption Network“ des ESZB – diente dem permanenten Wissensaufbau und -austausch.

Wissen zu ökonomischen Fragen wurde sowohl in den periodisch er-

scheinenden Publikationen als auch auf der OeNB-Website (mit kostenlosem Download) angeboten. Die Gesamtzahl der von OeNB-Mitarbeitern publizierten wissenschaftlichen Beiträge (für OeNB- und andere Publikationen) betrug im Berichtsjahr 99 (2008: 88). Zahlreiche von der OeNB organisierte Konferenzen, Workshops und Seminare konnten als wissenschaftliche Diskussionsplattformen genutzt werden. Anfang September 2009 führte z. B. die siebente Summer School der OeNB zum Thema „The Current Financial Crisis: What Can Structural Macro Models Tell Us?“ Experten aus vielen Zentralbanken zusammen.

JVI als internationales Ausbildungszentrum gestärkt

Mit der Entwicklung zahlreicher neuer Kurse, darunter einem OeNB-Seminar zum Thema Stresstests, reagierte das Joint Vienna Institute (JVI) rasch und gezielt auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. 2009 fanden am JVI 88 Kurswochen statt; davon wurden 9 Wochen von diversen Abteilungen der OeNB angeboten. Die Zahl der Kursteilnehmer erhöhte sich von 1.366 im Jahr 2008 auf 1.495 im Jahr 2009. Das 1992 gegründete Institut, an dem der Internationale Währungsfonds und Österreich³ maßgeblich beteiligt sind, konnte seine Reichweite erhöhen und seinen ausgezeichneten Ruf festigen. Vor diesem Hintergrund fiel auch die Entscheidung, das Institut sowohl räumlich als auch im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung bis zum Jahr 2012 schrittweise zu erweitern. Im Zuge dessen werden weitere neue Seminare – insbesondere zu Finanzmarktthemen – konzipiert und einem glo-

balen Teilnehmerkreis zugänglich gemacht.

Neben ihrer Lehrtätigkeit am JVI nehmen OeNB-Experten an multilateralen Technical-Assistance-Programmen teil. Diese werden aus EU-Mitteln⁴ finanziert und von der EZB koordiniert. So berät und unterstützt die OeNB, gemeinsam mit anderen Partnern aus dem ESZB, die russische Zentralbank bei der Umsetzung des Basel II-Regelwerks. In Serbien wurde für Schlüsselbereiche der Zentralbank der Ist-Zustand erhoben und ein mehrstufiger Plan zur Erreichung der „ESZB-Reife“ entwickelt. Auch an der Vorbereitung eines regionalen Programms zum Thema Bankenaufsicht für EU-Beitrittskandidaten und potenzielle EU-Kandidaten hat sich die OeNB aktiv beteiligt.

OeNB berät andere Zentralbanken bei Reservenmanagement

Die Weltbank unterstützt im Rahmen des „Reserves Advisory and Management Program“ (RAMP) weltweit die Weiterentwicklung und Ausbildung von Zentralbankmitarbeitern, unter anderem zum Aufbau von Know-how zur optimalen Verwaltung von Währungsreserven. Dabei wird Wissen im Zuge eines „practitioner to practitioner approach“ weitergegeben.

Im Zusammenhang mit diesem Programm entsandte die OeNB Experten in die Zentralbank von Trinidad und Tobago. Zielsetzung war die Beratung bei der Einführung von Futures im Rahmen des Reservenmanagements. Gemeinsam mit der nationalen Zentralbank wurden die Grundlagen des Future-Handels und des Risikomanagements erarbeitet. Darüber hinaus wurde eine

Bilaterale Technical-Assistance-Programme

OeNB-Experten halten Seminare am Joint Vienna Institute

OeNB-Experten beraten im Rahmen des Weltbank-Programms

³ Bundesministerium für Finanzen und Oesterreichische Nationalbank.

⁴ IPA – Instrument for Pre-Accession Assistance; Tacis – Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States.

Portfolioanalyse durchgeführt sowie eine Future-Strategie entwickelt.

Neue Herausforderungen im Bereich der Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht

Erfolgreicher Abschluss des Projekts „Integration Bankenaufsicht“

Das Projekt „Integration Bankenaufsicht – Umsetzung der Finanzmarkt-aufsichtsreform in der OeNB“ wurde zum Jahresende 2009 erfolgreich abgeschlossen. Es konnten alle relevanten Informationen in der OeNB zusammengeführt und eine gute Zusammenarbeit mit der FMA sichergestellt werden. Klare Rahmenbedingungen und gut strukturierte Abläufe unterstützen die Mitarbeiter im Aufsichtsbereich bei ihren Vor-Ort-Prüfungen und Analyse-aufgaben.

Kundenwünsche werden umgesetzt

Makroökonomische Stresstests sind ein wichtiges Analyseinstrument für Zentralbanken. Zur qualitativen Verbesserung der Ergebnisse dieser Tests intensivierte die OeNB im Berichtsjahr die Zusammenarbeit mit den österreichischen Kreditinstituten. Neben der Berechnung auf Basis aufsichtlicher Meldedaten (Top-Down-Ansatz) erfolgt basierend auf eigenem Datenbestand eine dezentrale Berechnung in den Instituten (Bottom-Up-Ansatz). In zahlreichen Gesprächen mit Bankenvertretern wurde die Berechnungsmethodik diskutiert und dadurch ein besseres Verständnis für die Ergebnisse erzielt.

Zusammenarbeit bei Stresstests mit heimischen Banken intensiviert

Statistikbereiche zusammengeführt

In der Folge der Neuorganisation von Aufgaben im Bereich Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik wurde eine Arbeitsgruppe mit der Suche von Optimierungs- und Synergiepotenzial beauftragt. Durch die Zusammenführung von Abteilungen

konnten Effizienz- und Qualitätssteigerungen erzielt werden. Eine wesentliche Neuerung war auch die Einrichtung eines bereichsübergreifenden Kommunikationsteams, das den internen Informationsfluss einerseits und, in Abstimmung mit der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, die Kommunikation nach außen andererseits steuert. Mittel- und langfristige Maßnahmen zur Weiterentwicklung von Geschäftsprozessen werden unter Berücksichtigung anstehender IT-Vorhaben in einzelnen Projekten abgewickelt.

Im Rahmen der aktiven Kommunikation mit der Bankenaufsicht in OeNB und FMA sowie mit der EZB wurden zur Verbesserung der Dienstleistungen technische Erweiterungen sowie Umstellungen – etwa bei Monetärstatistik, Zinssatzstatistik, „Consolidated Banking Data“ und Großkreditevidenz – in Angriff genommen. Diese Erweiterungen sind ein weiterer Schritt zum Ausbau der gesetzlichen Meldeanforderungen, die sich im gestiegenen Volumen der verarbeiteten Daten⁵ deutlich widerspiegeln (siehe Tabelle 4). Dieser Ausbau im Meldewesen dient der Erfüllung des Auftrags der OeNB zur Sicherung der Preis- und Finanzmarktstabilität.

Drehscheibe bei der Bargeldversorgung

Als Standort für die strategischen Bargeldreserven des Eurosystems leistet die OeNB einen bedeutenden Beitrag bei der Versorgung der Bevölkerung in Österreich und den CESEE-Ländern mit Bargeld. Außerdem bewährte sich die OeNB in der ihr vom Eurosystem zugedachten Rolle als Bargeldkompetenz- und -logistikzentrum, insbesondere im Zuge der Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Nicht zuletzt deshalb

⁵ Von 23,1 Millionen Datensätzen im Jahr 2008 auf 26,5 Millionen im Jahr 2009.

fiel der Entschluss im Eurosystem, die strategischen Bargeldreserven am Standort Wien weiter auszubauen.

Eine zentrale Rolle in den Bemühungen um Bargeldsicherheit spielt die Bargeldbearbeitung. Dabei werden Banknoten, die zur OeNB zurückkehren, auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft. Entspricht eine Banknote den vom Eurosystem festgelegten Mindestqualitätsstandards nicht, wird sie einbehalten, womit eine hohe Umlaufqualität gewährleistet wird. Je besser der Zustand einer Banknote ist, desto leichter kann die Bevölkerung deren Sicherheitsmerkmale überprüfen. Im Jahr 2009 wurden auf Grundlage der OeNB-Vorgaben etwa 1,44 Milliarden Banknoten von der Geldservice Austria Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) bearbeitet, was einem Anstieg von 9% gegenüber dem Jahr 2008 entspricht. Durchschnittlich durchlief 2009 jede Banknote den Bearbeitungsprozess vier Mal. Zudem wurden 1,99 Milliarden Münzen auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft.

Das Falschgeldaufkommen hält sich in Österreich weiterhin auf niedrigem Niveau. Im Jahr 2009 traten in Österreich insgesamt 9.780 Fälschungen im Umlauf auf. Knapp die Hälfte (45,8%) der Fälschungen entfiel auf die 100-Euro-Banknote, gefolgt von der 50-Euro-Banknote (27,1%) und der 20-Euro-Banknote (22,6%). Die Schadenssumme verringerte sich auf 696.975 EUR, was einem Rückgang von 10% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Für Privatpersonen in Österreich besteht nach wie vor eine geringe Wahr-

scheinlichkeit, mit Falschgeld in Berührung zu kommen. Die OeNB bietet zahlreiche Informationen zu den Sicherheitsmerkmalen der Euro-Banknoten für die österreichische Bevölkerung – vom Volksschulkind bei der Euro-Kids-Tour bis hin zu professionellen Bargeldakteuren wie Kassieren in Banken und im Handel. Als Kommunikationskanäle dienen unter anderem Medienkooperationen, Informationsstände auf Messen oder der Euro-Bus.

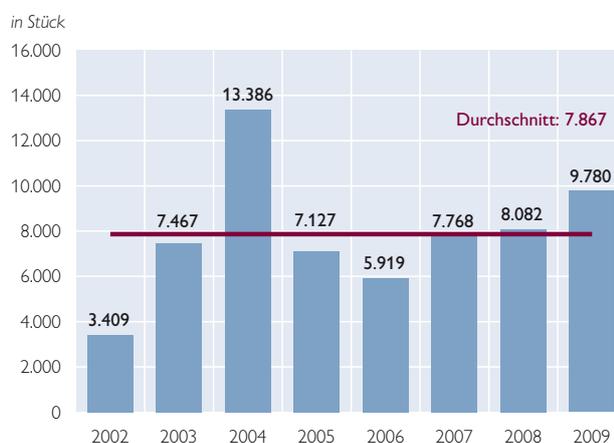
Jede Euro-Fälschung kann ohne technische Hilfsmittel durch die einfachen Prüfschritte FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN erkannt werden. In ganz Österreich werden Bargeldschulungen angeboten, bei denen OeNB-Experten die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten anhand der Prüfschritte erklären. Danach wenden die Schulungsteilnehmer ihr erworbenes Wissen im Selbsttest an echten und falschen Banknoten an. 2009 nutzten 9.521 Personen die Möglichkeit einer Schulung. Diese Initiative der OeNB ist richtungweisend für andere nationale Zentralbanken des Eurosystems.

Informationsvermittlung über die Sicherheitsmerkmale

Bargeldbearbeitung gewährleistet hohe Umlaufqualität

Grafik 27

Falschgeldaufkommen aus dem Umlauf in Österreich in Stück (2002–2009)



Quelle: OeNB.

Weiterer Ausbau von SEPA

Prüf-, Zähl- und Sortiergeräte helfen, die Echtheit von Banknoten schnell und zuverlässig zu erkennen. Damit diese Geräte Falschgeld lückenlos identifizieren können, müssen auch sie getestet und ihre Software regelmäßig aktualisiert werden. Entsprechend den Vorgaben der EZB bietet das OeNB-Testzentrum in Wien für Hersteller kostenlos Gerätetests und Tests der dazugehörigen Sensorik an. Die Ergebnisse werden auf den Websites der EZB und der OeNB veröffentlicht. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 125 Geräte getestet.

Nutzung von Internet und Mobilfunktechnologie

Am 30. September 2009 endete die Präklusivfrist für die 20-Schilling-Banknote mit dem Porträt von Carl Ritter von Ghega. Diese Banknote wurde 1968 erstmals ausgegeben. Vor mehr als 20 Jahren, am 30. September 1989, verlor sie ihre Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel. Letztlich fanden insgesamt 10,205.707 Stück dieser Banknote nicht mehr den Weg zur OeNB zurück. Der Gegenwert der ausstehenden Banknoten von umgerechnet 14,8 Mio EUR wurde dem Bundesministerium für Finanzen überwiesen.

Alle Schilling-Münzen und -Banknoten der letzten Serie können ohne zeitliches Limit kostenlos bei der OeNB und ihren Zweiganstalten sowie bei der Euro-Tour gewechselt werden.

Sicherstellung des unbaren Zahlungsverkehrs

Alleine in Österreich wird im Zahlungsverkehr mit rund 3 Billionen EUR etwa das Zehnfache des heimischen BIP bewegt, im Euroraum liegt das Volumen bei rund 126 Billionen EUR pro Jahr. Da Ausfälle im Zahlungsverkehr

zu nachhaltigen Vertrauens- und Systemkrisen führen würden, zählt die Sicherstellung effizienter Verrechnungs- und Zahlungssysteme zu den wesentlichen Aufgaben der OeNB.

Besonders im elektronischen Zahlungsverkehr spiegelt sich die rege Innovationstätigkeit am Binnenmarkt wider. Seit Ende Jänner 2008 können alle Verbraucher, Unternehmen und sonstigen Wirtschaftsakteure über SEPA⁶ bargeldlose Euro-Zahlungen tätigen oder empfangen, unabhängig davon, in welchem Land des Euro-Zahlungsverkehrsraums sie sich befinden.

Am 1. November 2009 wurde mit SEPA Direct Debit (SDD) erstmals ein Instrument geschaffen, das innerhalb von SEPA die Durchführung grenzüberschreitender Lastschriften ermöglicht. Die nunmehr bestehenden SEPA-Kerninstrumente (Überweisung, Lastschrift und Kartenzahlungen) stellen die Basis von eSEPA dar, also die Nutzung von Internet (e-Payment) und Mobilfunktechnologie (m-Payment) für ein innovatives und kundenfreundliches Service. In diesem Bereich besteht noch großer Aufholbedarf am europäischen Markt. In Österreich gibt es bereits eps⁷ als Lösung für Online-Zahlungen, in dessen Rahmen die österreichischen Banken ihre Online-Banking-Infrastruktur zur Durchführung sicherer und garantierter Online-Zahlungen anbieten. Der nächste Schritt ist die Entwicklung von SEPA-weiten e-Payment- und m-Payment-Lösungen. Daran wird auf europäischer Ebene bereits gearbeitet, und die Bemühungen werden sich 2010 weiter intensivieren.

Die international etablierte Abwicklungsform des Interbankenzah-

⁶ Single Euro Payments Area. Der „SEPA-Raum“ umfasst derzeit ein Gebiet von insgesamt 31 Ländern (die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Liechtenstein, Norwegen, Island und die Schweiz).

⁷ E-payment standard.

lungsverkehrs ist das sogenannte Clearing. Dabei werden die Transaktionen aller teilnehmenden Institute zu definierten Zeitpunkten je Geschäftstag gegeneinander aufgerechnet, sodass sich schlussendlich pro Bank lediglich eine rechnerische Position ergibt. Durch diesen Vorgang können die Liquiditätsanfordernisse der Banken deutlich gesenkt werden. Sicht das Clearingsystem die entsprechenden Buchungen über Zentralbankkonten vor, stellt sich durch die Abwicklung in Zentralbankgeld und die damit verbundene Vermeidung von Ausfallrisiken ein weiterer positiver Effekt ein. Aus diesem Grund fordern die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und die EZB zunehmend die Abwicklung von Massenzahlungen über diese Systeme. Die OeNB hat in diesem Zusammenhang eine Initiative zur Realisierung einer Clearing-Lösung in Kooperation mit interessierten Banken gestartet. Der Vollbetrieb eines solchen Clearingservice soll ab 1. Jänner 2011 im Rahmen eines neuen Geschäftsfelds der GSA aufgenommen werden und nachhaltig die Sicherheit und Effizienz des heimischen Finanzplatzes erhöhen.

Mit TARGET2-Securities (T2S) wird das Eurosystem einheitliche Services europäischer Wertpapier-Zentralverwahrer für die Abwicklung von Wertpapiertransaktionen in Zentralbankgeld zur Verfügung stellen. T2S soll den Zahlungsausgleich von Wertpapiertransaktionen in Europa effizienter und kostengünstiger gestalten. Im Jahr 2009 wurde unter anderem die technische Grobspezifikation finalisiert sowie ein Memorandum of Understanding zwischen dem Eurosystem und den europäischen Wertpapier-Zentralverwahrern unterzeichnet.

Internationale und nationale Kooperation intensiviert

Im Bereich internationale Beziehungen nimmt die OeNB eine wesentliche Rolle ein. So ist sie derzeit in 242 internationalen Gremien vertreten. Das bedeutet, dass die OeNB neben ihren Aufgaben im ESZB/Eurosystem (Vertretung in 147 Gremien) österreichische Interessen in 65 EU- und OECD-Gremien sowie in weiteren internationalen Gremien (z. B. IWF und BIZ) wahrnimmt und dabei mit ihren Partnern kooperativ und zielorientiert zusammenarbeitet.

In Forschungsnetzwerken innerhalb des Eurosystems leisten Mitarbeiter der OeNB – oft über einen längeren Zeitraum – wertvolle Beiträge zur Entwicklung der geldpolitischen Forschung.

Ein wichtiger Aspekt der internationalen Zusammenarbeit ist die Organisation von Konferenzen, Seminaren und Workshops in der OeNB. Einige dieser Treffen werden bereits seit Jahren durchgeführt, wie etwa das bereits seit vier Jahren stattfindende Nachbarschaftstreffen der Gouverneure der Zentralbanken von Österreich, Slowenien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, von Ungarn sowie seit 2009 auch von Polen, das bei den Teilnehmern auf sehr positive Resonanz stößt. Als weiteres Beispiel für gute Zusammenarbeit ist der 2009 ebenfalls zum vierten Mal abgehaltene informelle Dialog zwischen der kroatischen Zentralbank (HNB) und der OeNB zu erwähnen.

Da die OeNB auch in die wirtschaftspolitische Koordination Österreichs eingebunden ist, nehmen ihre Vertreter an interministeriellen Abstimmungen zu EU-Angelegenheiten teil und werden häufig in den sie betreffenden Fachgebieten konsultiert. Jährlich finden rund 60 inneröster-

Vollbetrieb des GSA-Clearingservice startet 2011

OeNB ist in über 240 internationalen Gremien vertreten

Internationale Kooperation zunehmend über multilaterale Treffen

Memorandum of Understanding für TARGET2-Securities unterzeichnet

Vertretung in über 100 nationalen Gremien

reichische Abstimmungssitzungen – z. B. Briefings vor ECOFIN-Ratssitzungen oder Sitzungen des Europäischen Rats – statt. Eine OeNB-Präsenz bei diesen Sitzungen ist von großer Bedeutung, zumal der Gouverneur der OeNB gemeinsam mit anderen EU-Zentralbankgouverneuren auch an informellen Treffen der EU-Finanzminister teilnimmt, wo strategisch wichtige finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der EU erörtert werden. Außerdem nimmt der Vizegouverneur der OeNB an den Treffen des Wirtschafts- und Finanzausschusses der EU teil. Weiters ist die OeNB Mitglied in anderen innerösterreichischen Gremien, deren Arbeit thematisch richtungweisend ist, unter anderem in den Bereichen Zahlungsverkehr, Bargeld und Fälschungen oder Statistik.

Öffentlichkeitsarbeit der OeNB nutzt viele Kanäle zur Wissensvermittlung

Im Jahr 2009 legte die OeNB großes Augenmerk darauf, Klarheit über geldpolitische und finanzmarktrelevante Zusammenhänge zu vermitteln und das Vertrauen in die Zentralbank zu stärken.

- Die Bereitstellung von Informationen erfolgte über 152 Pressemitteilungen, spezielle Entwicklungen wurden in 22 Pressekonferenzen präsentiert.
- Das Call Center kam einem erhöhten Wissensbedarf zur Wirtschafts- und Finanzkrise nach und beantwortete fast 30.000 Anfragen.
- Rund 3.000 Schulen ab der 5. Schulstufe erhielten das im Jahr 2009 neu erstellte Unterrichtspaket der OeNB zu „Geld und Geldpolitik“ bestehend aus der Neuauflage des Handbuchs „Jeder Euro ist hart verdient“, speziellen Themenblättern sowie dazugehörigen Didaktikunterlagen und fünf Kurzfilmen.
- Der Euro-Bus diente österreichweit 37.400 Besuchern an 67 Stationen neben seiner Hauptfunktion als Schilling-Wechselstelle auch als wichtige Informationsstelle.
- In modifizierter Form wurde der Bus auch für die „Euro-Kids-Tour“ eingesetzt. Fast 11.000 Volksschulkinder lernten dabei die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten und die Grundpfeiler der Währungsunion kennen.
- Das Geldmuseum zog mit insgesamt fast 450 Führungen und Workshops sowie rund 60 musealen Events wie der Langen Nacht der Museen, Ferienspielen, Familientagen, Kinderuniversität und Kinder-Business-Week mehr als 16.000 Besucher an.
- Der OeNB-Messestand hatte bundesweit an 42 Tagen geöffnet und konnte rund 36.000 an Geld- und Währungspolitik interessierte Besucher verzeichnen.
- Fast 10.000 nationale und internationale Tagungsteilnehmer nahmen an den rund 150 von der OeNB organisierten Veranstaltungstagen teil. Auf den zwei großen Konferenzen, der Volkswirtschaftlichen Tagung im Frühjahr 2009 und der Conference on European Economic Integration im Herbst 2009, wurden die Themen „Wendepunkt Krise: Wirtschaftspolitik unter neuen Vorzeichen“ und „The Euro’s Contribution to Economic Stability in CESEE“ diskutiert.
- In einer Serie von Kleinanzeigen in reichweitestarken österreichischen Medien positionierte sich die OeNB überdies als wissensbasiertes Dienstleistungsunternehmen. Die Website www.oenb.at verzeichnete täglich rund 17.000 Besucher mit rund 90.000 Seitenaufrufen.

Die OeNB nutzt zudem zwei weitere Informationskanäle:

- Beginnend im Oktober 2009 wurden der österreichischen Bevölkerung in neun Sendungen des ORF-Magazins „KONKRET“ die zentralbankspezifischen Aufgaben und Aktivitäten durch Experten der OeNB näher gebracht.
- Über die Online-Dialogplattform „DIREKTZURNATIONALBANK“

unter www.direktzurnationalbank.at kann seit Jänner 2010 jeder Interessierte geld- und währungspolitische Fragen an das Direktorium der OeNB richten. Jene Fragen, die gemäß einer Online-Abstimmung auf das größte Interesse stoßen, werden vom Direktorium online beantwortet. Die Nutzung dieses modernen Kommunikationskanals bringt die OeNB in eine Vorreiterrolle im Be-

„KONKRET“ und
„direktzurnationalbank“

Tabelle 5

Indikatoren zum wissensbasierten Output

Indikator	Einheit	Wert 2007	Wert 2008	Wert 2009	Strategische Zielrichtung
Kooperation und Vernetzung					
Nationale Gremien mit OeNB-Vertretern	Anzahl	103	103	103	→
Internationale Gremien mit OeNB-Vertretern	Anzahl	227	235	242	→
Technische Zentralbankkooperation	Tage	603	530	597	→
Informationsbesuche in der OeNB	Anzahl	131	97	102	→
Kursteilnehmer am Joint Vienna Institute (JVI)	Anzahl	1.426	1.366	1.495	→
Veranstaltungstage im Zuge von nationalen und internationalen Veranstaltungen der OeNB	Anzahl	303	260	259	→
Mitarbeiter mit externen Lehraufträgen	Anzahl	33	21	29	↗
Stipendien, die von der OeNB finanziert wurden	Anzahl	–	45	45	→
(Mit)betreute Diplomarbeiten/Master-Theses/Dissertationen	Anzahl	20	36	23	→
Gehaltene Vorträge	Anzahl	643	729	748	→
Mitarbeiter, die einen Arbeitsaufenthalt (EWE) in der OeNB absolviert haben	Anzahl	–	10	12	↗
Wissen rund ums Bargeld					
Besucher im Geldmuseum	Anzahl	12.522	15.738	16.251	→
Bargeldschulungen	Anzahl	393	417	390	↗
Teilnehmer an den Bargeldschulungen	Anzahl	5.399	7.283	9.521	↗
Teilnehmer an der Euro-Kids-Tour	Anzahl	–	4.119	10.653	→
Kommunikation und Information					
Auskünfte der OeNB-Hotlines	Anzahl	38.516	38.829	29.837	↗
Seitenaufrufe auf der OeNB-Website (Durchschnitt pro Tag)	Anzahl	64.595	84.651	90.104	↗
Abonnenten der Newsletter	Anzahl	14.985	17.529	18.948	↗
Pressekonferenzen	Anzahl	23	26	22	→
Presseausendungen	Anzahl	147	158	152	→
Erstellte Wirtschaftsförderungsgutachten	Anzahl	466	456	983	→
Forschungskooperationen mit externen Partnern	Anzahl	44	46	70	→
Publikationen					
OeNB-Publikationen	Anzahl	63	68	70	→
Fachartikel von OeNB-Mitarbeitern	Anzahl	94	178	184	→
Wissenschaftliche und referierte Artikel von OeNB-Mitarbeitern	Anzahl	69	88	99	→
Vertrauen und Image					
Vertrauensindex im 4. Quartal 2009	%	70	67	65	↗
Imageindex im 4. Quartal 2009 (erfolgreich, wenn Wert zwischen 5,50 und 10,00)	Wertebereich	7,0	7,1	7,1	↗

Anmerkung: „–“ steht für „nicht erhoben“.

reich der Kommunikation unter den öffentlichen Institutionen in Österreich.

OeNB engagiert sich für Forschung, Wissenschaft und Kultur

Der im Jahr 1966 gegründete Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft hat seither über 9.000 Forschungsvorhaben mit rund 720 Mio EUR unterstützt. Dieser Fonds fördert schwerpunktmäßig exzellente Grundlagenforschungsprojekte aus den Fachdisziplinen Wirtschaftswissenschaften und medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug, daneben aber auch Projekte aus den Sozial- und Geisteswissenschaften. Im Jahr 2009 bewil-

ligte der Generalrat die Vergabe von rund 8,6 Mio EUR für 136 neue Projekte. Die Vergabe der finanziellen Mittel erfolgt nach einer fundierten Projektauswahl mittels eines Peer-Review-Verfahrens und unterliegt strengen Qualitätskriterien. Überdies wurden seit 2004 346 Mio EUR für die österreichische Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) zur Verfügung gestellt.

Die Sammlung wertvoller alter Streichinstrumente umfasst derzeit 36 Instrumente und zählt zu einer der bedeutendsten Europas. Die Instrumente werden an österreichische Geigenvirtuosen, Orchester und Kammermusikensembles verliehen.

OeNB als ökologisches Unternehmen – Umwelterklärung

Umwelterklärung gemäß EMAS-VO (EG) Nr. 1221/2009

Die OeNB hat sich bereits im Jahr 1999 mit der Teilnahme am europäischen Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS-Verordnung) nachhaltig im Umweltschutz engagiert. Im Jahr 2002 wurde die freiwillige Umsetzung der EMAS-Verordnung auf alle Standorte der OeNB in Österreich erweitert.

Die EMAS-Validierung ist ein anerkanntes Markenzeichen für ein bewusstes Engagement für die Umwelt. EMAS ist ein freiwilliges Instrument zur Förderung nachhaltiger Entwicklungen in der Wirtschaft. Die OeNB dokumentiert damit, dass sie – über die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben hinaus – Anstrengungen zur Verbesserung der betrieblichen Umweltleistungen unternimmt. Im Mittelpunkt des Umweltmanagementsystems steht die Integration der umweltrelevanten Aktivitäten in Abläufe und Organisation der OeNB. Die Einhaltung der Umweltpolitik, der verantwortungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen, mit Menschen und der Umwelt, die Erhöhung der Rechtssicherheit und die verbesserte Betriebsorganisation bilden die Kernpunkte.

Die erfolgreiche Vorreiterrolle der OeNB wurde von der EZB mit der Bezeichnung „eco pioneer“ hervorgehoben und ist auch im österreichischen Finanzwesen anerkannt.

Leistungsfähige Umweltorganisation

Die straffe und transparente Umweltorganisation in der OeNB, die in die Unternehmensorganisation integriert ist, brachte in den vergangenen Jahren wichtige Erfolge in der Umsetzung der OeNB-Umweltpolitik.

Das Umweltmanagement – klare Aufgaben und Kompetenzen

Der EMAS-Management-Vertreter der OeNB legt die Umweltpolitik der OeNB fest und stellt sicher, dass die in der EMAS-Verordnung festgelegten Verpflichtungen (Umweltgesetze, umweltbezogene Zielsetzungen, kontinuierlicher Verbesserungsprozess etc.) eingehalten werden.

Der Umweltbeauftragte ist mit konzeptiven und strategischen Grund-

satzfragen des Umweltschutzes und der praktischen Anwendung des Umweltmanagementsystems beauftragt. Ihm obliegt auch die Freigabe von Umweltdokumenten (z. B. Umwelthanweisungen, Umwelthinformationen). Der Umweltkoordinator ist für die operative Umsetzung der Maßnahmen aus dem Umweltprogramm und für das Umweltcontrolling zuständig. Die Umweltcontroller der Fachabteilungen und Zweiganstalten wirken bei der Umsetzung des Umweltprogramms und der kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistungen mit. Sie sind in ihrer Abteilung Ansprechpartner, motivieren zu umweltbewusstem Handeln und stellen abteilungsspezifische Informationen für das Umweltteam bereit. Die

Umweltmanagement
eingebunden in
Unternehmens-
organisation

Kasten 10

Die Umweltpolitik der OeNB

Stabilität, Sicherheit und Vertrauen sind für die OeNB Leitwerte gesellschaftlicher Verantwortung und Ausdruck einer an Nachhaltigkeit orientierten Unternehmensführung. Sie gelten gleichermaßen für das Kerngeschäft der OeNB wie für ihr Engagement für Mensch und Umwelt. Im Umweltschutz zählt die OeNB zu den Vorreitern unter den österreichischen Unternehmen und strebt stetig nach weiterer Verbesserung ihrer Umweltleistungen. Dabei orientiert sie sich über die Einhaltung aller Umweltvorschriften hinaus an den Prinzipien der EMAS-Verordnung.

Sorgsamer Umgang mit Ressourcen

Ziel ist es, negative Umweltauswirkungen unter Beachtung ökonomischer Grundsätze weitgehend zu minimieren. Unnötiger Ressourcen- und Energieverbrauch wird vermieden.

Ökologischer Einkauf

Beim Einkauf von Produkten und Dienstleistungen werden ökologische Kriterien berücksichtigt, insbesondere in Ausschreibungen. Bei ausgewählten Produkten wird auch auf die stoffliche Zusammensetzung und den Lebenszyklus geachtet.

Umweltbewusstes Handeln der Mitarbeiter

Bei allen Mitarbeitern wird umweltbewusstes Denken und Handeln gefördert. Zur Erreichung und Aufrechterhaltung dieses Anspruchs stehen für sie entsprechende Informations- und Weiterbildungsangebote zur Verfügung.

Forschung und Kooperation mit Partnern

Zur Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen kooperiert die OeNB mit Partnern und Akteuren der Zivilgesellschaft. Weiters setzt sie über den unmittelbaren Wirkungsbereich hinaus Impulse und engagiert sich für eine lebenswerte Umwelt. Dazu zählen auch Forschungsprojekte.

Informationspolitik

Die OeNB betreibt gegenüber der Öffentlichkeit eine offene und verantwortungsbewusste Informationspolitik.

Klimawandel

Die OeNB anerkennt die Risiken des Klimawandels als zentrale Herausforderung unserer Zeit. Daher strebt sie langfristig CO₂-Neutralität für alle Aktivitäten der OeNB an.

Umweltauditoren sind einschlägig geschulte OeNB-Mitarbeiter, die Umweltaudits in der OeNB durchführen. Die Umweltexperten unterstützen das Umweltteam fachspezifisch in den Bereichen Abfall, Energie- und Wassermanagement (Technisches Controlling) sowie Sicherheit.

Das Umweltteam – ein leistungsfähiges Netzwerk

Die Mitglieder des Umweltteams treffen sich monatlich zum Umwelt-Jour fixe und stimmen sich über Telefonkonferenzen mit den Umweltcontrollern in den Bundesländern ab. Der Umwelt-Jour fixe kristallisierte sich über die Jahre als Triebfeder und Beispiel gelebter Unternehmenskultur heraus: Hier werden aktuelle Informationen transportiert und Mitarbeiter für OeNB-weite Umweltaktionen mobilisiert. Vorträge und Filmvorführungen ermöglichen Weiterbildung, Schulung und Wissensvorsprung. Wesentliche Aspekte sind Kontinuität sowie geplante Vor- und Nachbereitung.

Obwohl die OeNB bereits im zwölften Jahr umweltbewussten Wirtschaftens nach EMAS steht, gibt es weiteres Verbesserungspotenzial. Die Maßnahmen werden in das Umweltprogramm übernommen.

Umweltcontrolling in der OeNB schafft Transparenz

Voraussetzung für die ständige Verbesserung der Umweltkennzahlen ist ein funktionierendes Umweltcontrolling. Dieses stützt sich auf mehrere Aspekte: regelmäßige Erhebung von Input- und Outputdaten sowie Verbrauchswerten, Analysen mithilfe von Zeitreihen und Kennzahlen, Überprüfung der Umweltaspekte und regelmäßige Kontrolle der Umsetzung des Umweltprogramms. Zentrales Informationssystem für das Umweltmanagementsystem und das Umweltcontrolling ist die Öko-Datenbank (EcoControl), auf die jedes Mitglied des Umweltteams Zugriff hat. Umweltinformationen werden darüber hinaus im OeNB-Intranet zur Verfügung gestellt. Auch im Rahmen des innerbetrieblichen Vorschlagswesens bringen Mitarbeiter Ideen für Verbesserungen ein – etwa ein Viertel aller Verbesserungsvorschläge betrifft umweltrelevante Themen.

Des Weiteren werden im Rahmen einer ausgereiften Energiebuchhaltung die Zählerstandsdaten automatisch ausgewertet, sodass die aktuellen Wasser-, Strom- und Wärmeverbrauchswerte laufend für Analysen zur Verfügung stehen.

Daten schaffen Transparenz und machen Verbesserungspotenzial erkennbar

Umweltteam – Herz des Umweltmanagements

Umweltrelevante Kernindikatoren verbessert

Die Bemühungen der OeNB sowie zahlreiche implementierte Maßnahmen führten in den letzten Jahren zu einer deutlichen Verbesserung der umweltrelevanten Kernindikatoren im Unternehmen. Auf die Entwicklung einiger ausgewählter Parameter wird in den folgenden Abschnitten eingegangen.

Energieaufwand rückläufig

Während der Stromverbrauch in Österreich kontinuierlich steigt, sank er in

der OeNB dank umfangreicher Einzelmaßnahmen von 7,05 Mio kWh (2006) auf 6,9 Mio kWh im Jahr 2009. Am meisten Strom verbrauchen Lüftungsanlagen, das Rechenzentrum und Kälteanlagen. Seit 1. Jänner 2010 bezieht die OeNB zertifizierten Strom aus ausschließlich erneuerbaren Quellen (Wind, Sonne, Biomasse, Kleinwasserkraft).

Der Energiebedarf für Heizung und Warmwasser pendelte sich in den Jahren 2008 und 2009 auf 3,5 Mio kWh ein

Wärmeaufwand auf Niedrigenergiehaus-Standard

Stromverbrauch sinkt – Umstellung auf Ökostrom Anfang 2010

Tabelle 6

Ökologische Kennzahlen der OeNB

	Standort	2007	2008	2009	Einheit ¹	Richtwerte ²		
						+	~	-
Energie								
Stromverbrauch	Wien	7,69	7,46	7,65	MWh/MA	< 4,5	6	> 8
Fernwärmeverbrauch	Wien	45	52	52	kWh/m ²	< 110	130	> 150
Wasser								
Wasserverbrauch	Wien	123	113	118	l/MA/Tag	< 60	100	> 120
Material- und Produktverbrauch								
Papierverbrauch, gesamt ³	Alle	85	119	128	kg/MA	< 100	200	> 500
Schreib-/Kopierpapierverbrauch	Alle	8.669	7.752	6.990	Blatt/MA	< 8.000	10.000	> 12.000
Recyclinganteil bei Kopierpapier	Alle	90	90	85	%	> 30%	20%	< 10%
Reinigungsmittelverbrauch ⁴	Wien	14	14	18	g/m ²
CO₂-Emissionen, gesamt								
CO ₂ -Emissionen ⁵	Alle	2,63	2,66	2,66	t/MA	< 2,8	4	> 4,5

Quelle: OeNB.

¹ MA=Mitarbeiter.² Quellen: Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V., Leitfaden der „Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik“ (ÖGUT).³ Wert enthält Einkaufszahlen und somit auch Lagerware. Gesamtverbrauch 2009: 144.700 kg.⁴ Gesamtverbrauch 2009: 1.124 kg.⁵ Betrieb und Dienstreisen; gesamt 2009: 3.014 Tonnen.**Zahlreiche ressourcenfokussierte Maßnahmen umgesetzt**

und liegt mit 52 kWh pro m² und Jahr nahe am Niedrigenergiehaus-Standard.

Die starke Vernetzung von Mitarbeitern der OeNB in internationalen Gremien zieht auch einen beachtlichen Reise- und Transportaufwand nach sich. Der überwiegende Teil der Dienstreisen entfällt auf das Transportmittel Flugzeug. Infolge des gestiegenen Personalstands und der erhöhten Reisefrequenz stieg auch die Anzahl der Flugkilometer im Jahr 2009. Eine ähnliche Entwicklung wurde auch bei anderen Transportmitteln verzeichnet. Mittelfristig wird eine Entlastung durch den verstärkten Einsatz von Telefon- und Videokonferenzen erwartet. Auch für Dienstfahrten mit der Bahn wurden Anreize (etwa Fahrten in der 1. Klasse) geschaffen; Mitarbeiter werden beim Kauf einer Jahreskarte der Wiener Linien von der OeNB finanziell unterstützt.

Um Energie in der OeNB noch umweltbewusster einzusetzen, wurden im Jahr 2009 wirkungsvolle Maßnahmen getroffen.

- Anpassung der Zeitschaltprogramme für Beleuchtung und Lüftung an die Nutzerbedürfnisse
- Forcierung einer energie- und ressourcenschonenden Büro-Infrastruktur und
- Einsatz energiesparender Leuchtmittel (LED-Technik, Energiesparlampen) und die Verringerung des Standby-Verbrauchs (durch Anbringen eines Aufklebers „Bildschirm abdrehen nicht vergessen“).

Wasserverbrauch geht zurück

Die OeNB bezieht Wasser über die öffentliche Wasserversorgung der Stadt Wien und aus dem hauseigenen Brun-

Höheres Transportaufkommen**OeNB nutzt eigenen Brunnen für Nutzwasser**

Tabelle 7

Transportleistungen in der OeNB

	2007	2008	2009
Flug-Dienstreisen, in km	2.830.233	2.840.988	3.068.390
PKW-Dienstreisen, in km	679.871	702.866	745.180
Bahn-Dienstreisen, in km	149.400	144.600	151.800
Diesel für Transporte, in Liter	18.565	20.153	18.478

Quelle: OeNB.

nen. Letzteres wird für nicht-trinkwasserrelevante Nutzung (WC-Spülung, Reinigung und Gartenbewässerung) verwendet, qualitativ wertvolles Hochquellwasser wird also eingespart. Der Wasserverbrauch sank von 2007 bis 2009 von 27,7 Mio Liter auf 26,4 Mio Liter, nicht zuletzt durch die Installation von Spartasten im Sanitärbereich.

Sehr umweltorientierter Material- und Produkteinsatz

Ein wesentliches Potenzial für umweltbewusstes Wirtschaften liegt im Beschaffungswesen. Durch gezielte Nach-

frage und Auswahl ökologisch und sozial verträglicher Produkte nimmt die OeNB Einfluss auf die Lieferkette (Supply-Chain-Management). In den Produktausschreibungen werden ökologische Kriterien wie Umweltzeichen, Umweltmanagementsysteme, fairer Handel sowie Regionalität verlangt und bewertet.

Der Papierverbrauch hat sich in der OeNB in den letzten Jahren stark verringert. Dies gelang durch konsequente Information und Bewusstseinsbildung bei den Mitarbeitern, etwa für doppelseitiges Drucken und Kopieren, und

Gezielte ökologische Beschaffung

Papierverbrauch stark rückläufig

Tabelle 8

Abfallaufkommen der OeNB

	Schlüsselnummer	2007	2008	2009
in kg				
Nicht gefährliche Abfälle		56.240	53.360	52.810
Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall	91101	56.000	53.000	52.500
Elektronikschrott	35201	240	360	310
Gefährliche Abfälle		14.783	7.590	1.710
Bleiakkumulatoren ¹	35322	11.695	880	226
Ölabscheider-Inhalte ²	54702	0	3.680	0
Batterien, unsortiert	35338	360	150	0
Offsetplatten Excel	35103	710	680	140
Altmedikamente	53510	35	30	28
Altlacke, Altfarben ³	55502	193	118	256
Entwickler	52723	804	686	483
Laugengemische	52402	470	750	0
Säuregemisch ⁴	52102	255	0	0
Kühlschränke	35205	60	210	90
Bildschirme	35212	150	380	390
Washbenzin flüssig	55326	26	26	97
Fixierer ⁵	52707	25	0	0
Altstoffe		133.775	150.700	123.780
Altpapier ⁶	18718	113.040	132.160	103.020
Datenträger	57119	970	1.150	1.060
Styropor-EPS	57108	85	100	..
Biogene Abfälle	91104	7.500	8.000	7.800
Weißglas	31468	2.700	2.800	2.500
Buntglas	31469	2.700	2.800	2.600
Kunststoff	57118	2.600	2.500	2.400
Altmetalle	35105	4.180	1.190	4.400
Gesamtsumme		204.798	211.650	178.300

Quelle: OeNB.

¹ 2007 wurde der komplette Akkusatz für die USV-Anlage getauscht (USV=unterbrechungsfreie Stromversorgung).

² Ölabscheider-Entsorgung (Garage/Ladezone) fällt an, wenn Gebinde voll ist.

³ Der komplette Bestand wurde wegen Auflösung des Offset-Drucks entsorgt.

⁴ In den Jahren 2008 und 2009 fiel keine Entsorgung an.

⁵ Das derzeitige Drucksystem erfordert keinen Fixierer.

⁶ Der erhöhte Altpapieranteil im Jahr 2008 wurde durch die Änderung des OeNB-Logos verursacht.

Hälfte der Mitarbeiter nutzt öffentliche Verkehrsmittel

durch Einführung der elektronischen Aktenverwaltung. In der OeNB wird ausschließlich Recycling-Papier bzw. Papier aus umweltzertifizierter Produktion verwendet.

Die für die OeNB tätige Reinigungsfirma ist EMAS-zertifiziert und setzt ausschließlich umweltverträgliche Produkte im erforderlichen Umfang ein.

In der OeNB werden seit vielen Jahren nach Verfügbarkeit auch wiederaufbereitete (Rebuilt)-Druckertoner eingesetzt. Dadurch werden Kosten gespart und Abfall vermieden.

Hohes gesellschaftliches Engagement für lebenswerte Umwelt

Weniger Abfallaufkommen

Im Jahr 2009 fielen in der OeNB Abfälle im Umfang von 178 Tonnen an, um 33 Tonnen weniger als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte sind Altstoffe wie Altpapier, biogene Abfälle, Kunststoffe, Glas und Metalle, die wiederverwertet werden. Zur sachgerechten Abfallsammlung und Entsorgung werden getrennte Behälter verwendet und CD-Entsorgungsbehälter aufgestellt. Die in geringen Mengen anfallenden gefährlichen Abfälle und Chemikalien werden von befugten Entsorgungsfirmen übernommen. Im Jahr 2009 stellte das Web- und Druckservice der OeNB von Offset- auf Digitaldruck um. Damit kam es zu einem deutlichen Wegfall von Chemikalien und Druckplatten (siehe auch Tabelle 8).

Verbesserungsbedarf bei einzelnen Umweltaspekten

Was trägt die OeNB noch zu besserer Umwelt bei?

Die OeNB-Mitarbeiter legen die Wegstrecke von und zur Arbeit zu mehr als 50% mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Diese Information stammt aus einer im Rahmen der Aktion “Autofreier Tag” durchgeführten Befragung. Für das Jahr 2010 ist ein neues Mobilitätskonzept geplant, im Zuge dessen weitere Möglichkeiten einer noch umweltfreundlicheren Gestaltung der Arbeitswege und Dienstreisen erarbeitet werden sollen.

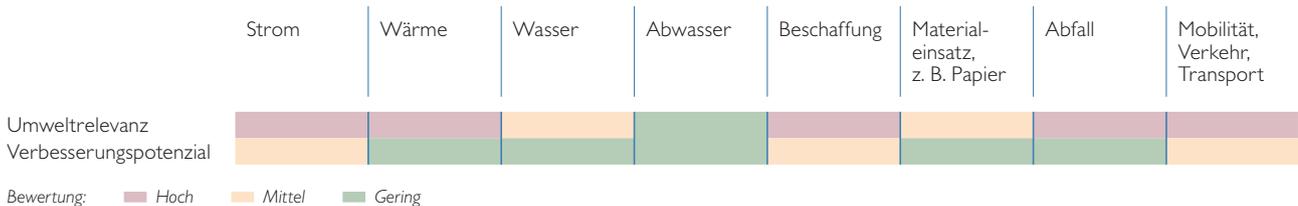
In einer bereits seit drei Jahren bestehenden Kooperation mit dem WWF werden Projekte unterstützt, die den Hochwasserschutzrückbau fördern und somit in renaturierten Gebieten der Tier- und Pflanzenwelt zur Rückkehr in verlorene Areale und zu neuem Lebensraum verhelfen. Die Kooperation wird 2010 fortgesetzt.

Die OeNB erfasst und bewertet regelmäßig die direkten und indirekten Umweltaspekte, die bedeutende Umweltauswirkungen haben können. Bei der Bewertung werden unter anderem das Umweltgefährdungspotenzial, die Relevanz für Interessensgruppen und gesetzliche Vorschriften berücksichtigt.

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die relevanten direkten und indirekten Umweltaspekte mit einer Bewertung der Umweltrelevanz und des jeweiligen Verbesserungspotenzials für das Unter-

Tabelle 9

Bewertung der Umweltaspekte in der OeNB



Quelle: OeNB.

nehmen OeNB. Bei den indirekten Umweltaspekten hat die ökologische Beschaffung, also die Umwelleistung und das Verhalten von Auftragnehmern und Lieferanten die größte Bedeutung.

Insgesamt zeigt sich, dass in einigen Bereichen schon sehr viel erreicht wurde, in anderen noch weitere Maßnahmen erforderlich sind, um durchgängig „grünes Licht“ geben zu können.

Umwelleistungen im Jahr 2009 und Umweltprogramm 2010

Tabelle 10

	Verantwortlich	Termin	Status
Weitere Ökologisierung der Beschaffung			
Ausrichtung der Stromlieferung nach Klimaschutzziele, Prüfung der Möglichkeiten	Fachabteilung	2009	Umgesetzt
Einführung des „Österreichischen Umweltzeichens für schadstoffarme Druckerzeugnisse“ in der Hausdruckerei	Fachabteilung, Umweltteam	2010	In Umsetzung
Relaunch eProcurement – Überarbeitung der Kennzeichnung ökologischer Artikel im Einkaufskatalog mit dem Ziel, vermehrt ökologische Alternativen anzubieten (Steigerung um 10%) und Darstellung ökologischer Varianten	Fachabteilung, Umweltteam	2010	In Vorbereitung
Beteiligung an Ausschreibungen unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien für Papier	Fachabteilung	2009	Umgesetzt
Drucker und PCs	Umweltteam	2010	In Vorbereitung
Ökologisch sinnvolle Verwertung von nicht mehr benötigtem Büromaterial	Fachabteilung	2009	Umgesetzt
Weitere ökologische Ausrichtung von Druckprozessen in der Hausdruckerei (neue Druckmaschine, Umstellung von Offset- auf Digitaldruck, Reduktion der Chemikalien, On-Demand-Druck)	Fachabteilung	2009	Umgesetzt
Sorgsamer Umgang mit Ressourcen			
Projekt „Publikationen in der OeNB“ zur Einsparung von Druck und Papier	Organisationsabteilung	2010	In Vorbereitung
Sicherheitsbeleuchtung OeNB I und Bürogebäude Nord, Testeinsatz von LED	Fachabteilung	2010	In Umsetzung
Facility-Management-System „NEU“ liefert die Basisdaten für die Input/Output-Bilanz	Fachabteilung	2010	In Umsetzung
Stärkung des Umweltbewusstseins/Schulungen			
Besuch einer österreichischen, im Umweltschutz als vorbildlich geltenden Druckerei	Fachabteilung, Umweltteam	2009	Umgesetzt
Überarbeitung des Info-Folders „Unser Engagement im Umweltschutz“	Umweltteam	2009	Umgesetzt
Beschilderung von Sitzungszimmern mit dem Hinweis „Licht abdrehen, Lüftung und Elektrogeräte rückstellen“	Fachabteilung	2009	Umgesetzt
Relaunch der Öko-Datenbank fördert Akzeptanz und unterstützt bei internen Audits	Umweltteam	2010	In Umsetzung
Autofreier Tag: Motivierung der Mitarbeiter, vermehrt öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen	Umweltteam	2010	In Vorbereitung
Tag der Sonne: Information über Nutzung alternativer Energie	Umweltteam	2010	In Vorbereitung
Verringerung der Emissionen			
Mobilitätskonzept, Verkehrsmittel-Studie für Dienstreisen	Umweltteam	2010	In Umsetzung
Erweiterung der konzernweiten Umweltaktivitäten			
Durchführung von Umwelt-Audits bei Lieferanten, insbesondere Tochtergesellschaften	Umweltteam	2010	In Vorbereitung
Entwicklung eines Green IT-Konzepts			
Lebenszyklus-Betrachtung des Energie- und Ressourcenverbrauchs der IT-Geräte (Server, PCs, Drucker etc.)	Fachabteilung, Umweltteam	2010	In Vorbereitung
Informationsveranstaltung zum Thema Green IT und Lebenszyklusdenken (ECO Design)	Umweltteam	2010	In Vorbereitung
Projekt „Optimierung Office Infrastruktur“ inkl. Optimierung von Geräten, gezieltem Einsatz von Geräten, hausweiter Befragung	Organisationsabteilung	2009	Umgesetzt
Info-Kampagne „Bildschirm abdrehen nicht vergessen“ – Reduktion des Standby-Verbrauchs	Umweltteam	2009	Umgesetzt
Reduktion des Standby-Verbrauchs durch schaltbare Steckdosenleisten – Prüfung durchgeführt, hausweites System zentral abgeschalteter Steckdosen eingeführt	Fachabteilung	2009	Umgesetzt
Mitarbeiterinformation zur Reduktion des Stromverbrauchs im Standby-Modus	Umweltteam	2009	Umgesetzt
Abfalltrennung			
Entsorgungsmöglichkeit für Aludosen bzw. Initiative zur Minimierung des Alu-Dosen-Abfalls	Fachabteilung, Umweltteam	2010	In Vorbereitung

Quelle: OeNB.

Gültigkeitserklärung und Prüfbescheinigung



Der hier vorliegende Nachhaltigkeitsbericht
(bestehend aus Geschäftsbericht, Wissensbilanz und Umwelterklärung) der

Oesterreichischen Nationalbank

wurde – im Rahmen einer Begutachtung nach der EMAS-VO – von der

Quality Austria Trainings, Zertifizierungs und Begutachtungs GmbH
Gonzagagasse 1/24, 1010 Wien, Österreich
AT-V-004

als unabhängiger Gutachterorganisation geprüft.

Der leitende Gutachter bestätigt hiermit, dass die Umweltpolitik, das Umweltprogramm, das Umweltmanagementsystem, die Umweltprüfung, das Umweltbetriebsprüfungsverfahren und der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens mit der EMAS-Verordnung (EG) Nr.1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Nov 2009 (EMAS-VO) übereinstimmen, und erklärt die relevanten Inhalte für die Umwelterklärung nach Anhang IV Abschnitt B, Buchstaben a bis h für gültig.

Weiters bestätigt Quality Austria, dass der Bericht nach den Vorgaben der Sustainability Reporting Guidelines 2006 G3 der Global Reporting Initiative (GRI) aufgebaut ist, die Inhalte und Daten den in der Organisation eingesehenen Aufzeichnungen entsprechen und die Angaben im GRI-Index, der auf www.oenb.at nachzulesen ist, richtig sind, sodass die Selbsteinstufung in die Anwendungsebene B+ bestätigt werden kann.

Wien, im März 2010

Konrad Scheiber
Geschäftsführer,
Quality Austria

Mag. Martin Nohava
Leitender Gutachter

Dr. Martina Göd
Gutachterin

Die nächste vereinfachte Umwelterklärung wird im Mai 2011 in Form eines Nachhaltigkeitsberichtes publiziert.

Jahresabschluss 2009
der Oesterreichischen Nationalbank



Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

	31. Dezember 2009 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2008 <i>in EUR</i>
1 Gold und Goldforderungen	6.898.736.647,07	5.595.186.740,59
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	5.597.138.934,05	6.342.189.608,24
2.1 Forderungen an den IWF	2.321.992.381,43	486.537.314,85
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	3.275.146.552,62	5.855.652.293,39
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	173.386.148,88	13.285.502.174,28
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	1.596.334.701,39	1.634.340.267,26
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	1.596.334.701,39	1.634.340.267,26
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	20.236.000.000,00	22.532.578.926,01
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	1.680.000.000,00	9.107.000.000,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	18.556.000.000,00	13.408.000.000,00
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	–	17.578.926,01
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	193.213,60	4.400.141.342,24
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	10.011.997.205,51	5.443.030.768,85
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	677.549.594,57	–
7.2 Sonstige Wertpapiere	9.334.447.610,94	5.443.030.768,85
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	427.397.446,51	429.016.902,35
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	18.145.821.159,71	14.838.446.938,19
9.1 Beteiligung an der EZB	111.854.587,70	117.186.925,35
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.118.545.877,01	1.161.289.917,84
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	16.915.420.695,00	13.559.970.095,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
10 Schwebende Verrechnungen	105.810.483,44	103.315.453,96
11 Sonstige Aktiva	8.421.390.913,05	9.206.178.816,89
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	112.089.846,90	139.088.002,73
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	141.920.475,65	143.491.285,23
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	6.529.189.779,49	6.419.247.144,65
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	2.106.511,80	802.976.963,44
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	584.573.890,83	635.788.855,99
11.6 Sonstiges	1.051.510.408,38	1.065.586.564,85
	71.614.206.853,21	83.809.927.938,86

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2009 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2008 <i>in EUR</i>
1 Banknotenumlauf	20.640.089.545,00	20.297.442.750,00
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	15.512.640.647,83	15.642.357.120,43
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	6.041.731.647,83	8.018.007.120,43
2.2 Einlagefazilität	9.470.909.000,00	7.624.350.000,00
2.3 Termineinlagen	–	–
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	–	50.000.000,00
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	×	×
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	65.481.129,17	80.747.304,17
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	61.750.651,79	9.009.060,57
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	3.730.477,38	71.738.243,60
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	6.570.964,83	2.644.174,38
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	76.106,14	63.707,69
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	–	–
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	–	–
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	–	–
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	1.890.151.263,64	197.808.916,00
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	19.583.869.233,17	35.662.180.958,91
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	19.583.869.233,17	35.662.180.958,91
11 Schwebende Verrechnungen	25.326.500,57	31.055.908,36
12 Sonstige Passiva	440.245.562,77	286.947.950,71
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	56.134,97	96.184,93
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	26.358.438,50	87.203.232,95
12.3 Sonstiges	413.830.989,30	199.648.532,83
13 Rückstellungen	3.522.982.866,49	2.939.422.641,87
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	5.756.732.330,54	4.474.167.545,23
15 Kapital und Rücklagen	4.148.605.121,92	4.141.935.883,14
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.136.605.121,92	4.129.935.883,14
16 Bilanzgewinn	21.435.581,14	3.153.077,97
	71.614.206.853,21	83.809.927.938,86

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009

	Geschäftsjahr 2009 <i>in EUR</i>	Geschäftsjahr 2008 <i>in EUR</i>
1.1 Zinserträge	1.177.859.436,16	2.153.886.674,96
1.2 Zinsaufwendungen	-551.958.570,23	-1.338.075.786,78
1 Nettozinsergebnis	625.900.865,93	815.810.888,18
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	360.938.334,59	153.924.277,95
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-34.387.572,03	-624.694.142,18
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken	-549.894.072,50	-165.908.637,60
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-223.343.309,94	-636.678.501,83
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	5.812.449,66	5.350.625,97
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-4.997.524,43	-3.528.815,21
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	814.925,23	1.821.810,76
4 Erträge aus Beteiligungen	67.240.381,56	90.725.900,32
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	74.578.618,09	2.188.422,71
6 Sonstige Erträge	16.077.283,23	20.674.508,80
Nettoerträge insgesamt	561.268.764,10	294.543.028,94
7 Personalaufwendungen	-119.261.650,29	-112.693.573,73
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-4.088.741,27	-3.295.508,40
9 Sachaufwendungen	-82.654.150,02	-82.293.823,40
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-11.750.819,01	-12.723.721,97
11 Aufwendungen für Banknoten	-25.205.406,00	-15.634.152,00
12 Sonstige Aufwendungen	-743.832,44	-21.189.983,24
Aufwendungen insgesamt	-243.704.599,03	-247.830.762,74
	317.564.165,07	46.712.266,20
13 Körperschaftsteuer	-79.391.041,27	-11.678.066,55
	238.173.123,80	35.034.199,65
14 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	-216.737.542,66	-31.881.121,68
15 Bilanzgewinn	21.435.581,14	3.153.077,97

Anhang zum Jahresabschluss 2009

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 108/2007¹ unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) gemäß Artikel 26.4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 10. November 2006² beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen. Die für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 und 69 sowie § 72 Abs. 1 NBG sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Mit dem Rechnungslegungsänderungsgesetz (ReLÄG) 2004 wurde für die OeNB eine Regelung im § 68 Abs. 3 NBG hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 243 Abs. 2 letzter Satz sowie Abs. 3 Z 2 und 5 Unternehmensgesetzbuch (UGB) geschaffen.

Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß §§ 244 ff. UGB ist aufgrund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG nicht gegeben.

Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Auf Basis der genannten Leitlinie (EZB/2009/18 vom 17. Juli 2009, die mit 1. Juli 2009 in Kraft getreten ist) wurde der Aktivposten 7 *Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet* in den Aktivposten 7.1 *Wertpapiere für geldpolitische Zwecke* und den Aktivposten 7.2 *Sonstige Wertpapiere* geteilt.

Im Jahresabschluss 2009 wurde der GuV-Posten 2.3 in *Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken* umbenannt. Die Zuführung zur bzw. Auflösung der *Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems* wird seit dem Jahresabschluss 2009 im GuV-Posten 5 *Nettoergebnis aus monetären Einkünften* erfasst (davor im GuV-Posten 2.3). Weiters wurden als GuV-Posten 8 die *Aufwendungen für Altersvorsorgen* eingefügt und die Nummerierung aller folgenden GuV-Posten entsprechend geändert.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, sind gemeinschafts-

¹ Im Zusammenhang mit der Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich wurde das NBG mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2008 geändert.

² Beschluss des EZB-Rats vom 10. November 2006 (EZB/2006/16, zuletzt geändert am 14. Dezember 2009, EZB/2009/28).

rechtlich harmonisierte Rechnungslegungsprinzipien und richten sich nach international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Erfassungszeitpunkt

Die Erfassung von Fremdwährungsgeschäften, von in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumenten sowie von damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten hat nach der wirtschaftlichen Betrachtungsweise (am Abschlusstag) zu erfolgen. Ausgenommen davon sind Wertpapiergeschäfte (inklusive Aktieninstrumenten) in Fremdwährung, die weiterhin auf Grundlage des Zahlungszeitpunkts (Erfüllungstags) erfasst werden können. Die damit zusammenhängenden aufgelaufenen Zinsen, einschließlich Aufschlag oder Abschlag, werden taggenau ab dem Kassa-Abrechnungstag erfasst. Die Erfassung von bestimmten auf Euro lautenden Transaktionen, Finanzinstrumenten und damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten kann entweder am Abschlusstag oder am Erfüllungstag durchgeführt werden.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Euro-Kurs erfasst.

Bewertungsansatz

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung her-

anzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte.³ Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip des Arbitrage-Pricing bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in jene Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), zu denen sie auf internationalen Märkten gehandelt werden.

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung von Fremdwährungen werden sämtliche Bestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Für im Rahmen der Eigenmittelveranlagung als *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gehaltene Devisen ist eine eigene Währungsposition zu führen. In Fremdwährung denominierte Aktieninstrumente, die im *Sonstigen Finanzanlagevermögen* auszuweisen sind, sind ebenso in einer separaten Währungsposition zu führen.

Bei Wertpapieranlagen, Aktienfonds und sonstigen Fondsanteilen erfolgt die Neubewertung jeweils pro Wertpapierkennnummer.

Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden oder nicht marktfähig sind, sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu bilanzieren und unterliegen der Überprüfung auf Wertminderung.

Der Fondspreis für Master-Kapitalanlagegesellschaften (Master-KAGs) wird täglich von der jeweiligen Depotbank mithilfe marktüblicher Informa-

³ Da im Eurosystem-Bilanzschema keine außerbilanziellen Posten enthalten sind, werden solche Positionen als in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten geführt und dargestellt.

tionssysteme auf Basis der in den Subfonds enthaltenen Vermögensgegenstände ermittelt.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert jeder Gesellschaft.

Erfolgsermittlung

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutatischen Beständen nach der Tagesnetto-durchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der jährlichen Neubewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wert-

papieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Synthetische Instrumente dürfen abweichend von den allgemeinen Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätzen behandelt werden. Dabei dürfen jene Ergebnisse saldiert werden, die aus der Neubewertung der einzelnen Teile, die das synthetische Instrument bilden, stammen.

Wertpapiere für geldpolitische Zwecke

Gemäß den Beschlüssen des EZB-Rats vom 7. Mai 2009 und vom 4. Juni 2009 werden durch die EZB und die nationalen Zentralbanken des Eurosystems Euro-Pfandbriefe („covered bonds“), die im Eurosystem emittiert wurden, im Gesamtausmaß von 60 Mrd EUR bis Ende Juni 2010 angekauft. Diese Wertpapiere werden mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert und unterliegen der Überprüfung auf Wertminderung.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden grundsätzlich, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen (Tabelle 1):

Tabelle 1

Vermögensgegenstand	Abschreibungsdauer
EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge	4 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung	10 Jahre
Gebäude	25 Jahre
Sachanlagen im Wert von unter 10.000,- EUR exklusive Umsatzsteuer (geringwertige Vermögensgegenstände)	Abschreibung im Anschaffungsjahr

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

Tabelle 2

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) in Tsd EUR	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) in Tsd EUR	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) in Tsd EUR	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten) in Tsd EUR
Gold	–	–	–	+1.303,550
Fremdwährungen				
Eigenbestand	218.030	2.107	9.644	+65.685
Wertpapiere				
Eigenbestand	160.471	23.631	21.831	–129.771
Eigenmittelveranlagung	8.175	–	2.912	–42.725
Beteiligungen der Eigenmittelveranlagung	–	–	–	+53.459
Außerbilanzielle Geschäfte	–	–	–	–1.497
Insgesamt	386.676	25.738	34.387	+1.248.701

Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden

Die Euro-Banknoten werden von der EZB und den nationalen Zentralbanken der 16 Länder des Euroraums, die zusammen das Eurosystem bilden, ausgegeben. Der in der Bilanz der OeNB (und der anderen Zentralbanken des Eurosystems) auszuweisende Euro-Banknotenumlauf wird rechnerisch mit dem dafür vereinbarten Eurosystem-internen Verteilungsschlüssel ermittelt, und zwar jeweils am letzten Geschäftstag jedes Monats.

Vom Gesamtwert der ausgegebenen Banknoten (logistischer Banknotenumlauf) werden 8 % auf die EZB und 92 % auf die Zentralbanken des Eurosystems verteilt, wobei die 92 % je nach den Anteilen der einzelnen nationalen Zentralbanken am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt werden. Der so ermittelte OeNB-Anteil an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Banknoten wird auf der Passivseite der Bi-

lanz im Bilanzposten *Banknotenumlauf* ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem ermittelten OeNB-Anteil und ihrem Anteil am logistischen Banknotenumlauf ergibt eine verzinssliche *Intra-Eurosystem-Forderung* oder *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit*. Überwiegt der logistische Banknotenumlauf, weist die OeNB entsprechende *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* aus; überwiegt der nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelte Wert, ergeben sich entsprechende Nettoforderungen (siehe die Erläuterung zu den Intra-Eurosystem-Salden).

Damit sich mit der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels die Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken im Vorjahresvergleich nicht maßgeblich ändert, gilt für die daraus resultierenden Intra-Eurosystem-Salden in den ersten fünf Jahren nach dem Jahr der Euro-Bargeldeinfüh-

zung⁴ eine Einschleifregelung. Zu diesem Zweck wird die Differenz des durchschnittlichen Banknotenumlaufs im Referenzzeitraum vor der Euro-Bargeldeinführung zum errechneten Durchschnittswert auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels berechnet. Diese Differenz wird mit einem jährlich sinkenden Faktor ausgeglichen, bis ab dem sechsten Jahr nach der Bargeldumstellung der Gewinn aus dem Banknotenumlauf (Seigniorage) nur noch auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels verteilt wird.

Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats steht die Seigniorage der EZB aus ihrem Anteil von 8 % am Euro-Banknotenumlauf den nationalen Zentralbanken des Eurosystems noch im Jahr des Entstehens zu und ist am zweiten Geschäftstag nach Ablauf des jeweiligen Finanzgeschäftsjahres an diese auszusütten. Zur Verteilung kommt der volle Betrag, es sei denn der Nettogewinn der EZB für das jeweilige Geschäftsjahr liegt unter ihrer Seigniorage. Außerdem kann der EZB-Rat beschließen, den Betrag um anteilige Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung zu kürzen oder die EZB-Rückstellung zur Absicherung gegen Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken mit der EZB-Seigniorage (oder einem Teilbetrag) zu dotieren. Der an die OeNB ausgeschüttete Betrag wird im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* ausgewiesen.

Intra-Eurosystem-Salden, die aus der Anwendung des Banknoten-Vertei-

lungsschlüssels resultieren, werden saldiert als *Nettoforderungen* bzw. *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* ausgewiesen.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und besteht in der Anwendung anerkannter Verfahren bzw. wird durch eine laufende Überprüfung gewährleistet. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

Finanzielle Risiken

Zu den finanziellen Risiken zählen das Markt-, das Kredit- und das Liquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem *Rulebook*, das vom OeNB-Direktorium (Direktorium) beschlossen wurde, festgelegt. Dem OeNB-Treasury (Treasury) wird auf Vorschlag des Risikokomitees ein vom Direktorium festgelegtes Risikobudget zugeteilt, das die Risikopräferenz des Direktoriums widerspiegelt. Die ständige Einhaltung des Risikobudgets wird anhand eines anerkannten Risikomesssystems überprüft und durch das Risikokomitee überwacht. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an das Direktorium. Neue Währungen und Veranlagungsarten sind vom Direktorium zu bewilligen. Internationalen Trends folgend wird das finanzielle Risikomonitoring der OeNB gesamthaft durchgeführt.⁵

⁴ Die Slowakei führte das Euro-Bargeld im Jahr 2009 ein.

⁵ Ein diesbezügliches Projekt wurde im April 2008 gestartet und ist planmäßig im Jahr 2009 abgeschlossen worden.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Änderungen der Wechselkurse und der Zinssätze, beeinflusst. Das Direktorium beschließt auf Vorschlag des Risikokomitees ein Risikobudget, das im Anschluss daran vom Investmentkomitee in eine adäquate Veranlagungsstruktur überführt wird. Weiters beschließt das Investmentkomitee eine Benchmark, die u.a. auch die kurzfristigen Marktentwicklungen berücksichtigt. Diese Benchmark wird dem Direktorium berichtet und enthält auch Konzentrationslimite. Das Wechselkursrisiko wird über Limite pro Währung, das Zinsänderungsrisiko über Durationsziele bzw. -grenzen gesteuert. Die Kontrolle der Einhaltung des Risikobudgets erfolgt mit einer VaR-Berechnungsmethode. Die VaR-Berechnung wird mit einem 1-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99,0% durchgeführt.

Die Risikoposition richtet sich nach dem aktuell veranlagten Eigenbestand inklusive Gold und Sonderziehungsrechten sowie der Eigenmittelveranlagung und zweckgewidmeten Veranlagungen.

Zudem sorgt die OeNB auch entsprechend ihrem eingezahlten Kapitalanteil für das Risiko der EZB und des Eurosystems vor. Für die Ermittlung des anteiligen Eurosystemrisikos sowie der übrigen vom Risikobudget nicht erfassten Marktrisiken werden anerkannte Berechnungsmodelle herangezogen.

Das Risiko aus der Immobilienbeteiligung wird mit einem Immobilienindex berechnet.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass Geschäftspartner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht zeitgerecht

oder betraglich nachkommen können, weil sie nicht über ausreichende liquide Mittel verfügen. Aus diesem Grund werden Geschäfte nur mit Partnern ausgewählter Bonitätskategorien und im Rahmen der beschlossenen Limite durchgeführt, wobei in diesem Zusammenhang auf Sicherheit und Liquidität Bedacht genommen wird. Diesen Prinzipien ist die Rentabilität nachgereiht.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko spiegelt das Risiko, das gegenüber Schuldnern existiert, wider. Das Management erfolgt beim Kreditrisiko über ein Limitsystem, bei dem sämtliche Limite und deren Ausnutzung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden die Finanzmärkte laufend beobachtet und entsprechende Expertisen erstellt. Aus Gründen der Berechnungsmethodenkonsistenz insbesondere auch mit jenen der anteiligen EZB-Kreditrisiken wird für das Kreditrisiko im Rahmen der sonstigen zentralbankspezifischen Risiken vorgesorgt.

Sonstige zentralbankspezifische Risiken

Neben den erwähnten Risiken unterliegt eine nationale Zentralbank noch anderen spezifischen Risiken, die aus der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags entstehen. Die OeNB ist sich dieser Risiken bewusst, setzt risikoreduzierende Maßnahmen und sorgt für diese Risiken entsprechend vor.

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das Management des operationalen Risikos der OeNB ist im *ORION – Handbuch Risiko- und Krisenmanagement* geregelt und wird dabei nach der Aus-

wirkung einzelner Risikoszenarien auf den Imagewert, die Kosten und mögliche daraus entstehende Verluste bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine halbjährliche Berichterstattung an das Management.

Die mit der Bedeckung des finanziellen Risikos im Zusammenhang stehenden Vorsorgen zu den Bilanzstichtagen 2008 und 2009 sind in Tabelle 3 dargestellt.

IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik definiert die Leitlinien und Vorgaben zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für Entwicklung, Betrieb und Nutzung von IT-Systemen in der OeNB. Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsprozess kommen insbesondere

- dem IT-Sicherheitsforum zur Beratung, Abstimmung und Steuerung der IT-Sicherheit,

- dem IT-Sicherheitsmanager, der die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der zur Entscheidung vorgelegten Maßnahmen und für die Initiierung sowie Durchführung des IT-Sicherheitsprozesses trägt,
- den IT-Sicherheitsexperten, die für die Erarbeitung und Umsetzung von IT-Sicherheitsrichtlinien und IT-Spezifikationen verantwortlich sind, und
- den fachlichen Produktverantwortlichen zu.

Im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik erfolgen regelmäßige Tests und Berichterstattungen.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Aufgrund der neuen Bestimmung des § 237 Z 8b UGB ist eine Angabe im Anhang zum Jahresabschluss vorgesehen, wenn Geschäfte mit nahestehen-

Tabelle 3

Finanzielles Risiko und finanzielle Vorsorgen zum 31. Dezember

Finanzielles Risiko	2009		2008		Finanzielle Vorsorgen
	2009	2008	2009	2008	
<i>in Mio EUR</i>					
Risikobudget Treasury	4.282	4.453	1.768	2.129	Neubewertungskonten ¹
			1.290	1.650	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
			1.224	674	Risikorückstellung
Sonstige finanzielle und zentralbankspezifische Risiken ²	799	489	683	323	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
			116	166	Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems
Insgesamt	5.081	4.942	5.081	4.942	
Risiko aus Immobilienbeteiligung	25	59 bis 66	Zur Deckung werden die stillen Reserven in den Liegenschaften der Immobilienbeteiligung herangezogen		

¹ Die Neubewertungskonten für Fremdwährungen werden unter Berücksichtigung des Netting-Verbots herangezogen.

² Darin enthalten sind das Kreditrisiko, anteilige Eurosystemrisiken und sonstige Risiken.

den Unternehmen und Personen („related parties“) für den Jahresabschluss wesentlich sind und unter marktüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden.

Die Republik Österreich gilt aufgrund der Mehrheitsbeteiligung an der OeNB von 70,3 % als „nahestehend“. Gemäß § 69 Abs. 3 NBG ist ein 90-prozentiger Anteil des Bundes am verbleibenden Reingewinn (nach Körper-

schaftsteuer) der OeNB sowie gemäß Beschluss der Generalversammlung zusätzlich eine Dividende bis 10 % des Anteils am Grundkapital vorgesehen.

Sofern von der OeNB im Jahr 2009 Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen durchgeführt wurden, erfolgten diese zu marktüblichen Konditionen.

Kapitalbewegungen

Tabelle 4

Entwicklung im Jahr 2009	31.12.2008 <i>in Tsd EUR</i>	Zunahme <i>in Tsd EUR</i>	Abnahme <i>in Tsd EUR</i>	31.12.2009 <i>in Tsd EUR</i>
I. Eigenkapital im engeren Sinn				
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Gewinnlättingrücklage	2.226	–	–	2.226
	14.226	–	–	14.226
II. Risikovorsorgen für Geschäftsrisiken				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
	1.973.263	–	–	1.973.263
III. Eigenkapital im weiteren Sinn (I. + II.)	1.987.489	–	–	1.987.489
IV. „Ergänzungskapital“ (mit spezieller Zweckwidmung)				
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	622.947	+6.669	–	629.616
	2.154.447	+6.669	–	2.161.116
Gesamteigenkapital (III. + IV.)	4.141.936	+6.669	–	4.148.605

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2009

Tabelle 5

Nettowährungsposition (inklusive Gold)	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	6.898.737	5.595.187	+1.303.550	+23,3
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	5.597.139	6.342.190	-745.051	-11,7
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	173.386	13.285.502	-13.112.116	-98,7
Sonstige Aktiva	148.745	180.649	-31.904	-17,7
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	76	64	+12	+19,5
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	1.890.151	197.809	+1.692.342	+855,5
Sonstige Passiva	983	21.142	-20.159	-95,4
Ausgleichsposten aus Neubewertung ¹	56.920	164.578	-107.658	-65,4
	10.869.877	25.019.935	-14.150.058	-56,6
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	-104.124	-13.320.415	+13.216.291	+99,2
Insgesamt	10.765.753	11.699.520	-933.767	-8,0

¹ Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren und Derivaten in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR
31.12.2009	6.898.737
31.12.2008	5.595.187
Veränderung	+1.303.550 (+23,3%)

Der Goldbestand beläuft sich per 31. Dezember 2009 auf 9.002.105,635 Unzen Feingold (ozf) oder 279.996,81888 Kilogramm Feingold (kgf). Auf Basis des Bewertungspreises von 766,347 EUR/ozf (d.s. 24.638,63 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 6.898.737 Tsd EUR.

Aus der Bewertung zum 31. Dezember 2009 resultierten buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 1.303.550 Tsd EUR.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR
31.12.2009	5.597.139
31.12.2008	6.342.190
Veränderung	-745.051 (-11,7%)

Der Aktivposten 2.1 *Forderungen an den IWF* ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat durch Ziehungen zugunsten von Mitgliedstaaten sowie durch Kontodotationen um insgesamt 158.426 Tsd EUR zugenommen. Weiters haben sich die Bewertung der Gesamtquote und die Effekte aus per saldo realisierten Kursverlusten und Buchwertangleichungen (-9.330 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalen-

derjahr – in gleicher Höhe wie der Zinssatz der Sonderziehungsrechte (SZR) – zwischen 0,23% und 0,83% p.a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*⁶ stehen zum 31. Dezember 2009 mit 1.750,5 Mio SZR zu Buche. Die im Jahr 2009 eingetretene Zunahme um per saldo 1.686,5 Mio EUR ist auf die am 28. August 2009 und am 9. September 2009 durch den IWF erfolgten unentgeltlichen SZR-Zuteilungen über insgesamt 1.557,3 Mio SZR (Gegenwert: 1.700,7 Mio EUR) zurückzuführen. Die Remuneration der Beteiligung am IWF, Zinsabrechnungen, Verkäufe und Bewertungsdifferenzen haben sich mit –14.274 Tsd EUR ausgewirkt.

Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand

das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 1.736,3 Mio SZR beläuft. Hinsichtlich dieser Verpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

Unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* ist die Beitragsleistung der OeNB zur Emergency Assistance for Natural Disasters (EAND) erfasst.

Der Aktivposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 7 ersichtlich.

Im Jahr 2009 wurden außerdem zwischen der EZB und der OeNB Geschäfte zur Liquiditätsbereitstellung in Form von US-Dollar-Swaps (insgesamt 41,3 Mrd USD) und Schweizer Franken-Swaps (insgesamt 339,2 Mrd CHF) abgeschlossen. Infolge dieser Geschäfte wurden die Fremdwährungen an inlän-

Tabelle 6

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 1.872,3 Mio SZR ¹	2.038.186	2.068.517	–30.331	–1,5
<i>abzüglich:</i>				
Nicht abberufener Teil der Quote	1.629.443	1.808.870	–179.427	–9,9
Forderung aus der Beteiligung am IWF	408.743	259.647	+149.096	+57,4
SZR im Rahmen des IWF	1.905.629	219.157	+1.686.472	+769,5
Sonstige Forderungen gegen den IWF	7.620	7.734	–114	–1,5
Insgesamt	2.321.992	486.538	+1.835.454	+377,2

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Tabelle 7

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	365.083	1.208.018	–842.935	–69,8
Wertpapiere	2.910.064	4.642.701	–1.732.637	–37,3
Sonstige Forderungen	–	4.933	–4.933	–100,0
Insgesamt	3.275.147	5.855.652	–2.580.505	–44,1

⁶ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiva einzustellen.

dische Geschäftsbanken gegen Euro verkauft und nach der Laufzeit zurückgekauft, sodass die noch offenen Transaktionen nicht in diesem Bilanzposten aufscheinen (siehe auch die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten*). Zum 31. Dezember 2009 waren derartige Geschäfte zwischen der EZB und der OeNB in Höhe von 150 Mio USD und 685,9 Mio CHF ausständig.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die *Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet* sind in Tabelle 8 enthalten.

In den *Guthaben bei Banken* sind mit 104.123 Tsd EUR (31. Dezember 2008: 13.111.098 Tsd EUR) Festgeldanlagen enthalten, die aus Liquidität zuführenden Geschäften in US-Dollar an inländische Banken (gegen Hinterlegung von Sicherheiten) in Höhe von 150 Mio USD (31. Dezember 2008: 18.247 Mio USD) als Folge einer Sonderfinanzierungsfazilität (Euro/US-Dollar-Swaps) zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York resultieren. Diese Sonderfinanzierungsfazilität ist am 1. Februar 2010 ausgelaufen.

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Die Zusammensetzung des Bilanzpostens 4.1 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite* zu den Bilanzstichtagen 2008 und 2009 ist in Tabelle 9 dargestellt.

Die Veränderung der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, resultiert im Wesentlichen aus Umschichtungen bereits bestehender Wertpapierportfolios zum weiteren Aufbau derartiger Bestände.

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt (Tabelle 10).

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die wöchentlich stattfindenden Liquidität zuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Rahmen von Standardtendern (Zins- oder Mengentender) mit einer Laufzeit von einer Woche durchgeführt. Laut Be-

Tabelle 8

	31.12.2009 in Tsd EUR	31.12.2008 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	104.136	13.111.186	-13.007.050	-99,2
Wertpapiere	69.250	174.316	-105.066	-60,3
Insgesamt	173.386	13.285.502	-13.112.116	-98,7

Tabelle 9

	31.12.2009 in Tsd EUR	31.12.2008 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	530.052	931.581	-401.529	-43,1
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	1.060.299	699.287	+361.012	+51,6
Sonstige Veranlagungen	5.984	3.472	+2.512	+72,3
Insgesamt	1.596.335	1.634.340	-38.005	-2,3

Tabelle 10

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	1.680.000	9.107.000	-7.427.000	-81,6
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	18.556.000	13.408.000	+5.148.000	+38,4
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	–	17.579	-17.579	-100,0
Insgesamt	20.236.000	22.532.579	-2.296.579	-10,2

schluss des EZB-Rats vom 5. März 2009 werden bis auf weiteres alle Hauptrefinanzierungsgeschäfte als Mengentender mit vollständiger Zuteilung durchgeführt. Der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte betrug zum 31. Dezember 2009 1,0 % p. a.

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte sind Liquidität zuführende befristete Transaktionen. Am 5. März 2009 beschloss der EZB-Rat (mit Wirksamkeit vom 8. April 2009), weiterhin alle Refinanzierungsgeschäfte mit Sonderlaufzeiten sowie alle zusätzlichen und regelmäßigen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte so lange wie nötig, aber in jedem Fall über das Jahresende 2009 hinaus als Mengentender mit vollständiger Zuteilung durchzuführen. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat am 7. Mai 2009, längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von einem Jahr als Mengentender mit voller Zuteilung durchzuführen. Im Jahr 2009 wurden drei derartige Geschäfte geschlossen.

5.3 Feinsteueringoperationen in Form von befristeten Transaktionen

Im Jahr 2009 wurden keine Feinsteueringoperationen durchgeführt.

5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen

Im Jahr 2009 wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen.

5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität

Die nationalen Kreditinstitute können die *Spitzenrefinanzierungsfazilität* in Anspruch nehmen, um sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazilität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes. Zum 31. Dezember 2009 betrug der Zinssatz 1,75 % p. a.

Die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde im Jahr 2009 mit durchschnittlich 27.568 Tsd EUR (31.12.2008: 11.865 Tsd EUR) in Anspruch genommen.

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2009	193	
31.12.2008	4.400.141	
Veränderung	-4.399.948	(-100%)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren. Die im Bilanzstand per 31. Dezember 2008 ausgewiesene Liquiditätsbereitstellung seitens der OeNB im Ausmaß von 4 Mrd EUR wurde im ersten Quartal 2009 beendet.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2008 und 2009 ist in Tabelle 11 dargestellt.

Um die für geldpolitische Zwecke gehaltenen Wertpapiere separat ausweisen zu können, wurde der Aktivposten *7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet* in die Posten *7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke* und *7.2 Sonstige Wertpapiere* untergliedert. Der erste Posten wurde eingeführt, um das seit Juli 2009 aufgebaute Portfolio von Euro-Pfandbriefen auszuweisen. Der zweite Posten enthält marktgängige und nicht marktgängige Wertpapiere, die nicht für geldpolitische Geschäfte des Eurosystems gehalten werden, sowie marktgängige Aktieninstrumente.

Der Aktivposten 7.1 enthält Wertpapiere, die von der OeNB im Rahmen des Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen gemäß Beschluss des EZB-Rats vom 7. Mai 2009 angekauft wurden (siehe *Wertpapiere für*

geldpolitische Zwecke im Abschnitt Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze).

Die Veränderung der *Sonstigen Wertpapiere* resultiert neben Transaktionen im Wesentlichen aus Umschichtungen im Zusammenhang mit bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapierportfolios.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2009	427.397	
31.12.2008	429.017	
Veränderung	-1.620	(-0,4%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz aus der Einlösungsverpflichtung des Bundes im Zusammenhang mit vor 1989 emittierten Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996. Die Veränderung im Jahr 2009 ist in Tabelle 12 dargestellt.

Tabelle 11

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	677.550	–	+677.550	x
7.2 Sonstige Wertpapiere	9.334.447	5.443.031	+3.891.416	+71,5
davon:				
Wertpapiere	6.642.323	4.077.843	+2.564.480	+62,9
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	2.692.124	1.365.188	+1.326.936	+97,2
Insgesamt	10.011.997	5.443.031	+4.568.966	+83,9

Tabelle 12

	in Tsd EUR
Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an die Münze Österreich AG gegen Verrechnung mit dem Bund	+10.569
Verwertungserlöse	-6.375
Tilgung aus dem Gewinnanteil des Bundes für das Jahr 2008	-5.814
Insgesamt	-1.620

Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Restschuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen. Zum 31. Dezember 2009 beträgt die theoretische Einlösungsverpflichtung des Bundes 1.170,7 Mio EUR.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2009	18.145.821	
31.12.2008	14.838.447	
Veränderung	+3.307.374	(+22,3%)

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind in diesem Posten die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen. Die Zusammensetzung der *Intra-Eurosystem-Forderungen* zu den Bilanzstichtagen 2008 und 2009 kann Tabelle 13 entnommen werden.

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital ist sowohl durch die turnusmäßige Anpassung

der Kapitalanteile⁷ als auch durch den Beitritt der Národná banka Slovenska zum Eurosystem am 1. Jänner 2009 von 2,8924% auf 2,7821% gesunken. Der eingezahlte Kapitalanteil der OeNB reduzierte sich um 4.275 Tsd EUR auf 111.854 Tsd EUR.

Nach Feststellung des EZB-Jahresabschlusses durch den EZB-Rat wurde der OeNB aus der Neuaufteilung der Anteile der nationalen Zentralbanken am EZB-Eigenkapital im März 2009 ein Betrag von 12.654 Tsd EUR überwiesen. Davon wurden 1.058 Tsd EUR für die Ausbuchung der bestehenden Ausgleichszahlung für die Anpassung des EZB-Eigenkapitals aus den Jahren 2004 und 2007 verwendet, der Restbetrag von 11.596 Tsd EUR wurde als Ertrag im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* erfasst.

Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

In diesem Posten weist die OeNB ihre aufgrund der Übertragung von Währungsreserven gegenüber der EZB bestehenden Forderungen aus, und zwar zu dem Euro-Gegenwert, den die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Einbringung bei der EZB hatten.⁸ Auf-

Tabelle 13

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	111.854	117.187	-5.333	-4,6
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.118.546	1.161.290	-42.744	-3,7
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	16.915.421	13.559.970	+3.355.451	+24,7
Insgesamt	18.145.821	14.838.447	+3.307.374	+22,3

⁷ Gemäß Artikel 29.3 der ESZB-Satzung erfolgt die Anpassung der Kapitalanteile alle fünf Jahre.

⁸ Die Forderung aus der Übertragung von Währungsreserven wird mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag von 15%) verzinst.

grund des prozentuell gesunkenen Kapitalanteils der OeNB verringerte sich die Forderung um 42.744 Tsd EUR auf 1.118.546 Tsd EUR. Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

In diesem Posten werden die Forderungen der OeNB gegenüber dem Eurosystem erfasst, die sich aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels ergeben (siehe auch *Banknotenumlauf* und *Intra-Eurosystem-Salden*).

10 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen, die im Folgejahr durch Zahlung ausgeglichen werden.

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 14 dargestellt.

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der OeNB an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, EDV-Hardware, Kraftfahrzeuge), *Mobile Sachwerte* und *Immaterielle Vermögensgegenstände*.

Tabelle 15 zeigt die Entwicklung der *Gebäude und Grundstücke*.

Tabelle 15

in Tsd EUR	
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31.12.2008 ¹	115.908
Zugänge im Jahr 2009	332
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2009	–
Kumulierte Abschreibungen	38.622
Buchwert 31.12.2009	77.618
Buchwert 31.12.2008	81.660
Abschreibungen des Jahres 2009	4.374

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

Tabelle 14

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	112.090	139.088	–26.998	–19,4
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	141.920	143.491	–1.571	–1,1
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	6.529.190	6.419.247	+109.943	+1,7
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	2.107	802.977	–800.870	–99,7
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	584.574	635.789	–51.215	–8,1
11.6 Sonstiges	1.051.510	1.065.587	–14.077	–1,3
Insgesamt	8.421.391	9.206.179	–784.788	–8,5

Die Entwicklung der *Einrichtung und Maschinen* ist in Tabelle 16 dargestellt.

Anschaffungskosten bis 31.12.2008	81.933
Zugänge im Jahr 2009	10.297
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2009 ¹	8.759
Kumulierte Abschreibungen	58.226
Buchwert 31.12.2009	25.245
Buchwert 31.12.2008	22.786
Abschreibungen des Jahres 2009	7.361

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d.s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 477 Tsd EUR.

Die Entwicklung der *Mobilen Sachwerte* (historische Streichinstrumente und Münzsammlung) ist in Tabelle 17 dargestellt.

Anschaffungskosten bis 31.12.2008	34.570
Zugänge im Jahr 2009	27
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2009	–
Kumulierte Abschreibungen	1.600
Zuschreibungen	5.494
Buchwert 31.12.2009	38.491
Buchwert 31.12.2008	38.464
Abschreibungen des Jahres 2009	–

Die Instrumentensammlung besteht zum Bilanzstichtag 2009 unverändert aus 28 Violinen, 5 Violoncelli und 3 Violen. Die Streichinstrumente werden im Rahmen der Kulturförderung an namhafte Musiker verliehen.

	31.12.2009 in Tsd EUR	31.12.2008 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	5.412.332	5.520.157	–107.825	–2,0
Beteiligungen	971.991	901.314	+70.677	+7,8
Sonstige Veranlagungen	225.351	70.035	+155.316	+221,8
Schwebende Verrechnungen	–80.484	–72.259	+8.225	+11,4
Insgesamt	6.529.190	6.419.247	+109.943	+1,7

⁹ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital, die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, die Gewinnglättungsrücklage, das ERP-Sondervermögen sowie die Risikorückstellung.

Tabelle 18 zeigt die Entwicklung der *Immateriellen Vermögensgegenstände* (Nutzungsrecht).

Anschaffungskosten bis 31.12.2008	720
Zugänge im Jahr 2009	–
Abgänge im Jahr 2009	–
Kumulierte Abschreibungen ¹	154
Buchwert 31.12.2009	566
Buchwert 31.12.2008	581
Abschreibungen des Jahres 2009 ¹	15

¹ Die Abschreibung erfolgt auf 46,75 Jahre.

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 19 dargestellt.

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.532.950 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.579.568 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.546.939 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 2.299.814 Tsd EUR.⁹ Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 30.186 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 2.912 Tsd EUR gegenüberstehen.

Von den *Beteiligungen* sind 660.611 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 311.380 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 20.

Substanzwert zum 31.12.2008	901.314
Zugänge im Jahr 2009	19.000
Abgänge im Jahr 2009 (zu Buchwerten)	119
Abschreibungen des Jahres 2009	–
Neubewertung im Jahr 2009	51.796
Substanzwert zum 31.12.2009	971.991

Die *Sonstigen Veranlagungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige und kurzfristige Veranlagungen dar, wovon 109.145 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 76.006 Tsd EUR auf die Veranlagung zur Förderung der FTE-Nationalstiftung, 19.757 Tsd EUR auf die Veranlagung des originären Jubiläumfonds und 20.443 Tsd EUR auf die Eigenmittelveranlagung entfallen.

11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2009	2.107	
31.12.2008	802.977	
Veränderung	–800.870	(–99,7%)

Der zum Bilanzstichtag 2009 ausgewiesene Saldo stammt mit 1.004 Tsd EUR aus Bewertungsgewinnen von Gold-Zinssatzswaps. Weiters beinhaltet dieser Bilanzposten das Ausgleichskonto für außerbilanzmäßige Instrumente im Zusammenhang mit Buchwertangleichungen und Realisaten aus angekauften bzw. verkauften Terminbeständen in Höhe von 1.103 Tsd EUR (–799.373 Tsd EUR gegenüber 31.12.2008).

11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung des Unterpostens kann Tabelle 21 entnommen werden.

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundes-schuld abgeschrieben Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe der auf einem Reservekonto gesammelten Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich Letztere auf 629.617 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich daher am 31. Dezember 2009 auf insgesamt 971.572 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt gemäß § 83 NBG in Form von Buchkrediten.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der OeNB be-

	31.12.2009 in Tsd EUR	31.12.2008 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	739.230	872.212	–132.982	–15,2
Geldmarkt-Veranlagungen bei der OeKB für die Vergabe von ERP-Krediten	232.342	92.690	+139.652	+150,7
ERP-Fonds-Nationalbankblock	971.572	964.902	+6.670	+0,7
Forderung aus KöSt-Vorauszahlung	–	52.640	–52.640	–100,0
Schilling-Scheidemünzen	5.511	7.081	–1.570	–22,2
Gesellschafterdarlehen	48.500	–	+48.500	x
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	7.216	7.415	–199	–2,7
Sonstige Forderungen	18.711	33.549	–14.838	–44,2
Insgesamt	1.051.510	1.065.587	–14.077	–1,3

tragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2009 beinhalten im Wesentlichen geleistete Vorauszahlungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

1 Banknotenumlauf

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2009	20.640.090	
31.12.2008	20.297.443	
Veränderung	+342.647	(+1,7%)

Der in diesem Posten ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der OeNB am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs (Tabelle 22).

Weitere Erläuterungen zum Euro-Banknotenumlauf sind im Abschnitt *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden* angeführt.

Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können Tabelle 23 entnommen werden.

Tabelle 23

	Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs		Veränderung	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
2005	13.618		+1.867	+15,9
2006	15.128		+1.510	+11,1
2007	16.614		+1.486	+9,8
2008	18.458		+1.844	+11,1
2009	19.323		+865	+4,7

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 24 entnommen werden.

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Dieser Posten setzt sich aus den laufenden Konten von Kreditinstituten, die der Verpflichtung der Mindestreservehaltung bei der OeNB unterliegen, zusammen.

Tabelle 22

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	+3.724.669	+6.737.473	-3.012.804	
Anpassungen aus				
Verbindlichkeit aus dem 8-prozentigen EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf	-1.794.841	-1.765.004	-29.837	
Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	+18.710.262	+15.324.974	+3.385.288	
Nettoforderung aus der Anpassung des Euro-Banknotenumlaufs	+16.915.421	+13.559.970	+3.355.451	
Euro-Banknotenumlauf	20.640.090	20.297.443	+342.647	

Tabelle 24

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	6.041.732	8.018.007	-1.976.275	-24,6
2.2 Einlagefazilität	9.470.909	7.624.350	+1.846.559	+24,2
Insgesamt	15.512.641	15.642.357	-129.716	-0,8

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2009 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 2.253.379 Tsd EUR durchgeführt.

2.3 Termineinlagen

Im Jahr 2009 wurden Termineinlagen zwischen 316 Mio EUR und 3.595 Mio EUR bei Zinssätzen zwischen 0,35 % p. a. und 2,50 % p. a. getätigt.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2009	1.890.151	
31.12.2008	197.809	
Veränderung	+1.692.342	(+855,5%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 1.736 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972, 1979 bis 1981 sowie zum 28. August und 9. September 2009. Die Zunahme geht im Wesentlichen auf die SZR-Neuzuteilungen sowie auf die Bewertung zurück.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2009	19.583.869	
31.12.2008	35.662.181	
Veränderung	-16.078.312	(-45,1%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen zwischen der OeNB mit den an TARGET2 teilnehmenden nationalen Zentralbanken und der EZB entstanden ist. Die aus Euro/US-Dollar- und Euro/Schweizer Franken-Swapgeschäften der OeNB mit der EZB resultierenden unverzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber der EZB sind darin ebenfalls erfasst. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo, die Verrechnung aus der anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage und anteilige Aufwendungen im Zusammenhang mit Verlusten aus geldpolitischen Operationen des Eurosystems dargestellt.

Die Verzinsung der *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten* mit der EZB (ohne Berücksichtigung der zuvor genannten Swapgeschäfte) erfolgt auf täglicher Basis mit dem jeweils gültigen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

11 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2009, die im Folgejahr durch Zahlung ausgeglichen werden.

12 Sonstige Passiva

Tabelle 25 zeigt die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva*.

12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im *Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften* werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Nettokursverluste, die gegen die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet wurden, ausgewiesen.

12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 26 dargestellt.

Der *Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die *Abnahme der Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist* ist auf Einlösungen bzw. auf die Präklusion der 20 Schilling-Banknote mit dem Porträt *Carl Ritter von Ghega* zurückzuführen.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2008 gemäß Beschluss der Generalver-

sammlung 2.553 Tsd EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds – unter Berücksichtigung von Veranlagungserträgen für das Jahr 2009 und erfolgter Rückzahlungen – Förderungsmittel von insgesamt 31.741 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2009 wurden davon 12.636 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 19.105 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2009 nicht ausbezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 15.502 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 136 Projekte 8.564 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 719.921 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Für die Förderung der FTE-Nationalstiftung stehen insgesamt 75 Mio EUR zur Verfügung, die am Tag nach der Generalversammlung an die FTE-Nationalstiftung überwiesen werden.

Tabelle 25

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	56	96	-40	-41,7
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	26.358	87.203	-60.845	-69,8
12.3 Sonstiges	413.832	199.649	+214.183	+107,3
Insgesamt	440.246	286.948	+153.298	+53,4

Tabelle 26

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	192.920	28.378	+164.542	+579,8
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	120.369	137.684	-17.315	-12,6
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	19.105	27.643	-8.538	-30,9
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	75.000	1.115	+73.885	n.a.
Sonstiges	6.438	4.829	+1.609	+33,3
Insgesamt	413.832	199.649	+214.183	+107,3

13 Rückstellungen

Tabelle 27

	31.12.2008	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31.12.2009
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Pensionsreserve	1.815.598	-105.581	+132.936	1.842.953
Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	58.456	-2.872	+4.060	59.644
Dienstnehmerjubiläen	11.096	-435	+1.628	12.289
Nicht konsumierte Urlaube	10.451	-190	+586	10.847
Sonstiges	4.329	-589	+1.344	5.084
Gesetzliche Sozialabgaben	92	-92	+102	102
Gehaltsanteile 2008 bzw. 2009	421	-421	+421	421
Rückstellungen				
Finanzielle Risiken	674.033	-	+549.894	1.223.927
Im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems	165.909	-49.894	-	116.015
Unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	186.076	-5.995	-	180.081
Körperschaftsteuer	-	-	+67.390	67.390
Lieferungen und Leistungen	1.136	-1.077	+1.169	1.228
Leistungen von Konzerngesellschaften	6.341	-6.341	+2.536	2.536
Sonstiges	5.485	-5.422	+403	466
Insgesamt	2.939.423	-178.909	+762.469	3.522.983

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren bis 30. April 1998 eingetretenen Dienstnehmern übernommen hat. Zur Deckung ist sie vom Gesetz her verpflichtet, eine *Pensionsreserve* zu bilden. Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die *Pensionsreserve* zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System ein geschlossenes darstellt. Neben der Zuführung gemäß

NBG wurden die aus der Veranlagung der *Pensionsreserve* stammenden Erträge im Zuge des Jahresabschlusses der *Pensionsreserve* zugeführt. Die Pensionsaufwendungen beliefen sich im Jahr 2009 auf 105.572 Tsd EUR (+2,2 %). In den Pensionsaufwendungen sind auch die Bezüge für 14 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in der Höhe von 3.969 Tsd EUR (2008: 14 Personen mit 4.229 Tsd EUR) enthalten.

Für die Ermittlung des Deckungskapitals wurde als Rechnungszinsfuß ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter Realzinssatz¹⁰ von 3,25 % p. a. angewendet sowie die aktuellen Sterbetafeln¹¹ herangezogen. Im Jahresabschluss 2009 wurde das Deckungs-

¹⁰ Der Rechnungszinsfuß wird jährlich evaluiert und errechnet sich aus der erzielten Veranlagungsrendite unter Berücksichtigung der generellen Bezugserhöhungen und der zukünftigen Renditeentwicklungen. Geringfügige Abweichungen in der Zukunft müssen nicht automatisch jährlich zur Änderung des Rechnungszinsfußes führen.

¹¹ AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler.

kapital für die im Aktivstand befindlichen Personen mit dem Teilwert angesetzt. Daraus resultiert eine Reduktion des Deckungskapitals um 136.439 Tsd EUR. Das zum 31. Dezember 2009 ermittelte Deckungskapital beträgt 2.020.936 Tsd EUR. An Deckungsaktiva (inklusive stiller Reserven in Immobilien) stehen zum selben Stichtag 1.987.280 Tsd EUR zur Verfügung.

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50 % p. a. angewendet wird.

Zur Stärkung der Risikotragfähigkeit der OeNB wurden der Rückstellung für finanzielle Risiken (*Risikorückstellung*) im Jahresabschluss 2009 549,9 Mio EUR zugeführt.

Die *Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems* wurde im Jahr 2008 erstmals – für die gemäß Artikel 32.4 der ESZB-Satzung von den Eurosystem-Zentralbanken gemäß ihrem jeweiligen Anteil am EZB-Kapital zu tragenden möglichen Verluste aus geldpolitischen Operationen – in Höhe von insgesamt 5.736 Mio EUR (auf die OeNB entfielen dabei

165,9 Mio EUR) gebildet. Gemäß Beschluss des EZB-Rats vom 4. Februar 2010 wurde die Höhe dieser Rückstellung für das Geschäftsjahr 2009 auf insgesamt 4.011 Mio EUR angepasst. Im Jahresabschluss der OeNB wird die *Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems* dementsprechend mit 116,0 Mio EUR ausgewiesen (–49,9 Mio EUR).

Die Verwendung der *Rückstellung für unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten* ist auf Einlösungen zurückzuführen.

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge (Tabelle 28) stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2009 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden.

Tabelle 28

	31.12.2009 in Tsd EUR	31.12.2008 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Neubewertungskonten				
Gold	4.680.906	3.377.356	+1.303.550	+38,6
Fremdwährungen	223.425	157.740	+65.685	+41,6
Wertpapiere	257.856	394.826	–136.970	–34,7
Beteiligungen	328.371	276.575	+51.796	+18,7
Außerbilanzielle Geschäfte	1.004	2.501	–1.497	–59,9
Insgesamt	5.491.562	4.208.998	+1.282.564	+30,5
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1.1.1999 (Initial Valuation)				
Beteiligungen	265.170	265.170	–	–
Insgesamt	5.756.732	4.474.168	+1.282.564	+28,7

Tabelle 29

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnlättingrücklage	2.226	2.226	–	–
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	–	–
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	–	–
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	629.616	622.947	+6.669	+1,1
Insgesamt	4.136.605	4.129.936	+6.669	+0,2

15 Kapital und Rücklagen

Das (*Grund-*)Kapital der OeNB (Passivposten 15.1) beträgt gemäß § 8 Abs. 1 NBG 12.000 Tsd EUR und ist zu gleichen Teilen in 150.000 auf Namen lautende Aktien zerlegt.

Die Rücklagen werden in Tabelle 29 dargestellt.

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* dient der Abdeckung finanzieller Risiken der OeNB. Detaillierte Angaben darüber sind dem Abschnitt *Risikomanagement* zu entnehmen.

Der Jubiläumsfonds in Höhe von 1,532 Mrd EUR setzt sich aus zwei Teilbereichen zusammen.

Die dem originären Jubiläumsfonds zugeordneten 31,5 Mio EUR sind im April 1966 aus dem Reingewinn des

Geschäftsjahres 1965 mit 7,3 Mio EUR und im Mai 2003 aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2002 mit 24,2 Mio EUR zugeführt worden.

Die für die FTE-Nationalstiftung zweckgebundenen 1,5 Mrd EUR wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545 Mio EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955 Mio EUR) umgewidmet.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen* stellt die über die Jahre kumulierten, der OeNB verbleibenden Zinsüberschüsse aus der Kreditvergabe des Nationalbankblocks dar. Es handelt sich dabei um für einen Sonderzweck – auch völkerrechtlich – gebundenes Eigenkapital, das nicht anderweitig verwendet werden kann.

Tabelle 30

	in Tsd EUR
Verpflichtung zur SZR-Übernahme bis zum insgesamt 3-Fachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung gemäß den IWF-Statuten	3.764.825
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit New Arrangements to Borrow (NAB)	444.149
Nachschussverpflichtung auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der BIZ, Basel	34.960
Ankäufe auf Termin (Swaps in Euro und Fremdwährungen)	1.067.023
Verkäufe auf Termin (Swaps in Euro und Fremdwährungen)	1.065.920
Sicherstellungsbestände zur Besicherung von Goldveranlagungen	802.399
Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen	9.043
Eventualverbindlichkeit aus Unterdeckung der Pensionsreserve	33.656
Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen betreffend den Zinsanteil im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen	8.673
Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß aufgrund der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR, gemäß Artikel 30.1 der ESZB-Satzung, von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern	970.850
Eventualverpflichtung für die OeNB aufgrund der Möglichkeit der EZB, gemäß Artikel 28.1 der ESZB-Satzung, weitere Mittel einzufordern und ihr eingezahltes Kapital um 5 Mrd EUR aufzustocken	97.085
Eventualverpflichtung aus gegebenen Bank- und sonstigen Garantien	144.740
Eventualforderung aus erhaltenen Bankgarantien	5.795
Eventualforderung aus einer Verpflichtungserklärung der OeKB im Rahmen des Zahlungsverkehrs	1.000.000

Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten

Zum 31. Dezember 2009 waren folgende Forderungen und Verpflichtungen der OeNB bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst (Tabelle 30).

Über etwaige materielle Auswirkungen der gegen die Republik Österreich in einem Insolvenzfall anhängigen Gerichtsverfahren auf die OeNB können zum derzeitigen Zeitpunkt keine fundierten Quantifizierungen vorgenommen werden.

Zum 31. Dezember 2009 zeigen sich folgende Bestände an *derivativen Finanzinstrumenten* (Tabelle 31).

Tabelle 31

	Zugrunde liegendes Nominale	Marktwert positiv	Marktwert negativ
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Gold-Zinssatzswaps			
Verkauf	122.616	948	–

Der Marktwert resultiert aus der Bewertung zum 31. Dezember 2009. Der positive Marktwert errechnet sich dabei mit 1.004 Tsd EUR (verrechnet im Passivposten 14 *Ausgleichsposten aus Neubewertung*) abzüglich der in vergangenen Jahren erfolgten Abschreibungen über 56 Tsd EUR.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 32

	2009	2008	Veränderung ¹	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	625.901	815.811	–189.910	–23,3
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen ²	–223.343	–636.679	–413.336	–64,9
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	815	1.822	–1.007	–55,3
4 Erträge aus Beteiligungen	67.240	90.726	–23.486	–25,9
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften ²	74.579	2.188	+72.391	n.a.
6 Sonstige Erträge	16.077	20.675	–4.598	–22,2
Nettoerträge insgesamt	561.269	294.543	+266.726	+90,6
7 Personalaufwendungen	–119.262	–112.694	+6.568	+5,8
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen ³	–4.089	–3.295	+794	+24,1
9 Sachaufwendungen	–82.654	–82.294	+360	+0,4
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	–11.751	–12.724	–973	–7,6
11 Aufwendungen für Banknoten	–25.205	–15.634	+9.571	+61,2
12 Sonstige Aufwendungen	–744	–21.190	–20.446	–96,5
Aufwendungen insgesamt	–243.705	–247.831	–4.126	–1,7
Geschäftliches Ergebnis	317.564	46.712	+270.852	+579,8
13 Körperschaftsteuer	–79.391	–11.678	+67.713	+579,8
	238.173	35.034	+203.139	+579,8
14 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	–216.737	–31.881	+184.856	+579,8
15 Bilanzgewinn	21.436	3.153	+18.283	+579,8

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

² Seit dem Jahresabschluss 2009 wird die Zuführung zur bzw. Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems im GuV-Posten 5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften erfasst; davor im GuV-Posten 2.3.

³ Seit dem Jahresabschluss 2009 separat ausgewiesen.

1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar (Tabelle 33).

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die *Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* (GuV-Posten 2.1) sind in Tabelle 34 ersichtlich.

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* (GuV-Posten 2.2) sind in Tabelle 35 dargestellt.

Im Posten *Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken* (GuV-Posten 2.3) wirkt sich die Zuführung zur *Risikorückstellung* mit 549,9 Mio EUR aus.

4 Erträge aus Beteiligungen

Die *Erträge aus Beteiligungen* sind in Tabelle 36 dargestellt.

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Die jährliche Berechnung der monetären Einkünfte erfolgt entsprechend Artikel 32 der ESZB-Satzung durch die EZB. Die monetären Einkünfte der OeNB sind ihre Einkünfte aus bestimmten Vermögenswerten, die Gegenposten zur sogenannten monetären Basis darstellen. Anteilige Zinsaufwendungen reduzieren die monetären Einkünfte entsprechend.

Zur monetären Basis zählen der Banknotenumlauf, die Euro-Verbindlichkeiten der OeNB gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den

Tabelle 33

	2009	2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Nettoerträge aus Fremdwährungsveranlagungen	162.094	357.413	-195.319	-54,6
Nettoerträge aus Euro-Veranlagungen	381.834	393.532	-11.698	-3,0
Geldpolitisches Instrumentarium	241.261	482.032	-240.771	-50,0
Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs	186.285	729.273	-542.988	-74,5
Übertragung von Währungsreserven an die EZB	12.327	40.505	-28.178	-69,6
Mindestreserve-Einlagen	-84.614	-265.856	-181.242	-68,2
TARGET2-Salden	-279.564	-880.737	-601.173	-68,3
Sonstiges	6.278	-40.351	+46.629	+115,6
Insgesamt	625.901	815.811	-189.810	-23,3

Tabelle 34

	2009	2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Fremdwährungstransaktionen	215.923	-154	+216.077	n.a.
Wertpapiertransaktionen	145.015	154.078	-9.063	-5,9
Insgesamt	360.938	153.924	+207.014	+134,5

Tabelle 35

	2009	2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Fremdwährungen	-9.644	-556.313	-546.669	-98,3
Wertpapiere	-24.743	-68.381	-46.638	-63,8
Insgesamt	-34.387	-624.694	-590.307	-94,5

Tabelle 36

	2009	2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
BIZ	2.492	2.353	+139	+5,9
Münze Österreich AG	18.000	20.000	-2.000	-10,0
Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS)	9.000	3.500	+5.500	+157,1
Austria Card Plastikkarten und Ausweissysteme GmbH	848	0	+848	n.a.
Neuverteilung SWIFT-Aktien	32	-	+32	x
Beteiligungsveräußerung Austria Card	-	30.000	-30.000	-100,0
Rückverteilung EZB-Seigniorage	21.900	34.873	-12.973	-37,2
EZB-Gewinnausschüttung	3.372	-	+3.372	x
Anpassung EZB-Eigenkapital	11.596	-	+11.596	x
Insgesamt	67.240	90.726	-23.486	-25,9

geldpolitischen Geschäften sowie die Intra-Eurosystem-Nettoverbindlichkeiten der OeNB aus dem TARGET2-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems.

Für die Bemessung der monetären Einkünfte der OeNB werden die folgenden Vermögenswerte herangezogen: ihre Euro-Forderungen gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Geschäften sowie ihre Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB, aus dem TARGET2-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Hinzu kommt zudem ein vom OeNB-Kapitalanteil an der EZB abhängiger Teil des Goldbestands (wobei Goldbestände als unverzinslich gelten). Zum Ausgleich etwaiger Wertunterschiede zwischen diesen – gesondert zu erfassenden – Aktiva der OeNB und ihrer monetären Basis wird die Differenz mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems verzinst.

Innerhalb des Eurosystems werden die monetären Einkünfte zusammengelegt und dann an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am voll eingezahlten Kapital

rückverteilt. Das Nettoergebnis der OeNB aus den monetären Einkünften im Eurosystem ist in Tabelle 37 dargestellt.

Tabelle 37

	2009
	in Tsd EUR
Einzubringende monetäre Einkünfte (netto)	-292.759
Rückverteilte monetäre Einkünfte ¹	316.010
Nettoertrag (+) /-aufwand (-) aus der Umverteilung der monetären Einkünfte im Berichtsjahr	+23.251
Nettoertrag aus der Aufrollung für Vorjahre	1.434
Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems ¹	49.894
Insgesamt	74.579

¹ Im Geschäftsjahr 2008 erfolgte die Zuführung zur Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems in Höhe von 165.909 Tsd EUR im GuV-Posten 2.3.

7 Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen beinhalten jene für Mitarbeiter im Aktivstand. Erhaltene Bezugsrefundierungen werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Die Gehälter haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 6.306 Tsd EUR (+6,8%) auf 99.649 Tsd EUR zugenommen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften und bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in

Höhe von insgesamt 7.270 Tsd EUR vereinnahmt.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben Bezüge in Höhe von insgesamt 1.067 Tsd EUR (2008: 1.059 Tsd EUR) erhalten. Davon entfielen auf:

Tabelle 38

	Bezüge in Tsd EUR
Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Nowotny	285,6
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Duchatczek	269,2
Direktor Mag. Dr. Zöllner	261,9
Direktor Mag. Ittner	250,0

Die Höhe der Bezüge des Direktoriums unterliegt dem Bezügebegrenzungs-gesetz, wobei die Bezugshöhe des Gouverneurs mit jener des Bundeskanzlers begrenzt ist. Die Bezüge der übrigen Mitglieder des Direktoriums sind mit dem Bezug des Gouverneurs gedeckelt. An Sachbezügen (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) und sonstigen Aufwendungen wurden insgesamt 38 Tsd EUR verrechnet. Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2009 114 Tsd EUR (2008: 113 Tsd EUR) vergütet.

Die Mitarbeiterressourcen werden in Tabelle 39 gezeigt.

An *Gesetzlichen Sozialabgaben* wurden insgesamt 15.638 Tsd EUR (+1.461 Tsd EUR) geleistet. Davon entfielen auf Sozialversicherungsbeiträge 8.158 Tsd EUR (+899 Tsd EUR), auf Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 4.407 Tsd EUR (+261 Tsd EUR)

und auf die Kommunalsteuer 2.975 Tsd EUR (+183 Tsd EUR).

8 Aufwendungen für Altersvorsorgen

Darin sind entrichtete und rückgestellte Pensionskassenbeiträge enthalten.

9 Sachaufwendungen

In den Sachaufwendungen sind u. a. Aufwendungen für Miete, Betriebskosten, Wartung, Reparatur und Instandhaltung in Höhe von 29.997 Tsd EUR (+2.241 Tsd EUR) sowie Aufwendungen für die Geldbearbeitung über 10.189 Tsd EUR (–38 Tsd EUR) enthalten. Weiters haben insbesondere Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und für Fremdpersonal um 1.330 Tsd EUR abgenommen. Für die Prüfung des Jahresabschlusses sind 216 Tsd EUR (2008: 212 Tsd EUR) und für Bestätigungsleistungen sind 92 Tsd EUR (2008: 113 Tsd EUR) angefallen.

11 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS).

Tabelle 39

	Stichtag 31. Dezember ¹			Jahresdurchschnitt ¹		
	2009	2008	Veränderung	2009	2008	Veränderung
OeNB-Fachbereiche ²	984,1	968,2	+15,9	984,9	939,8	+45,1
Insgesamt	1.151,7	1.136,9	+14,8	1.156,0	1.107,9	+48,1

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

² Ohne die außerhalb der OeNB tätigen Mitarbeiter sowie die karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere).

14 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes

Tabelle 40

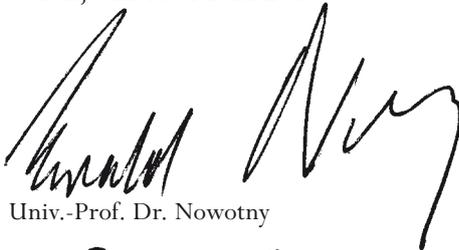
	2009	2008	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Zuführung an die Pensionsreserve gemäß § 69 Abs. 2 NBG	23.817	3.503	+20.314	+579,8
90-prozentiger Gewinnanteil des Bundes gemäß § 69 Abs. 3 NBG	192.920	28.378	+164.542	+579,8
	216.737	31.881	+184.856	+579,8

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Geplanter Verkauf eines bank-eigenen Hotels

Aufgrund eines verbindlichen Kaufangebots wird im Jahr 2010 das bank-eigene Hotel Post in Weißenbach/Attersee verkauft.

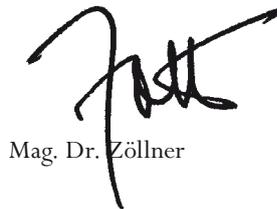
Wien, am 15. März 2010



Univ.-Prof. Dr. Nowotny



Mag. Dr. Duchatczek



Mag. Dr. Zöllner



Mag. Ittner

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

Faksimile

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der **Oesterreichischen Nationalbank, Wien**, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2009, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 10 November 2006 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2006/16)“ in der Fassung vom 14. Dezember 2009 (ECB/2009/28) erlassenen Vorschriften, vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit

Faksimile

hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2009 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Faksimile

Aussagen zum Geschäftsbericht

Der gemäß § 68 Abs. 1 NBG zu erstellende Geschäftsbericht ersetzt den Lagebericht gemäß § 243 UGB.

Der Geschäftsbericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Geschäftsbericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Geschäftsbericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Geschäftsbericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 19. März 2010

TPA Horwath
Wirtschaftsprüfung GmbH



Mag. Thomas Schäfer, CPA
Wirtschaftsprüfer

MOORE STEPHENS AUSTRIA
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH



Dr. Peter Wundsam
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Für abweichende Fassungen (zB Verkürzungen) gelten die Bestimmungen des § 281 UGB.

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 2 und 3 NBG vorgesehenen Zuweisungen (Posten 14 der Gewinn- und Verlustrechnung), von denen 192.920 Tsd EUR (2008: 28.378 Tsd EUR) auf den Gewinnanteil des Bundes entfallen, verbleibt der in der Bilanz und

in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Bilanzgewinn 2009 von EUR 21.435.581,14.

Das Direktorium hat in der Sitzung vom 24. März 2010 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

	<i>in EUR</i>
10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	1.200.000,00
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft für Förderungen durch die OeNB	8.000.000,00
Zuführung zur Gewinnglättungsrücklage	12.235.581,14
	<hr/> 21.435.581,14

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2009

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2009 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 26. Mai 2009 gewählten Rechnungsprüfern – der TPA Horwath Wirtschafts-

prüfung GmbH und der MOORE STEPHENS AUSTRIA Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 29. April 2010 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2009 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2009 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2009 erstatteten Empfehlung (siehe oben) beschließen.

Abkürzungen, Zeichenerklärung

ABS	Asset-Backed Securities	FWK	Fremdwährungskredite
AMS	Arbeitsmarktservice Österreich	GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wert- gestionierung und Transportkoordination GmbH
ATX	Austrian Traded Index	GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
BCBS	Basel Committee on Banking Supervision (Basler Ausschuss für Bankenaufsicht)	HGAA	Hypo Group Alpe Adria
BIP	Bruttoinlandsprodukt	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	IBSG	Interbankmarktstärkungsgesetz
BMF	Bundesministerium für Finanzen	ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
CAD	Capital Adequacy Directive	IPA	Instrument for Pre-Accession Assistance
CEBS	Committee of European Banking Supervisors (Aus- schuss der europäischen Bankenaufsichtsbehörden)	IT	Informations- und Kommunikationstechnologie
CESEE	Zentral-, Ost- und Südosteuropa	IWF	Internationaler Währungsfonds
CHF	Schweizer Franken	JVI	Joint Vienna Institute
CRD	Capital Requirements Directive	kWh	Kilowattstunde
DARWIN	Documents And Records Web-based Information Network	LIBOR	London Interbank Offered Rate
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development	Mio	Millionen
ECOFIN	Economic and Finance Ministers Council (Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU)	MWh	Megawattstunde
EMAS	eco management and audit scheme (europäisches Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung)	Mrd	Milliarden
EONIA	Euro OverNight Index Average	NBG	Nationalbankgesetz
eps	e-payment standard	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ESE	European Supervisor Education Initiative	OeCAG	Oesterreichische Clearingbank AG
ESFS	European System of Financial Supervisors (Europäisches System der Finanzaufsichter)	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ESRB	European Systemic Risk Board (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken)	RAMP	Reserves Advisory and Management Programme
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	RCA	Revealed Comparative Advantage
EZB	Europäische Zentralbank	SDD	SEPA-Direct Debit
EU	Europäische Union	SEPA	Single Euro Payments Area
EUR	Euro	SPOC	Single Point of Contact
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate	TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	TAF	Term Auction Facility
FIMBAG	Finanzmarkt-beteiligung Aktiengesellschaft	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
FinStaG	Finanzmarktstabilitätsgesetz	T2S	TARGET2-Securities
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde	TOP	Tender-Operation-System
FSB	Financial Stability Board	TTK	Tilgungsträgerkredite
FSF	Financial Stability Forum (Forum für Finanzstabilität)	USA	Vereinigte Staaten von Amerika
FTE-National stiftung	Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung	USD	US-Dollar
		WFA	EU-Wirtschafts- und Finanzausschuss
		WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
		WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
		ZaDiG	Zahlungsdienstegesetz
		ZIMV	Zahlungsinstitute-Meldeverordnung

- x = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
- .. = nicht verfügbar
- 0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
- = Zahlenwert ist null (bezieht sich lediglich auf den Jahresabschluss 2009)
- n.a. = nicht anwendbar (bezieht sich lediglich auf den Jahresabschluss 2009)

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Periodische Publikationen

Nähere Informationen zu den periodischen Publikationen der OeNB finden Sie unter www.oenb.at

Geldpolitik & Wirtschaft

vierteljährlich

Die auf Deutsch und Englisch erscheinende Quartalspublikation der OeNB analysiert die laufende Konjunktorentwicklung, bringt mittelfristige makroökonomische Prognosen, veröffentlicht zentralbank- und wirtschaftspolitisch relevante Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

Focus on European Economic Integration

vierteljährlich

Der Focus on European Economic Integration (FEEI) konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und reflektiert damit einen strategischen Forschungsschwerpunkt der OeNB. Die Beiträge der vierteljährlich auf Englisch erscheinenden Publikation umfassen extern begutachtete empirische und theoretische Studien zur makrofinanziellen und monetären Integration sowie einschlägige Länderanalysen und länderübergreifende Vergleiche.

Statistiken – Daten & Analysen

vierteljährlich

Diese Publikation enthält Kurzberichte und Analysen mit dem Fokus auf österreichischen Finanzinstitutionen sowie auf Außenwirtschaft und Finanzströmen. Den Analysen ist eine Kurzzusammenfassung vorangestellt, die auch in englischer Sprache zur Verfügung gestellt wird. Der Tabellen- und Erläuterungsabschnitt deckt finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren ab. Im Internet sind die Tabellen und Erläuterungen (jeweils deutsch und englisch) sowie ein zusätzliches Datenangebot abrufbar. Im Rahmen dieser Serie erscheinen fallweise auch Sonderhefte, die spezielle statistische Themen behandeln.

Research Update

vierteljährlich

Das quartalsweise im Internet erscheinende Research Update der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB informiert Kollegen aus anderen Zentralbanken oder internationalen Institutionen, Wirtschaftsforscher, politische Entscheidungsträger und an Ökonomie Interessierte über die Forschungsschwerpunkte und Tätigkeiten der Hauptabteilung Volkswirtschaft. Zusätzlich bietet das Research Update Informationen über Publikationen, Studien oder Working Papers sowie über Veranstaltungen (Konferenzen, Vorträge oder Workshops) des laufenden Quartals. Das Research Update ist in englischer Sprache verfasst.

Näheres finden Sie unter www.oenb.at/research.update

Finanzmarktstabilitätsbericht

halbjährlich

Der auf Deutsch und Englisch erscheinende Finanzmarktstabilitätsbericht umfasst zwei Teile: Der erste Abschnitt enthält eine regelmäßige Analyse finanzmarktstabilitätsrelevanter Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Daneben werden im Rahmen von Schwerpunktartikeln auch gesonderte Themen herausgegriffen, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

Workshop-Bände

drei- bis viermal jährlich

Die im Jahr 2004 erstmals herausgegebenen Bände enthalten in der Regel die Beiträge eines Workshops der OeNB. Im Rahmen dieser Workshops werden geld- und wirtschaftspolitisch relevante Themen mit nationalen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien eingehend diskutiert. Die Publikation erscheint großteils auf Englisch.

Working Papers

etwa zehn Hefte jährlich

Die Working-Paper-Reihe der OeNB dient der Verbreitung und Diskussion von Studien von OeNB-Ökonomen bzw. externen Autoren zu Themen, die für die OeNB von besonderem Interesse sind. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen und spiegeln jeweils die Meinung der Autoren wider.

Tagungsband zur Volkswirtschaftlichen Tagung

jährlich

Die Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen zwischen Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktvertretern und der universitären Forschung dar. Der Konferenzband enthält alle Beiträge der Tagung.

Konferenzband zur Conference on European Economic Integration

jährlich

Schwerpunkt der Conference on European Economic Integration (CEEI) der OeNB sind zentralbankrelevante Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem EU-Erweiterungsprozess. Der Konferenzband enthält Beiträge zur CEEI und erscheint auf Englisch in einem renommierten internationalen Verlag.

Näheres finden Sie unter <http://ceec.oenb.at>

Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht)

jährlich

In mehreren Kapiteln werden im Geschäftsbericht der OeNB die Geldpolitik, die Wirtschaftslage, neue Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Allgemeinen und auf dem Gebiet der Finanzmarktaufsicht im Speziellen, die sich wandelnden Aufgaben der OeNB und ihre Rolle als internationaler Partner erörtert. Der Bericht enthält auch den Jahresabschluss, die Wissensbilanz und die Umwelterklärung der OeNB.

Adressen

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon/ Fax/ E-Mail</i>
Hauptanstalt Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	Tel.: (+43-1) 404 20-6666 Fax: (+43-1) 404 20-2399 <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>
Zweiganstalten		
Zweiganstalt Österreich Nord Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	Tel.: (+43-732) 65 26 11-0 Fax: (+43-732) 65 26 11-6399 <i>E-Mail: regionnord@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich Süd Brockmanngasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	Tel.: (+43-316) 81 81 81-0 Fax: (+43-316) 81 81 81-6799 <i>E-Mail: regionsued@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich West Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Tel.: (+43-512) 594 73-0 Fax: (+43-512) 594 73-6599 <i>E-Mail: regionwest@oenb.at</i>
Repräsentanzen		
Repräsentanz London Oesterreichische Nationalbank 48 Gracechurch Street, 5 th floor London EC3V 0EJ, Vereinigtes Königreich		Tel.: (+44-20) 7623-6446 Fax: (+44-20) 7623-6447
Repräsentanz New York Oesterreichische Nationalbank 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA		Tel.: (+1-212) 888-2334 Fax: (+1-212) 888-2515
Repräsentanz Brüssel Oesterreichische Nationalbank Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 1040 Brüssel, Belgien		Tel.: (+32-2) 285 48-41, 42, 43 Fax: (+32-2) 285 48-48

Der Geschäftsbericht der OeNB informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, über Entwicklungen der Wirtschaft, der Finanzmärkte und des Zahlungsmittelbereichs. Ferner werden die Aufgaben und vielfältigen Dienstleistungen sowie die Rolle der OeNB im österreichischen und internationalen Umfeld erläutert. Der Jahresabschluss der OeNB und der Anhang zum Jahresabschluss sind integraler Bestandteil des Geschäftsberichts. Seit 2006 bildet der Geschäftsbericht zusammen mit der Wissensbilanz und der Umwelterklärung den Nachhaltigkeitsbericht der OeNB.

Produktmanager

Manfred Fluch

Inhaltliche Gestaltung

Gernot Ebner, Manfred Fluch, Matthias Fuchs, Gerhard Hohäuser, Georg Hubmer, Johann Jachs, Clemens Jobst, Markus Pammer, Anton Schautzer, Doris Schmid, Josef Schreiner, Klaus Vondra, Manfred Zipko

Redaktion

Brigitte Alizadeh-Gruber, Alexander Dallinger

Technische Gestaltung

*Peter Buchegger (grafische Gestaltung)
Walter Grosser, Franz Pertschi (Layout, Satz)
Web- und Druck-Service der OeNB (Herstellung)*

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlich hergestelltem Papier

Cover und Zwischenseiten

Wolfgang Holleggha, Blaue Mütze im Wind, 2006, Öl auf Leinwand, 215 x 220 cm, aus der Sammlung der OeNB „Österreichische Skulptur und Malerei nach 1945“

Rückfragen

*Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-6666, Telefax: (+43-1) 404 20-6698
E-Mail: oenb.info@oenb.at*

Bestellungen/Adressenmanagement

*Oesterreichische Nationalbank, Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-2345, Telefax: (+43-1) 404 20-2398
E-Mail: oenb.publikationen@oenb.at*

Impressum

*Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller:
Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Günther Thonabauer, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Internet: www.oenb.at
Verlags- und Herstellungsort: 1090 Wien
© Oesterreichische Nationalbank, 2010
Alle Rechte vorbehalten.*

Im Sinne einer verbesserten Lesbarkeit wurde auf geschlechtsspezifische Formulierungen verzichtet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich der Text immer sowohl auf Frauen als auch Männer bezieht.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht der OeNB wurde geprüft und entspricht dem aktuellen Leitfaden G3 der Global Reporting Initiative zur Nachhaltigkeitsberichterstattung.

DVR 0031577

Wien, 2010

